Nr. 27. Einzelpreis 10 Pfennig — Halle (Saale), Mittwoch, den 1. Februar 1928

Volksblatt

Das „Volksblatt" erscheint mit täglichen Beilagen, Illustrierten Beilagen, „Kinderfreund" sowie „Volk und Zeit". Das „Volksblatt" ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. Schriftleitung: Große Märkerstraße 6, Fernsprech-Anschlüsse Nr. 24605, 24667, 26605. Persönliche Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr. — Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen.

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugspreis monatlich 1,70 Mk. und 0,30 Mk. Zustellungsgebühr, insgesamt 2,— Mk., für Abholer 1,90 Mk. Postbezugspreis monatlich 2 Mk. ab Postamt oder vom Postboten zugestellt 2,40 Mk., bei direkter Einsendung an den Verlag 2,30 Mk. Anzeigenpreis 12 Pfg. im Anzeigen- und 60 Pfg. im Reklameteil der Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle u. Verlag: Hall. Druckerei-Gesellschaft m. b. H., Große Märkerstraße 6. Fernruf Nr. 24605, 24667, 26605. Postscheckkonto 203 19 Erfurt.

Von Trotzki zu Trotzki

Von Philipp Scheidemann

I.

Als einige Jahre vor dem Ausbruch des Weltkrieges der Zar einen Besuch in Berlin machen wollte, schrie Rosa Luxemburg in die Massen hinein: Wollt Ihr das dulden? Sie verlangte Massenversammlungen und Demonstrationen. In der Arbeiterschaft der ganzen Welt erfreuten sich die für Freiheit kämpfenden russischen Revolutionäre der größten Sympathie. Wo immer die aus Rußland geflohenen „Schnorrer und Verschwörer", wie Bülow sie einmal genannt hatte, auftauchten, fühlte man mit ihnen, half ihnen, so gut es ging. Diese russischen Flüchtlinge waren in Berlin und Paris, in London, Zürich und Bern zu finden. Hungernd studierten sie an den westeuropäischen Hochschulen und bevölkerten die Kaffeehäuser, in denen sie bei einer Tasse Kaffee hundert Zeitungen lesen konnten. Sie diskutierten bis tief in die Nacht hinein in ihren Dachkammern und hielten aus, bis die letzte Zigarette aufgeraucht war. Sobald sie sich irgendwo unliebsam bemerklich gemacht hatten, wurden sie ausgewiesen. So waren sie allmählich überall zu Hause, ohne doch ein eigenes Haus zu haben, denn in die Heimat konnten sie nicht zurückkehren. Entweder waren sie geflüchtet, um der Verbannung nach Sibirien zu entgehen, entweder waren sie schon aus Sibirien geflohen, oder sie mußten die Verbannung erwarten, sobald sie nach Rußland zurückkehrten.

Ergreifend sind die Schilderungen derer zu lesen, die unter der Zarenherrschaft nach Sibirien verschickt worden sind. Leo Deutsch, der in der ganzen Internationale wie ein Heiliger verehrt worden ist, hat insgesamt sechzehn Jahre lang in Sibirien leben müssen. Viermal ist ihm die Flucht gelungen. Auch Parvus, der von Gefängnis zu Gefängnis geschleppt worden war, wurde nach Sibirien verbannt. Er konnte unter den abenteuerlichsten Umständen fliehen. Geradezu aufpeitschend aber waren die Schilderungen des Amerikaners Georg Kennan, der in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts Sibirien bereiste und dann seine furchtbaren Anklagen in die Welt schleuderte. Der russischen Sprache vollkommen mächtig, hatte er Rußland wiederholt besucht. Die Schilderungen des Lebens in Sibirien hatte er für unwahr, mindestens für stark übertrieben gehalten. Im Auftrage einer großen amerikanischen Zeitung ging er deshalb nach Sibirien, um die schweren Anklagen gegen den Zarismus zu entkräften. In Sibirien mußte er sich schnell zu anderen Anschauungen bekehren. Die „Nihilisten" waren vielfach Männer und Frauen, die in jedem Kulturlande der Welt vielleicht als „maßvollste Liberale" anzusprechen gewesen wären. Diese Männer und Frauen wurden nicht etwa in einem geordneten Gerichtsverfahren zur Verbannung verurteilt, sie wurden „administrativ" verschickt. Der „administrativ Verschickte" brauchte keines Verbrechens oder Vergehens bezichtigt zu sein, es genügte, wenn irgendeine lokalbehörde seine Anwesenheit der gesellschaftlichen Ordnung für nachteilig erklärte. Dann wurde der Verdächtige verhaftet und „mit Billigung des Ministers des Innern" nach irgendeinem Orte Sibiriens verschickt, wo er dann viele Jahre lang unter Polizeiaufsicht leben mußte. Als schmachvoll empfand man in der zivilisierten Welt derartige Zustände. „Sibirien" — das war das Schreckenswort, mit dem die grausame Schurkerei des zaristischen Systems in der gesamten Kulturwelt gekennzeichnet wurde.

Wer die Schilderungen Kennans gelesen hat, verstand den Fanatismus der in Deutschland lebenden Russen, verstand ihre fiebernden Augen. „Sibirien" — das war vollkommene Rechtlosigkeit, war Zuchthaus, war Knute, waren Kosaken, war Galgen, war Todeszug durch Schnee und Eis. Nach Sibirien verschickte der Zarismus seine besten Landeskinder. Der Wink eines böswaften Subjekts genügte, um den friedlichsten Mann in einen der langen Züge in die Verbannung marschierender Männer und Frauen einzugliedern. Von Kosaken begleitet, die prügelsüchtig ihre Knuten schwangen, trotteten die Aermsten Woche für Woche und Monat für Monat durch die Wüsteneien, bis sie an dem ihnen zugewiesenen Orte ewiger Trostlosigkeit angelangt waren.

II.

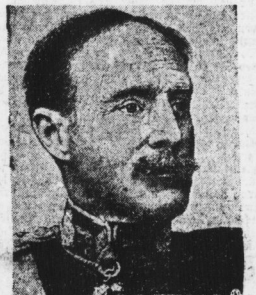
Es wäre vollkommen unverständlich, wenn die Sympathien aller modernen Menschen nicht auf Seite derjenigen gewesen wären, die gegen derart unmenschliche Zustände ankämpften. Wir können uns ja kaum eine Vorstellung davon machen, was es heißt, in einem Lande zu leben, in dem neben den offiziellen und offiziösen Regierungsorganen nur ganz wenige, mit ungemeiner Vorsicht redigierte sanft-liberale Zeitungen erscheinen durften! Menschenunwürdige Zustände herrschten in diesem Rußland des selbstherrlichen Zaren. Dann zerschlug der Krieg auch den Zarismus. Wilder als in jedem anderen Lande regten sich die bis dahin unterdrückt gewesenen Massen. Die Zarenfamilie wurde mit Rumpf und Stumpf ausgerottet, und jedermann fragte: Wird es nun Luft und Licht für alles Moderne in diesem Lande geben? Oh, wer wollte daran zweifeln! Nun wird die Freiheit triumphieren — jetzt wird es nicht nur liberale, sondern auch sozialistische Zeitungen und Zeitschriften geben! Die Arbeiter werden sich in Versammlungen treffen und endlich offen reden können. — Ja, — um alles in der Welt, was bedeutet das? Kein Parlament, hervorgegangen aus allgemeinen Wahlen? Nein! Eine parlamentarische Karikatur, ein umgekehrtes preußisches Herrenhaus! Aber es durfen nicht einmal, wie ehedem bei uns, in dieses Herrenhaus Junker und einige Oberbürgermeister als Konzessionsschulzen hinein, es durfen nur Bolschewiken hinein, ausgesiebte, absolut regierungsfromme Sowjetmänner, die Lenin, Trotzki, Sinowjew und Radek aus der Hand zu fressen bereit waren. Wir wagten schüchtern unser Erstaunen zu bekunden. „Was," schrieb da Sinowjew:

„. . . . Nun, Herr Scheidemann weiß sehr wohl, welch grimmiger Feind ihm in Lenin entgegensteht. Scheidemann weiß, daß, wenn er einmal an einer Laterne hängen wird, — und daß dies geschehen wird, dafür stehe ich ein — Lenin dabei eine Rolle gespielt hat."

Das ist das neue Rußland der Freiheit — die Diktatur einiger Proletarier über das Proletariat! Wer außerhalb Rußlands zu kritisieren wagt, wird mit der Laterne bedroht. Wer in Rußland eine Lippe riskiert gegen Seine bolschewistische Unfehlbarkeit Stalin, der wird erhängt, erschossen oder nach Sibirien verschickt. Kein liberales, kein sozialistisches Blatt, keine Möglichkeit, eine politische Versammlung abzuhalten in Rußland. Zaristischer denn je zuvor ist die Brutalität, mit der jetzt der Sowjetstaat regiert wird.

Die kommunistischen Arbeiter in Deutschland schwören auf Rußland, das für sie das Musterland ist; sie müssen einmal in aller Ruhe überlegen, ob sie wirklich das Recht haben, Protest zu erheben gegen die Inhaftnahme von Arbeitern, ob sie das Recht haben, gegen die Todesstrafe in Deutschland zu protestieren. Sie machten Umzüge, um gegen die Hinrichtung von zwei Italienern in Amerika zu protestieren. Das Recht dazu hatten die sozialdemokratischen Arbeiter, nicht die kommunistischen; sie haben es nicht, solange sie nicht auch protestieren gegen die fortdauernden Hinrichtungen in Rußland. Wer gibt ihnen das moralische Recht, gegen die Klassenjustiz zu protestieren, solange es in Rußland für jeden Opponenten gegen Stalin — und handle es sich auch um einen Revolutionär wie Trotzki — kurz und bündig heißt: Nach Sibirien!

Feldmarschall Haig †



Haig war neben Foch der bedeutendste Gegenspieler Ludendorffs im Kriege. Nachdem er 1915 als Nachfolger French's Oberbefehlshaber der englischen Armee geworden war, führte hauptsächlich seine Haltung zu einer Stärkung des Kriegswillens, der in Frankreich 1917 schon wankend geworden war. Er unterstellte sich später dennoch dem Oberbefehl Fochs, um die einheitliche Leitung der alliierten Armeen zu sichern. Haig führte die englischen Truppen noch bis an den Rhein und übernahm 1919 den Oberbefehl aller Truppen in England.

So ernährt Schiele das deutsche Volk

Die inländischen Fleischpreise sollen durch teilweise Drosselung der Gefrierfleischeinfuhr in die Höhe getrieben werden

Der Wille des deutschnationalen Ernährungsministers

Das Reichsernährungsministerium hat die zollfreie Gefrierfleischeinfuhr **pro Monat von 10 000 Tonnen auf 8500 Tonnen herabgesetzt.** Dadurch wird das Jahreseinfuhrkontingent an Gefrierfleisch um mehr als 15 Prozent gekürzt.

Bei Einführung der Agrarzölle im Jahre 1925 wurde in das Gesetz eine Bestimmung aufgenommen, nach der pro Jahr 102 000 Tonnen Gefrierfleisch zollfrei nach Deutschland eingeführt werden können, um die Ernährung der breiten Masse sicherzustellen. Unter Einfluß der großen Krise auf dem Arbeitsmarkt im Jahre 1925/26 wurde dieses Kontingent auf 120 000 Tonnen erhöht. Seitdem führten die Rechtsparteien einen scharfen Kampf **gegen die zollfreien Einfuhrkontingente.** Ihre Beseitigung ist u. a auch eine der Hauptforderungen des Reichslandbundes. Hebt man aber die seit 1925 bestehenden Erleichterungen für die Gefrierfleischeinfuhr auf, so tritt ein **Zoll von 45 Mk. pro Doppelzentner in Kraft.** Die Beseitigung oder Verringerung der Einfuhrkontingente bedeutet also eine schwere Belastung der arbeitenden Volksschichten.

Schon bei der Erörterung des Gefrierfleischskandals vor einigen Tagen — ein Teil der Importeure hat durch regelrechte Schiebungen in Jahresfrist über 14 Millionen Mark an Monopolgewinnen erbeutet — wirkte der Reichsernährungsminister Schiele, der den Skandal durch eine nachlässige Kontrolle selbst verschuldet hat, auf eine Verringerung der Einfuhrkontingente hin. Jetzt hat er diesen Plan durch die Kürzung der Einfuhrkontingente um mehr als 15 Proz durchgeführt. Er begründet seine Maßnahme damit, daß die inländischen Vieh- und Fleischmärkte unter starkem Druck fänden und die Rentabilität der Viehzüchter ernstlich bedroht sei. Die Verringerung des Kontingents soll demnach in erster Linie den Zweck haben, **die Viehpreise zu steigern.**

Eine solche Preissteigerung kann aber nur auf Kosten der Verbraucher vor sich gehen, denn die Organisationen der Fleischer haben noch in den letzten Tagen hinsichtlich der Pläne Schieles das Angebot und die Nachfrage auf den Viehmärkten auszugleichen, ausdrücklich erklärt, **daß auch sie ihre Preise steigern müssen, wenn die Landwirte mit ihren Preisen in die Höhe gehen.** Gegenwärtig ist aber schon die Spanne zwischen den Fleischpreisen und den Viehpreisen um 50 Prozent höher als vor dem Kriege. **Der Verbraucher muß sich also auf eine weitere Fleischverteuerung gefaßt machen. Sie verdankt er der Regierungskunst des Bürgerblocks und insbesondere seinem deutschnationalen Reichsminister für die Ernährung der Landwirtschaft.**

Unverständlicher Beschluß.

Der im Arensdorfer Totschlagsprozeß wegen Beihilfe zur Tötung zweier Reichsbannerleute zu 1½ Jahren Zuchthaus verurteilte Landwirt Paul Schmelzer ist am Dienstag plötzlich aus der Haft entlassen worden. Diese auffällige und unverständliche Maßnahme ist auf einen Beschluß der Strafkammer des Landesgerichts Frankfurt a. O. zurückzuführen und wird damit begründet, daß Fluchtverdacht bei Schmelzer nicht vorliege. Der Frankfurter Oberstaatsanwalt Dr. Rothe hat **gegen die Haftentlassung sofort Beschwerde eingelegt, so daß sich das Kammergericht bereits in den nächsten Tagen mit dem Beschluß des Frankfurter Schwurgerichts befassen wird.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219280201-17/fragment/page=0001

Die zerrüttete Ehe

Das Zentrum verabfolgt den deutschnationalen Koalitionsgenossen Ohrfeigen. - Deutschnationaler Eiertanz. - Lärm im Hause.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 1. Februar. (Soz. Pressedienst.)

Am Montag hat der deutschnational-völkische v. Freytag-Loringhoven eine außenpolitische Rede für den handfesten Agitationsgebrauch der Deutschnationalen gehalten. Motto: „Schuld an der außenpolitischen Pleite sind Stresemann und das Zentrum. Wir Deutschnationalen haben eigentlich mit dieser verfehlten Außenpolitik, die wir freilich zähneknirschend mitmachen, gar nichts zu tun." Am Dienstag gab das Zentrum durch den Prälaten Ulitzka darauf die Antwort. Eigentlich war es gar keine Antwort, sondern eine Art **Beichtspiegel für die Deutschnationalen, und die lieblose, von keinerlei Achtung zeugende Aufforderung an die Koalitionsbrüder reichte, ihren Redner von der Tribüne des Reichstags aus preiszugeben.** Man erinnert sich nicht, daß jemals eine Koalitionspartei in öffentlicher parlamentarischer Sitzung an eine sozusagen befreundete Partei eine so demütigende Forderung gestellt hätte. Dicht scharten sich die Abgeordneten der Linken um das Rednerpult, als Ulitzka unendlich trocken, nüchtern und ohne alles mildernde rhethorische Beiwerk den Deutschnationalen Grobheiten und Wahrheiten wie diese sagt: „Die Kritik Ihres Fraktionsredners war so, daß sie einer Regierung der Außenpolitik gleichkam. Bedenken Sie, welchen Eindruck eine solche Rede auf die mit uns in Verträgen stehenden Staaten macht: Solche Reden bringen uns um jeden politischen Kredit im In- und Auslande. Es war eine glatte Desavouierung der Politik des Außenministers, der doch auch Ihr Minister ist. Wie steht nun der Außenminister da, wenn er die Außenpolitik vertreten soll, auf die sich doch auch die Deutschnationalen verpflichtet haben?" Dann verlas Ulitzka aus der längst im politischen Schmutz versunkenen Regierungserklärung des Reichskanzlers Marx vom vorigen Jahre Satz für Satz, um zu beweisen, daß **die Deutschnationalen jetzt das Gegenteil von dem sagen, was sie im vorigen Jahre durch Westarps Mund geschworen haben.** Ulitzka schenkt den Deutschnationalen nichts. Er verhöhnt sie: **„Wie konnten Sie Herrn v. Freytag-Loringhoven, den Sie doch besser kennen müssen als wir, als Redner vorschicken?"** Brausendes Hohngelächter der Linken unterstreicht diese Frage. Ulitzka fährt fort: „Zwar haben die Deutschnationalen die Rede Freytag-Loringhovens ohne Beifall aufgenommen und so bekundet, daß sie ihnen unbequem war, aber das genügt nicht. **Die Deutschnationalen müssen durch eine Erklärung von Freytag-Loringhoven abrücken.** Das sind wir dem Inland schuldig und den Staaten, denen gegenüber wir durch Verträge verpflichtet sind." Sensation im ganzen Hause. Niemand hört den weiteren Ausführungen Ulitzkas zu. Auch eine außenpolitisch kluge und in der Form vornehme Rede der demokratischen Abgeordneten Frau Dr. Bäumer geht in der allgemeinen Unruhe unter. Nicht minder vergebens wirbt der volksparteiliche Abg. Freiherr v. Rheinbaben um Aufmerksamkeit. Er etabliert sich übrigens als freiwilliger Verteidiger der angeklagten Deutschnationalen. Alles wartet gespannt auf die deutschnationale Erklärung. Wie werden sie auf die demütigende Zumutung des Zentrums reagieren?

Die Lage für die Deutschnationalen ist peinlicher denn je. Darum hält sich ihr Führer Graf von Westarp im Hintergrunde und schickt Herrn von Lindeiner-Wildau an die unangenehme Aufgabe heran. Er ist vielleicht der gewandteste Sprecher der Deutschnationalen. In dieser Situation aber reicht seine Glätte und seine Dreistigkeit nicht aus. Er formuliert endlose, kaum verständliche Schachtelsätze, die in jedem Wort Verlegenheit oder vielleicht richtiger Verlogenheit atmen. Mit der Miene eines tiefsinnigen Philosophen, aber ein wenig bedrückt, stellt er fest, daß die völkische Anbiederung Freytag-Loringhovens an Mussolini und seine Kampfreden gegen Frankreich eigentlich nur eine wertvolle Ergänzung der Rede Stresemanns gewesen sei. Einen Augenblick ist der Reichstag starr. Das ist zuviel selbst für das abgestumpfte parlamentarische Publikum. Die Linke ruft nach Stresemann. Er soll sich sofort zu dieser Diskreditierung seiner Außenpolitik äußern. Er selbst ist verblüfft und verhehlt sein Mißbehagen über den deutschnationalen Interpreten nicht. Das Zentrum läuft durcheinander. **Lärmende Unruhe im ganzen Hause.** Stresemann schweigt. Er will heute, Mittwoch, zu Beginn der Sitzung reden.

Was wird dabei herauskommen? Wird sich das Zentrum die neueste deutschnationale Herausforderung gefallen lassen? Wir glauben: ja. Es wird aus politischen Gründen noch eine ganze Weile christliche Milde und Nachsicht walten lassen. **Aber der Bürgerblock ist regierungsunfähig.** Er hält sich nicht mehr, sondern er klebt, wie Luther an seinem Pöstchen klebt. Nur der gewaltige, [illegible]es fortspülende Gewitterregen einer Reichstagswahl kann uns von diesen Klebern befreien.

Das „Notprogramm"

Das Fazit des Berliner Landbundrummels.

Berlin, 1. Februar. (Radiomeldung.)

Der Landbundrummel in Berlin ist zu Ende. Als Ergebnis wird jetzt ein „Notprogramm" veröffentlicht, das nach hohen Zöllen und der **Absperrung Deutschlands vom Ausland schreit. Dann verlangt man die Drosselung der Auslandskredite und große Summen für die sogen. „Umschuldung".** Außerdem wird die Entlastung des **flachen Landes von Schulausgaben gefordert. Es entspricht von jeher ländlicher Tradition, die Bauern dumm zu halten.** Aber zu dieser Tradition kommt noch ein Stück unerhörter Demagogie, als es gerade Vertreter des Landbundes in der Reichsregierung — die schwarzweißroten Herren von Keudell, Schiele und Hergt — die bis zum heutigen Tage auf die Durchführung des Schulgesetzes drängen, ohne sich bisher überhaupt den Kopf darüber zu zerbrechen, wo die Hunderte von Millionen für die Durchführung ihres Reichsschulgesetzes hergenommen werden sollen.

Tradition bei der Großlandwirtschaft ist übrigens auch, **keine Steuern zu zahlen.** Infolgedessen verwundert es nicht, wenn der Landbund in seinem „Notprogramm" auch eine entsprechende Forderung aufgestellt hat. Was schließlich die Siedlung anbetrifft, so verlangt man **mehr Aufklärung,** aber Schutz des Privateigentums, **das heißt, Worte für die Siedlungsbedürftigen, aber kein Land.** Auch den Arbeiterlöhnen auf dem Lande werden zum Schluß der agrarischen Forderungen noch ein paar Worte gewidmet. Man fordert, daß die Landwirtschaft **in die Lage versetzt wird, ihren Arbeitern die gleichen Löhne zu zahlen, wie die Industrie, wo aber ist der Großagrarier, der bisher selbst in den besten Erntezeiten auch nur den Versuch gemacht hätte, die Arbeiterlöhne auf dem Lande den Einkünften der städtischen Industriearbeiter anzupassen.** Von dem Gegenteil, die Löhne mehr und mehr zu drücken, die an sich schon vegetierenden Landarbeiter immer noch schlechter zu stellen, können Hunderte von Beispielen gegeben werden. Die Forderung der Großagrarier ist deshalb nichts anderes als ein demagogischer Trick. Man spricht von der Erhöhung der Arbeiterlöhne und denkt in Wirklichkeit an die eigene Tasche.

*

Der „Vorwärts" schreibt zu dem „Notprogramm" des schwarzweißroten Reichslandbundes: „Das Notprogramm des Reichslandbundes nimmt sich besonders eigenartig aus, wenn man es zusammenhält mit den Feststellungen anläßlich der Affäre des Lombardschwindlers Bergmann. So hat, wie wir meldeten, ein bekannter Großgrundbesitzer eine halbe Million Mark Hypotheken auf seine Güter aufgenommen, um sein Geld gegen das Versprechen von 48 Prozent Zinsen zu Herrn Bergmann zu tragen. Ein Graf, ebenfalls Agrarier, hat den Betrügern 400 000 Mk. zu den gleichen Bedingungen geliehen. Sollen auch solche Schulden „umgeschuldet", d. h. auf ewige Zeit verlängert werden, soll das Reich auch für diesen Zweck Millionen bereitstellen? Der Sache nach würden sie auf eine Subvention für den Schwindler Bergmann hinauslaufen.

Diese Frage ist deswegen wichtig, weil eine derartige unproduktive Verschuldung der Großagrarier durchaus nicht so vereinzelt dasteht, wie man meinen könnte. Nicht unerhebliche Schulden dürften aus agrarischen Kreisen an der Börse entstanden sein. Das Geschäftsgeheimnis verhütet allerdings, daß solche Tatsachen an den Tag kommen.

Immerhin leuchten die Geschäfte der erwähnten Gutsbesitzer in gewisse Praktiken hinein, die der Landbund zu verhindern eigentlich ein Interesse hätte. Ob man davon etwas hören wird, möchten wir allerdings bezweifeln."

Strafantrag gegen Schreck.

Leipzig, 1. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

In dem Landesverratsprozeß gegen Schreck und Genossen beantragte der Vertreter der Reichsanwaltschaft am Dienstag **für Schreck 10 Jahre Zuchthaus** und 10 Jahre Ehrenrechtsverlust, für Schulz 6 Monate Gefängnis und für **Koch 2 Jahre Zuchthaus** und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust.

„Der Abend, Spätausgabe des „Vorwärts"."

Das Abendblatt des „Vorwärts" wird ab 15. Februar unter dem Namen „Der Abend, Spätausgabe des ‚Vorwärts'" zwei Bogen stark mit Illustrationen erscheinen. Es handelt sich um eine Ausgestaltung unseres Zentralorgans, die seiner weiteren Verbreitung in den Massen der arbeitenden Bevölkerung Berlins dienen soll. Den Postabonnenten wird die Abendausgabe mit dem alten Kopf „Vorwärts, Abendausgabe" zugestellt werden. **Dies ist der Kern der zahllosen Sensationsgerüchte, die über** die angebliche **Gründung** eines neuen sozialdemokratischen Blattes in Berlin verbreitet werden. Diese Gerüchte sind zuerst in einem deutschnationalen Mittagsblatt aufgetaucht und von da von verschiedenen Korrespondenzen kritiklos übernommen worden. Darum sei der richtige Tatbestand hier ausdrücklich festgestellt.

Die Umgestaltung des Abendblattes ist auf einen gemeinsamen Beschluß des Parteivorstandes und der Berliner Organisation zurückzuführen. Die Redaktion wird durch den Eintritt des Genossen Eugen Prager verstärkt.

Niekisch veranstaltet Stahlhelm-Versammlungen.

Zusammenstoß mit dem Reichsbanner

Berlin, 1. Februar. (Radiomeldung.)

Am Dienstagabend machten die sogenannten Altsozialisten Sachsens in Berlin den Versuch, eine öfentliche Versammlung abzuhalten. Ihr geistiges Oberhaupt, der Nationalsozialist Niekisch, war als Redner auserkoren. Aber statt der zu Hunderten erwarteten altsozialistischen Renegaten waren zahlreiche Berliner Reichsbannerleute erschienen, um sich Herrn Niekisch und seinen Stahlhelmanhang einmal von der Nähe anzusehen. Niekisch hatte kaum das Wort ergriffen, als bereits die ersten Zwischenrufe hagelten. Der Versammlungsvorsitzende, ein bekannter Stahlhelmmann, drohte daraufhin mit der Polizei. Die Folge war, daß es an mehreren Stellen des Saales zu Wortwechseln und schließlich Schlägereien zwischen den anwesenden Stahlhelmleuten und den Republikanern kam. Die Versammlungsleitung rief dann die Polizei in den Saal, um die Republikaner entfernen zu lassen. Tatsächlich wurde auch eine Anzahl von Versammlungsteilnehmern durch Polizeibeamte abgeführt. Die übrigen republikanisch gesinnten Besucher verließen darauf freiwillig den Berliner Stadthaussaal und ließen Niekisch mit seinem Häuflein von etwa 30 dekorierten Stahlhelmleuten zurück. Wir möchten fast annehmen, daß Herrn Niekisch die erste Berliner Lektion genügt.

Es ist nicht weiter verwunderlich, daß sich die völkisch-deutschnationale „Deutsche Zeitung" anläßlich des gestrigen Vorfalls für Niekisch und seine Trabanten einsetzt. Gleich und gleich gesellt sich gern.

Ende der Abstinenz. Die Sozialdemokratische Partei in Bern beschloß mit 113 gegen 97 Stimmen, sich an dem schweizerischen Bundesrat in Zukunft zu beteiligen. Für die beiden freien Ministersitze, die durch Parlamentswahl in der nächsten Zeit zu besetzen sind, sollen als sozialdemokratische Kandidaten Grimm und Großpierre in Vorschlag gebracht werden.

Kind und Tier

Von J. Reismann.

Siegfried von Vegesack charakterisiert diese mysteriöse Liebe zwischen Kind und Tier, die man oft Gelegenheit hat, auf der Straße, im Hofe, im Garten zu beobachten, ganz ausgezeichnet: „Im Tiere offenbart sich dem Kinde am unmittelbarsten das Wunder der Schöpfung, und Kinder, die nicht in Gemeinschaft und steter Berührung mit Tieren aufwachsen, sind um eine große Welt ärmer und werden nie ein inniges, wirklich intimes Verhältnis zur Natur bekommen." Und wahrhaftig, gibt es etwas Rührenderes, als wenn man Kinder und Tiere miteinander spielen sieht? Gewiß, es gibt auch grausame Kinder, die Schmetterlingen, Fliegen die Flügel ausreißen, aber solche Kinder sind nicht allzu häufig, dagegen hat wohl schon jeder auf der Gasse Szenen beobachtet, wie ein Bub oder ein Mädchen mit einem Hund herumtollte, ein Mädchen ein Kätzchen auf dem Arme wiegte; solche Szenen haben manchen Erwachsenen entzückt oder gar Tränen entlockt. Eine tschechische Zeitung hat voriges Jahr eine Prämie für den besten Kinderaufsatz einer Tiergeschichte ausgeschrieben; wer die Antworten der Kinder las, die dann in Buchform gedruckt erschienen, der mußte staunen über das tiefe Verhältnis, die innige Beziehung, die zwischen Kind und Tier besteht! Kinder, die Tiere quälen, werden in der Regel später auch Menschen quälen. Das schöne deutsche Sprichwort:

„Quäle nie ein Tier zum Scherz,
Denn es fühlt wie du den Schmerz"

sollten alle Lehrer den Kindern einprägen.

Die Erinnerungen an ein liebes Haustier, das einem Jugendgefährte war, begleitet einem durchs ganze Leben. Wer kann so ein Kätzchen, Hündchen vergessen, mit dem man in der sorglosen, glücklichen Kinderzeit gespielt hat? Es sei mir gestattet, ein eigenes Erlebnis mit einem Tiere, dem Spielgefährten meiner Jugendzeit, noch zu erwähnen. Bevor ich noch in die Schule ging, hatte ich daheim — ich bin in einem kleinen Gebirgsstädtchen aufgewachsen — einen alten Pudel als Spielkameraden, der mich auf Schritt und Tritt überallhin begleitete. Aber der Pudel war schon alt, älter, als ich damals war, und so entging er seinem Schicksal, dem Schicksal von allem, was da atmet, nicht — eines Tages lag er mit starren Gliedern auf seinem Lager — er war tot! Und dieser „Todesfall" war für uns Kinder im ganzen Hause und in der Nachbarschaft kein kleines Ereignis. Wie viele bittere Tränen vergoß ich und wie traurig wurden meine Freunde aus dem ganzen Hause! Alle Kinder besichtigten den toten Pudel, endlich beschlossen wir, ihm ein feierliches Begräbnis zu machen. Und wir gruben für den Hund ein Grab bei der Scheune, die im Hofe unseres Hauses stand. Und wie wir alle weinten, als wir den Hund verscharrten! —

Nach etwa zwanzig Jahren kam ich wieder in jenen Ort, wo ich meine Kindheit verlebt hatte. Was für ein Stück Leben lag zwischen jener Zeit, da ich hier als Kind spielte und als Mann zurückkehrte! Wie viele Lebensstürme waren inzwischen niedergegangen, wie viele ernste Ereignisse hatten mich seit jener Zeit erschüttert! Ein Weltkrieg lag dazwischen, Stunden, da ich und Tausende anderer dem Tode stündlich ins Auge gesehen hatten! Und siehe da, als ich in den Hof trat, wo wir als Kinder vor zwanzig Jahren gespielt hatten, als ich jener Scheune, die schon recht baufällig geworden war, ansichtig wurde, da wurde in mir sofort die Erinnerung an jenes „Begräbnis" wach, es schien mir, als wären die zwanzig Jahre Leben, die seither vorübergerauscht waren, plötzlich versunken, und alle die „Bilder froher Tage" stiegen vor mir auf, „und was verschwand, ward mir zu Wirklichkeiten".

Eingedenk des Goethewortes in seinem „Vermächtnis": „Das Ewge regt sich fort in allem!" können und dürfen wir, die wir mit fühlendem Herzen und offenen Augen für menschliches Leid durchs harte Leben wandern, an der Qual der stummen Kreatur nicht stumm vorübergehen! Man mag über das Verzärteln eines Tieres, wie es mitunter geschieht, seine eigene Meinung haben und es verurteilen, weil es ein Entzug der Liebe ist, die man in erster Linie den Menschen schuldet, aber die Bestrebungen der Tierschutzvereine, die für eine allgemeine Liebe zum Tiere eintreten, verdienen die Aufmerksamkeit aller Schichten der Bevölkerung, in erster Linie der Lehrer und Jugendbildner, für die es eine Ehrenpflicht sein sollte, der Liebe zum Tiere und seinem Schutze eine Reihe von Lehrstunden zu widmen und die Schülerbibliothek mit der schönen, die Kinder außerordentlich anregenden Tierliteratur auszustatten. Für solche Stunden werden die Kinder dann noch später, als reife Menschen dankbar sein.

Im Namen der Menschlichkeit vergesse man nicht die Tiere und den Tierschutz!

Karl Bleibtreu gestorben.

Aus Locarno kommt die Meldung, daß Karl Bleibtreu am 30. Januar nachmittag im Alter von 69 Jahren einem Herzschlag erlegen ist. Man erinnert sich, daß Karl Bleibtreu vor vierzig Jahren mit Gerhart Hauptmann, mit Arno Holz und Johannes Schlaf, mit den Brüdern Hart und mit Michael, Georg Conrad in der ersten Reihe der Kämpfer stand, die in Deutschland für den Naturalismus eintraten; die Zola, Maupassant und Flaubert, die Ibsen, Tolstoi und Dostojewski gegen die ertötende Tradition des Pathos ausspielten und gegen das Konversationsstück von Blumenthals und Lindaus Gnaden entschieden Front machten. Eine Generation, die andere Kunstideale verfolgt und die Krieg, Revolution und Inflation erlebt hat, vergißt so schnell, vor allem, wenn es sich um einen Menschen handelt, der eher Kritiker als schaffender Künstler war.

Karl Bleibtreu ist gestorben, ein Vorkämpfer der naturalistischen Dichtung, ein Anreger, aber kein Erfüller, kein Meister der Form, ein zu unruhiger, stürmender Geist, um einem Werk eine endgültige Gestaltung geben zu können und doch einer der wenigen, die damals, vor vierzig Jahren, die Notwendigkeit und Entwicklung der deutschen Dichtung klar erkannten. Es starb ein fast Vergessener.

Der Schwan der Pawlowa in der Arrestzelle.

Der Kampf eines Polizisten mit einem großen Schwan bildete kürzlich in einer der belebtesten Londoner Straßen ein Schauspiel, das Tausende von Menschen angelockt und eine mehrstündige Verkehrsstockung im Gefolge hatte. Ein großer Schwan mit einer Flügelspanne von fast zwei Meter war von der Untergrundstation auf die Straße heraufgekommen und hatte sich verängstigt in die Luft erhoben. Dabei war er mit dem Leitungsdraht der Straßenbahn in Berührung gekommen und verwundet auf die Straße gestürzt. Ein Polizist wollte das verwundete Tier aufheben, was ihm aber erst nach langem Bemühen gelang, denn der Schwan schlug wütend mit seinen Flügeln um sich und hielt eine Zeitlang den Schutzmann in Schach. Endlich konnte man ihn aufheben und nach der Polizeistation bringen, wo der Schwan in Ermangelung einer anderen geeigneten Unterkunft in einer Arrestzelle untergebracht wurde. Die Polizei stellte später als die Besitzerin des Schwanes die berühmte Tänzerin Anna Pawlowa fest, die ein Landhaus in London bewohnt, augenblicklich aber in Deutschland weilt. Frau Pawlowa hält im Garten ihrer Villa sieben Schwäne, von denen der wertvollste entflohen und seit Wochen spurlos verschwunden war. Die Tänzerin wird nicht müde, die graziösen Bewegungen ihrer Schwäne bewundernd zu studieren, die sie in ihrer berühmten Tanzszene „Der sterbende Schwan" mit vollendeter Kunst wiederzugeben weiß.

Die Szene „Der sterbende Schwan" wird übrigens den Schluß ihrer Darbietungen am kommenden Sonnabend im hiesigen Stadttheater bilden.

Die Vernunft wird nicht sterben, wenn man sie auch von Jahrtausend zu Jahrtausend foltert.

Seume (Mein Sommer 1805)

Hallesches Theater- und Kunstleben.

Stadttheater. Am Freitag, dem 10. Februar, findet ein einmaliges Gastspiel des Moskauer hebräischen Künstlertheaters Habima statt, das bei seinem Auftreten in Berlin und ganz Deutschland außerordentliche, von Presse und Publikum anerkannte Erfolge davongetragen hat. Zur Aufführung kommt die dramatische Legende „Dybuk" von Ans-ki in hebräischer Sprache. Vorverkauf ab Donnerstag, dem 2. Februar, an der Theaterkasse. (Einfache Opernpreise bei aufgehobenem Freitags-Abonnement.)

VI. Städt. Symphoniekonzert unter Leitung von Generalmusikdirektor Erich Band am 6. Februar. Die Vortragsfolge bringt die Uraufführung eines symphonischen Prologs mit Sopransolo (gesungen von Margarete Fiege) von Karl Herforth, der schon mehrfach mit seinen Orchesterwerken in Halle zu Gehör kam. Es folgt die Erstaufführung des Romantischen Klavierkonzerts von Joseph Marx, dem bekannten Wiener Komponisten. Das Werk wird Rudolf Macudzinski hier aus der Taufe heben, ein durch seine Konzertreisen mit Henri Marteau in letzter Zeit rasch bekannt gewordener junger Wiener Pianist und Schüler von Marx. Der Künstler hat das Werk unter Leitung des Komponisten selbst schon mehrfach gespielt.

Volksbühne. Heute, Mittwoch, den 1. Februar: „Die weiße Frau" (C), Beginn 8 Uhr. Sonntag, den 5. Februar, 11 Uhr: Hauptprobe zum 6. Städt. Symphoniekonzert, Solist: Rudolf Macudzinski (Klavier). Am Montag beginnt „Die Fahrt mit dem Auto in das Morgenland" (8¼ Uhr) im Thalia. Vorzugskarten zu diesem Kulturfilm für unsere Mitglieder in der Geschäftsstelle. Die Einlösung der 6. Beitragsmarken erfolgt jetzt in der Geschäftsstelle. Spieltage: „Volpone" am 8. Februar für A; ferner am 11. Februar für B und am 27. Februar für C. „Oberon" am 15. für G; ferner am 22. Februar für H und am 29. Februar für J. „Carmen" ausverkauft. Zu dem Konzert von Amalie Wethner und Ilse Jentzer-Freytag (Hugo Wolf, Brahms, Reger u. a.) am 10. Februar erhalten unsere Mitglieder Vorzugskarten in der Geschäftsstelle. Neuaufnahmen werden jetzt noch zu halben Preisen angenommen in der Geschäftsstelle, Brüderstraße 14, Telephon 234 79.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219280201-17/fragment/page=0002

Die starke sozialdemokratische Hand.

Ein kommunistisches Geständnis in stiller Stunde.

Am Dienstag ereignete sich anläßlich der Beratung des Etats des preußischen Innenministeriums im Hauptausschuß des Preußischen Landtages ein viel belachter und doch interessanter Vorfall. Die deutschnationale Fraktion hatte den Antrag gestellt, das Preußische Statistische Landesamt in Zukunft der Aufsicht des preußischen Innenministers zu entziehen und einem anderen Ministerium zu unterstellen.

Dieser Antrag rief den kommunistischen Abgeordneten Casper von der Stalin-Fraktion auf den Plan. Er führte aus, der Sinn dieses Antrages sei, die strenge Aufsicht des sozialdemokratischen Innenministers für das Statistische Landesamt mit seinen reaktionären Beamten auszuschalten. In den vergangenen Jahren hätten die sozialdemokratischen Innenminister in Preußen mit starker Hand in das reaktionäre Wespennest hineingegriffen, und die Deutschnationalen bezweckten mit ihrem Antrage nichts anderes, als ihre reaktionären Freunde in Zukunft möglichst in Schutz nehmen zu können.

In stiller Stunde können also selbst die Stalin-Kommunisten auch anders. Ihr unfreiwilliges Lob über die „strenge Aufsicht" der sozialdemokratischen Innenminister steht immerhin in einem bezeichnenden Widerspruch zu den fortgesetzten Behauptungen der kommunistischen Presse über die „schlappe und energielose Politik" sozialdemokratischer Minister. Anscheinend malt sich in der Wirklichkeit auch in den Köpfen der Stalin-Kommunisten manches anders, als es den gläubigen Anhängern im Lande in Reden und Artikeln vorgetäuscht wird.

Luthers Antwort.

„Der Mann der praktischen Wirtschaft"

Der frühere Reichskanzler Dr. Luther hat am Dienstag als Mitglied des Verwaltungsrats der Reichsbahn auf die bekannte Denkschrift des preußischen Ministerpräsidenten mit einem Brief geantwortet.

In seinem Schreiben versucht Luther seine Haltung mit einer ganzen Reihe von unrichtigen und überflüssigen Behauptungen zu rechtfertigen. So stellte er u. a. fest, daß er als früherer Reichskanzler die preußische Regierung beschworen habe, einen Mann aus der praktischen Wirtschaft und keinen Fachmann in den Verwaltungsrat der Eisenbahn zu schicken. Dazu ist zunächst festzustellen, daß **Luther selbst gar kein Mann der praktischen Wirtschaft** ist, sondern aus dem Kommunaldienst in den Reichsdienst hinübergewechselt hat. Preußen hat andererseits stets mit Recht darauf hingewiesen, daß es keinen Wirtschaftler, sondern einen Vertreter wünscht, der von der Praxis des Eisenbahnwesens etwas versteht und der **nicht von den Weisungen der Wirtschaft**, sondern von den Instruktionen der preußischen Regierung abhängig ist. Infolgedessen hat Preußen immer wieder einen Mann vorgeschlagen, der sich jahrelang **in der elsaß-lothringischen Eisenbahndirektion eisenbahntechnisch und eisenbahnpolitisch bewährt hat.** Auch die Behauptung Luthers, daß die anderen im Verwaltungsrat der Reichsbahn vertretenen Länder wie Bayern und Sachsen im Gegensatz zu Preußen gehandelt haben und Männer der praktischen Wirtschaft delegiert hätten, ist unwahr. Der Vertreter Bayerns ist der frühere Eisenbahndirektionspräsident in Augsburg, ein Herr von Hertel, und der Vertreter Sachsens ist der frühere Ministerpräsident und jetzige aktive Kreishauptmann Buck.

Programm der norwegischen Arbeiterregierung.

Oslo, 1. Februar. (Radiomeldung.)

Die norwegische Arbeiterregierung hat am Dienstag vor dem Storthing ihre Programmerklärung abgegeben. In ihr schlägt sie u. a. **die Aufhebung des Gesetzes über den Schutz der Arbeitsfreiheit vor.** Es handelt sich hier um ein im vorigen Jahr von der Rechtsmehrheit beschlossenes Antistreikgesetz. Auch das **Gesetz über die direkte Unterstützung des Getreidebaues soll abgeschafft werden.** Statt dessen will man ein Staatsmonopol errichten. Als eine ihrer Hauptaufgaben bezeichnet die Regierung den **Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und eine gerechte Verteilung der Steuerlasten.** Aus diesem Grunde soll äußerste Sparsamkeit walten. U. a. ist **vorgesehen, die militärischen Uebungen in diesem Jahr ausfallen zu lassen.**

Keine hessischen Neuwahlen.

Urteil des Staatsgerichtshofes.

Darmstadt, 1. Februar. (Eigenes Drahtb.)

Der hessische Staatsgerichtshof hat am Dienstag nach mehrstündiger Beratung den Einspruch der Splitterparteien gegen die Gültigkeit der letzten Landtagswahlen als unbegründet zurückgewiesen. In der Begründung des Urteils wird gesagt, daß außer den gesetzlichen und verfassungsrechtlichen Bestimmungen bei der Beurteilung des Einspruchs auch politische Erwägungen berücksichtigt werden müßten.

Dieses Urteil ist endgültig. Es ist nunmehr anzunehmen, daß die Verhandlungen über die Regierungsbildung jetzt bald zum Abschluß kommen. Neben dem Staatsvoranschlag sind eine Reihe wichtiger Gesetze, wie das Besoldungsgesetz, in den nächsten Wochen zu verabschieden.

Der Zemembrder Oberleutnant a. D. Schulz ist entgegen der von einem Teil der deutschnationalen Presse veröffentlichten Mitteilung nicht an einer Erkältung erkrankt. Er leidet vielmehr nach dem vorläufigen Ergebnis der in den letzten Tagen unter Leitung des Strafanstalts-Obermedizinalrats Dr. Bürger durchgeführten Untersuchung und Beobachtung an einer konstitutionellen Erkrankung, die weder mit der Ueberführung in die Strafanstalt Berlin-Plötzensee noch mit der Haft überhaupt in Zusammenhang steht. Zur weiteren Klarstellung bedarf es einer Röntgenaufnahme. Schulz ist zu diesem Zweck in das Krankenhaus des Untersuchungsgefängnisses Berlin-Moabit verlegt worden.

Die Berliner Millionen-Betrugsaffäre

gestaltet sich immer sensationeller und zieht immer weitere Kreise. Die Voruntersuchung richtet sich jetzt insgesamt gegen neun Personen, darunter den Staatsanwaltschaftsrat Jacobi, gegen den nunmehr durch Beschluß des preußischen Justizministers auch die förmliche Suspendierung von Amt verfügt worden ist. Es wird u. a. behauptet, daß **Jacobi für seine Auskünfte ständig ein großes Gehalt von Bergmann bezogen hat.** Im Laufe der Nacht zum Dienstag ist auch die Frau Bergmanns in einem Berliner Hotel, das ihrer Mutter gehört, verhaftet worden. Die Hauptrolle bei den Betrügereien hat offenbar neben Bergmann dessen Bekannter Salinger gespielt, **auf den Bergmann setzt alle Schuld abzuwälzen sucht.** Der Frau des Geschäftsführers des Lombardhauses, die dort als Prokuristin tätig war, wird zur Last gelegt, daß sie besonders von den Fälschungen der Wechsel und Lombardscheine wußte und sich auch daran beteiligt hat. In die Betrügereien verwickelt ist auch ein Mann namens Willi Kraag, der **inzwischen mit einem Automobil Bergmanns aus Garmisch-Partenkirchen gestohen ist.** Als eine Ironie des Schicksals kann man es bezeichnen, daß der Leiter der Breslauer Filiale vor einiger Zeit von der Berliner Kriminalpolizei verhaftet worden war, weil er größere Summen unterschlagen hatte, die er an die Berliner Zentrale des Bergmannschen Unternehmens abführen sollte. Zahlreiche Schlesier sind um ihre ersparten Gelder durch Bergmann betrogen worden. Inzwischen sind die Geschäftsbücher sämtlicher Filialen beschlagnahmt worden. Es ist jetzt auch der Verdacht aufgetaucht, daß Bergmann **die Konzession für sein Unternehmen auf unrechtmäßige Weise erworben hat,** und daran unter Umständen auch **Beamte des zuständigen Polizeireviers und der Gewerbepolizei eine gewisse Schuld haben könnten.** Der Berliner Polizeipräsident hat bereits gegen die in Frage kommenden Beamten eine Untersuchung eingeleitet. Von den zuständigen Behörden wird entschieden in Abrede gestellt, daß der Sohn Hindenburgs, Major von Hindenburg, bzw. der Neffe des Reichspräsidenten stets die besten Auskünfte über das Unternehmen Bergmanns gegeben hätten.

Das gefährliche Gas.

Nahe an einer Katastrophe vorbei.

Berlin, 1. Februar. (Radiomeldung.)

Die Berliner Feuerwehr wurde am Dienstag gegen 10 Uhr abends nach der Yorkstraße gerufen. Dort hatte sich auf dem Treppenflur des Vorderhauses ein starker Gasgeruch bemerkbar gemacht. Das Gas kam aus einem Laden. Da der Inhaber nicht anwesend war, mußten sich die Feuerwehrleute gewaltsam Einlaß verschaffen. Der Hahn des Kochapparates in der Küche war geöffnet und große Gasmengen konnten ungehindert entweichen. Vorsichtshalber wurde in den über dem Laden befindlichen Wohnungen nachgeforscht, ob die Gase nicht bereits Unheil angerichtet hätten. Tatsächlich wurden in der Wohnung des Verwalters die Frau und zwei Kinder durch Gas vergiftet bewußtlos aufgefunden. Die Wiederbelebungsversuche der Feuerwehr waren von Erfolg, doch mußten alle drei in recht bedenklichem Zustande in das Krankenhaus überführt werden. Die Nachlässigkeit des Ladeninhabers hätte unter Umständen mit einer entsetzlichen Katastrophe enden können, die so durch das Eingreifen der Feuerwehr noch vermieden werden konnte.

Die Rache der „Kulaks".

In einem Dorfsowjet im Permschen Gouvernement waren einige Großbauern, sogenannte „Kulaki", wegen systematischer Steuerhinterziehung zu Gefängnisstrafen verurteilt worden. Darauf beschlossen einige andere Kulaki, **Rache zu üben.** Sie bestrichen den Wagen des Staatsanwaltes mit einer Flüssigkeit, die den Geruch eines Bären ausströmt. Als die Pferde unterwegs diesen Geruch wahrnahmen, **gingen sie mit dem Gefährt durch.** Die Insassen wurden herausgeschleudert, die Frau des Staatsanwalts erlitt einen Rippenbruch und eine Fußverrenkung. Gleichzeitig veranlaßten die Kulaki, daß das Wohngebäude eines Bauern, der als Beisitzer an den Gerichtsverhandlungen teilgenommen hatte, **in Brand gesetzt wurde.**

Meineids-Unfug.

Ein trauriger Fall aus der Meineidsjustiz, ein Schulbeispiel dafür, welches Unglück aus einem Meineid in einer Bagatellsache erwachsen kann. Ein Schuhmachermeister im Greisenalter aus Hohgiersdorf in Schlesien hatte eines Tages seinen Lehrlingen gesagt, sie sollten ruhig in des Nachbars Garten gehen und sich dort einmal die Taschen mit Pflaumen füllen. Die Geschichte kam heraus. Ein Strafverfahren gegen einen der Lehrlinge wurde eingeleitet. Der greise Meister stiftete den anderen Lehrling an, vor Gericht auszusagen, der Meister hätte ihnen niemals geraten, Pflaumen zu stehlen. Der Junge schwor den Meineid; er wurde vom Jugendgericht abgeurteilt. Der greise Meister wurde vom Schwurgericht zu 1½ Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Ein Junge unglücklich gemacht, ein Greis am Ende seines Lebens ins Zuchthaus geworfen — und das alles wegen einer Handvoll Pflaumen.

Solche Justiz hört auf, Recht zu sein. Sie wird zur Raserei leerer juristischer Abstraktionen.

Bankzusammenbruch in Prag.

Die Tschechische Kreditanstalt in Prag ist zusammengebrochen. Es handelt sich hier bereits um die 93. Bank, die seit der Gründung der Tschechoslowakischen Republik zusammenbricht. Die Ursachen des Bankkrachs sollen in einer geradezu skandalösen Betriebsführung zu suchen sein. Schon vor acht Jahren war von der Staatsanwaltschaft gegen die Leiter der Bank eingeschritten worden. Die Angelegenheit verlief jedoch damals aus unbekannten Gründen im Sande. Die jetzt hinterlassenen Passiven der Bank betragen 15 Millionen, die Aktiven 6 Millionen. Von der Liquidation werden etwa 300 Einleger betroffen, die nur 17 Prozent ihres Geldes zurückerhalten sollen. Wohin die verschwundenen Millionenbeträge geraten sind, konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

Diphtherie auf Rügen. In Wiek auf Rügen mußte wegen Diphtherie-Erkrankungen die Schule auf Anordnung des Kreisarztes geschlossen werden.

Raubmörder Hein.

Wir veröffentlichen hier das Bild des Verbrechers, der mittellos ist und sicher wieder einen Unterschlupf suchen wird. Hein ist am 9. August 1902 in Düsseldorf-Gerresheim geboren, 1,74 Meter groß, kräftig, hat ein volles Gesicht, braune Augen, braunes Haar und kleine sichtbare wunde Stellen an den Lippen.

Ein dreister Raubüberfall

wurde in diesen Tagen in der Nähe der südbulgarischen Stadt Stara Sagora verübt. Ein gegen Abend aus dieser Stadt nach Radnewo fahrender Autoomnibus mit 30 Reisenden wurde unterwegs von sieben bewaffneten Räubern angehalten; die Insassen wurden aus dem Wagen herausgeholt, aneinandergebunden und gezwungen, sich mit dem Gesicht auf die Chaussee zu legen. Die Räuber plünderten dann die Gefesselten in aller Ruhe aus. Ein sich unter den Reisenden befindlicher **Polizist wurde an einen Baum gebunden und niedergeschossen;** er ist wenige Stunden später seinen Wunden erlegen. Gleich darauf kamen zwei weitere Autobusse mit ca. 35 Personen vorüber, die ebenfalls angehalten wurden; die Reisenden mußten sich neben die übrigen Leidensgefährten auf den winterlich eiskalten Boden legen. **Die Durchsuchung der 65 Leute dauerte volle drei Stunden.** Bevor sich die Räuberbande in den Wald zurückzog, pfändete sie das zuerst angekommene Auto zur Strafe an, weil der Chauffeur anfangs versucht hatte, trotz des Aufrufes mit seinem Wagen zu flüchten. Die beiden anderen Wagen wurden fahrunfähig gemacht. Die Polizei vermutet, daß die Räuber Bauern aus der dortigen Gegend sind; zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Wieder ein ungetreuer Nachlaßpfleger.

Schwere Beschuldigungen werden gegen den Nachlaßpfleger Otto H., der bei einem Berliner Amtsgericht Bureauvorsteher und gleichzeitig Nachlaßpfleger war, erhoben. Er wird bezichtigt, von drei Millionen, die von einem verstorbenen Bankier hinterlassen waren, nur eine Million den Erben des Bankiers ausgehändigt, das übrige Geld aber für sich verwendet zu haben. Außerdem werden dem Nachlaßpfleger noch weitere Unterschlagungen zur Last gelegt; in einem Falle soll er über hunderttausend Mark veruntreut haben.

Fingierter Raubüberfall.

Vor etwa drei Wochen teilte eine Frau R. aus der Yorkstraße in Berlin der Kriminalpolizei mit, daß sie von einem Bettler um ein wertvolles Maulwurfcape beraubt worden sei. Der Mann habe bei ihr geklingelt und um einen alten Hut gebeten, als sie ihm diesen Wunsch erfüllte, sei sie plötzlich auf dem Wohnungsflur, angeblich von irgendeinem Narkotikum betäubt, ohnmächtig zusammengebrochen. Der Bettler sei in der Zwischenzeit mit dem Maulwurfcape verschwunden. Diese Angaben haben sich jetzt als vorgetäuscht herausgestellt. Die Frau gab bei einer nochmaligen Vernehmung zu, daß sie sich durch die erwartete Versicherungssumme ein neues Cape habe verschaffen wollen. Die Schwindlerin wurde wegen versuchten Versicherungsbetruges dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192802017/fragment/page=0003

Vereins-Kalender

der SPD., freien Gewerkschaften, geselligen Vereine sowie der sozialist. Frauenzusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg. — Sekretariat der SPD. Halle a. S., Harz 42/44. Hofgebäude 2 Treppen. Fernruf 21029

Halle

Frauengruppe. Donnerstag, den 2. Februar, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“: Jahresversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Schaumburg über „Die Tätigkeit der Frau in der Partei“. 2. Jahresbericht und Vorstandswahl. Infolge der wichtigen Tagesordnung allseitiges Erscheinen erwünscht.

Aus dem Bezirk

Sangerhausen. Mittwoch, den 1. Febr., abends 8 Uhr, beim Genossen Waldmann: Funktionärsitzung. Die Vorstandsmitglieder und Bezirksführer müssen erscheinen.

Merseburg. **Arbeiter-Wohlfahrt.** Außer den Leinabenden Montags ist die Nähstube auch jeden Mittwoch abend wieder in Betrieb. — Wir bitten um Angabe von Adress. für die Anfertigung von Schulentlassungskleidern.

Atzendorf-Kötzschen-Beuna-Frankleben. Sonnabend, 4. Febr., abends 8 Uhr, im Bahnhof Niederbeuna: Gemeinsame Mitgliederversammlung. Genosse Landtagsabgeordn. Drescher (Halle) spricht über „Die Auflösung der Gutsbezirke“. Vollzähl. Erscheinen aller Mitglieder wird erwartet.

Blankenheim. Donnerstag, den 2. Februar, abds. 8 Uhr, bei Kreutzberg erweiterte Mitgliederversammlung. Hierzu laden wir alle Volksblattleser ein. Referent zur Stelle.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Bund der republikanisch. Kriegsteilnehmer)

Ortsgruppe Halle.

Erwerbslose u. am Metallarbeiterstreik beteiligte Mitglieder haben zum 4. Februar freien Eintritt. Eintrittskarten bis Freitag, den 3. Februar, im Textilhaus Otto Müller, Harz 42/44, abholen.

Veranstaltungs-Ausschuß. Donnerstag, den 2. Februar, im „Volkspark“ Zusammenkunft einschl. aller Hilfskräfte.

Karten zum „Tirolerfest“ am 4. Februar sind im Vorverkauf erhältlich bei allen Unterkassierern, Volksblattbuchhandlung (Gr. Ulrichstraße), Zigarrengeschäft Albrecht (Lindenstr.), Textilhaus Otto Müller Harz 42-44). Vorverkaufspreis 50 Pfg.

Sonstige Vereine.

Freier Sängerchor Mittwoch, den 1. Febr., abds. 8 Uhr, in „Stadt Dresden“ Probe. Eine Stunde vorher Vorstands- und Veranstaltungs-Ausschuß-Sitzung. 554

Freie Schulgesellschaft. Donnerstag, den 2. Februar, 17 Uhr, „Pfälzer Schießgraben“ Sprechchorprobe. Alle Erwachsenen, besonders die Männer, notwendig.

Walhalla

Beginn 20 Uhr Tel. 283 85

Heute Première der erfolgreichsten aller in Deutschland und Oesterreich gespielten Revuen, die große Schwarz-Revue:

Wien gib acht!

in 14 Bildern.
Musik von **Fritz Lehner.**
Zur Premiere dirigiert der Komponist persönlich.
Prunkvolle Ausstattung.
600 Prachtkostüme.

Die Vienna-Girls
Die Revue-Girls
Die Deutschmeister
100 Mitwirkende.

In den Hauptrollen:
Melitta Kiefer :-: Lo Ethoff
Anja Aroschewa, Ilse Kleinert, Amy Wuchert, Willi Schulhoff, Joe Homé, Eduard v. d. Becke.
Die internationalen Tanzattraktionen
Queenie Hall, Conny Alexiew, Nina Sobh, Ell' Düra, Ine Lenora. 615

Sichern Sie sich rechtzeitig im Vorverkauf ab 11 Uhr gute Plätze.

Preise von 75 Pfg. bis 4,50 Mk.

Feintalgschmelze

sucht einen

Arbeiter oder Vorarbeiter

der mit der Herstellung von Premier Jus und mit der Oleo-Pressung durchaus bekannt ist. — Derselbe hat Aussicht, bei zufriedenstellend. Leistungen in ganz kurzer Zeit Meister zu werden. Offerten unter **V. H. 1221** an die Expedition dieses Blattes. 604

Gebr. Danglowitz
Fischerplan 2
kaufen 6021
Häute und Felle
zu höchsten Tagespreisen
Daselbst Verkauf von
modernen Pelzbesätzen
zu konkurrenzlos billigen Preisen

Billige

Konserven-Woche

solange der Vorrat reicht	2 Pfd.-Dose
Gemischtes Gemüse	98 **72** ₰
Junge Schnittbohnen	85 **68** ₰
Junge Brechbohnen	**70** ₰
Wachsbrechbohnen	**85** ₰
Gemüse-Erbsen	**77** ₰
Junge Erbsen	**78** ₰
Junge Erbsen, mittelfein	**115** ₰
Ananas, 8 Scheiben im eigenen Saft	**135** ₰
Erdbeeren	**140** ₰
Pflaumen	**75** ₰
Ferner:	
Zucker	Pfd. **29** ₰
Kokosfett	Pfd. **58** ₰
Schmalz	**78** ₰
Margarine	**56** u. **48** ₰
Mehl	**25** ₰
Kakao	1/4 Pfd. **25** ₰
Tee	1/4 Pfd. **75** ₰

Kaffee, Nudeln, Hülsenfrüchte, Reis usw.

Thams & Garfs

Neben Lichtspiele Sonne **Merseburg** Neben Lichtspiele Sonne

Tischbanner
maschinengestickt, schnell, gut, billig 399
Bruno Lundenberg
Leipziger Straße 17, I

Theater- u. Masken-Kostüme

Zeugner & Riedel
Inh. Gebhardt (vorm. Gottschalk)
Halle a. d. S.
Obere Leipziger Straße 61/62
Hof, 2 Treppen.

Stadttheater
Heute, 613
Mittwoch,
20—23¼ Uhr:
Die weiße Frau
Donnerstag,
20—23¼ Uhr:
Der Patriot

Germania-Festsäle ● 4. Februar:

Maskenball
im „Deutschen Gesellschaftshaus“

Roland
Merseburg
Täglich
Konzert
Kapelle We-Ka-Te

Lumpen
sowie alle
Rohprodukte
kauft 181
Ph. Schwabach
Raffineriestr. 44

RAKETE
Das Haus der guten Kleinkunst
Heute abend 8 Uhr
Das Programm der Spitzenleistungen
mit 601
Jonny Güldner
„Im Tempo der Welt“
und den übrigen erstkl. Kräften
Ab 11 Uhr:
Halles größter Trocaderobetrieb
unter Mitwirkg. der Künstler.
Ob früh des Abends oder späte,
Wo trifft man sich?
„In der Rakete.“

Zoologischer Garten
Donnerstag, den 2. Februar, 20 Uhr:
14. Symphonie-Konzert
(Beethoven-Abend)
des Hall. Symphonie Orchesters.
Leitung: Benno Plätz.
Solistin: Eleonore Weiff (Berlin)
Gesang. — U. a.: Coriolan; Arie Fidelio; Eroica-Symphonie.

Kleine Anzeigen haben Erfolg!

L. C. SMITH & CORONA
SCHREIBMASCHINEN
Berlin SW. 68
Markgrafenstr. 76-77
Alleinvertreter:
Chr. Cremer, Halle a. S.,
Leipziger Str. 88 (Ritterhaus)

Konfirmanden- u. Prüfungs-Anzüge
fertig am Lager
von 22,00 Mark an!

Sonder-Angebot!
Konfirmanden-Anzug
aus blauem Marinetuch
reine Wolle
Ersatz für Maß
Mark 44,00

Der Einkauf von Bekleidungsstücken ist immer eine Vertrauenssache. Deshalb bleibe ich bemüht, meine Kunden gut zu beraten. Ich orientiere Sie fachmännisch ohne jeden Kaufzwang gern über Preise und Qualitäten. Meine Auswahl ist groß, und die niedrigen Preislagen ermöglichen auch Ihnen die Anschaffung guter Bekleidung.

Bitte um Besichtigung meines Spezial Schaufensters!

G. Assmann
Das Haus der Herrenmoden. Gegr. 1848
Große Ulrichstraße 49 614

Schallplatten
zirka 25000 Aufnahmen aller führenden Marken am Lager
Musikhaus
Lüders & Olberg G. m. b. H.
Leipziger Straße 30 594

Volksbadewanne
bei **G. Brose,**
Gr. Sandberg 8.

Gewerkschaftshaus
Halle. Harz 42—44
Restaurant
Sitzungszimmer
Guter Mittag- und Abend-Stamm 92
Vorzügliche Küche
Saubere Uebernachtung

C.T

Am Riebeckplatz

Morgen, Donnerstag, nachm. 4 Uhr große Première
Das künstlerische Ereignis dieser Woche!

Petronella
ein Hochgebirgsdrama

Ein Film der wildromantischen alpinen Gletscherwelt nach dem Roman von Johann Jegerlehner.
Ein Vorspiel und 6 Akte.

Ein Film von raffiniertester Kultur und Kultiviertheit.
Regie: Hans Schwarz, der Schöpfer von „Zwei Menschen“.
Wilhelm Dieterle der große Menschendarsteller in der Hauptrolle, vermittelt in dieser prächtigen Rolle die stärksten Eindrücke, die man vom Film bisher empfing! **Eindrücke einer ganz großen Solistenvirtuosität!** Von ihm mitgerissen, schwingt sich das ganze Ensemble zu ungeahnter darstellerischer Höhe auf! Allen voran
Maly Delschaft, Theodor Loos, Ernst Rückert, Uwe Jens Kraft, Hedwig Wangel, Hermann Picha, Georg John, Hugo Döblin, Oskar Homolka, Rudolf Lettinger.

Die „Münchener Zeitung“ schreibt:

„. . . nach Jegerlehners Roman schufen Jungk und Schwarz das Drehbuch dieses Helvetia-Films, der zu den besten Erzeugnissen der Heimatkunst gehört. Die Pracht der von Alfred Hansen liebevoll gedrehten Schweizer Landschaften, die gute Regie von Hans Schwarz (allbekannt aus „Zwei Menschen“), das beseelte Spiel von Maly Delschaft, Dieterle, Loos und Georg John, die kernigen Typen von Frida Richard, Homolka, Lettinger und Rückert vereinen sich zu einem warmblütigen, ehrlichen Stück Volkskunst, das den ganz großen Erfolg voll verdient, der ihm sicher ist. **Dieser Film ist das künstlerische Ereignis dieser Woche, ein Werk, vor dem auch die Kritik verstummt, bewundernd vor der ewigen Majestät der Berge und der großen Kunst der darstellenden Menschen.“**

Hierzu der überaus prächtige bunte Filmteil!

Auf der Bühne:
Willi Picardy, das Jongleur-Phänomen.

Heute letzter Tag: Liebesreigen
mit **Wilhelm Dieterle.**

Große Ulrichstr. 51

Erstaufführung heute, Mittwoch, nachm. 4 Uhr

Der Retter aus tausend Nöten — der verwegene Sensationsheld — der Mann, der die Gefahr verlacht — der Held der tausend dramatischen Abenteuer in

Der Mann ohne Kopf

Ein Sensations-Schauspiel, bei dem ein kleiner Nervenchok, ein finstrer Intrigant, ein Neger, eine Dogge und — Carlo Aldini — die wichtigsten Rollen spielen.

Tempo - Tempo - Tempo!

Das scheint bei diesem neuen, sensationellen Großfilm Carlo Aldinis der Hauptfaktor zu sein! Nach den leichten Intermezzos des ersten Aktes ist man auch sofort in der richtigen „Stimmung“, verfolgt die Entwicklung mit wachsender Spannung, zittert um den Helden, freut sich seiner Erfolge und atmet erleichtert auf, wenn er alle die halsbrecherischen Avantüren bestanden hat, die einem gewöhnlichen Sterblichen Kopf und Kragen kosten würden.

Der sensationellste und unterhaltsamste Großfilm der Gegenwart!

In den weiteren Hauptrollen:
Grit Haid, Hermann Picha, Siegfried Arno, Else Reval, Eugen Neufeld, Ferd. v. Alten

Dazu der reichhaltige bunte Teil

Anfangszeiten: Werktags 4.00 6.10 8.15 Uhr. Sonntags Beginn 3.00 Uhr.

Uebergang zu mittleren und höher. Schulen Ostern 1928

1. Gesuche um Zulassung zur Aufnahmeprüfung in die mittleren und höheren Schulen sind für Grundschüler(innen) mit vierjährigem Schulbesuch an die betr. mittleren und höheren Schulen zu richten. Die zuständige Grundschule ist hiervon gleichzeitig zu benachrichtigen. Grundschüler(innen) mit nur dreijährigem Schulbesuch, die eine Klasse übersprungen haben, sind den Schülern (Schülerinnen) mit vierjährigem Schulbesuch gleichgestellt.

2. Gesuche von Erziehungsberechtigten auf vorzeitige Aufnahme von Grundschülern (Grundschülerinnen) nach nur dreijährigem Schulbesuch (aus Kl. 6) sind durch die Grundschule an die städtische Schulverwaltung, Gr. Märkerstraße 10, einzureichen.

3. Gesuche für Schüler(innen) mit drei- oder 4jähriger Vorbildung, die eine Privatschule besucht oder Privatunterricht erhalten haben, sind direkt an die städtische Schulverwaltung einzureichen.

4. Die Gutachten der Schule und das amtsärztliche Zeugnis für die Kinder zu 2. und 3. sind ebenfalls der städtischen Schulverwaltung vorzulegen.

5. Meldungen von Schülerinnen der Vorschule des Seydlitz-Lyzeums hier sind direkt an das Provinzialschulkollegium in Magdeburg zu richten.

6. Sämtliche Gesuche müssen bis zum 20. Februar d. J. vorliegen. Der Prüfungstermin wird rechtzeitig bekanntgegeben werden. 613

Halle, im Januar 1928.

Der Magistrat (Schulverwaltg.)

Auf
Teilzahlung
liefern wir
Möbel
Konfektion
Schuhwaren
Kleine Anzahlung
Wöchentlich RM. 3,—
bis RM. 5,— 607
Kreditgeschäft
Merkur G. m. b. H.
Halle a. S.
Gr. Ulrichstraße 45, I. Etage

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219280201-17/fragment/page=0004

10 Jahre städtische Arbeitsvermittelung.

Mit dem 1. Februar gehen die bisherigen kommunalen Arbeitsnachweise auf das Reich über.

Der Normalbürger freut sich über jedes Jubiläum, das ihm Gelegenheit zu einem Festmahl oder einem guten Trunk verschafft,; aber für uns ist es angebracht, auf dies „Jubiläum" der Arbeitsvermittlung hinzuweisen, das im Grunde genommen 100 Jahre Geschichte der Sorge und Verelendung der Masse bedeutet.

„Mit dem ersten Februar dieses Jahres (1928) wird die für die hiesige Stadt eingerichtete Arbeitsanstalt ins Leben treten. Welches fühlbare Bedürfnis eine solche Einrichtung gewesen, auch den Arbeitslustigen, denen es an Arbeit fehlt, dergleichen zu verschaffen, bedarf wohl kaum der Erwähnung; sie wird das Mittel seyn, wodurch der Arbeitslustige bei Mangel an Beschäftigung Gelegenheit zum Erwerb finden kann. Die Einrichtungen sind so getroffen, daß der pünktlichen Erfüllung aller (!) Arbeitsaufträge nichts entgegensteht, sowie das Arbeitslohn möglichst (!) billig gestellt sein wird."

Wir sehen, wie primitiv, ja ausfaugerisch diese städtische Arbeitsve. mittlung zunächst aufgezogen war, um dank der Arbeitslosigkeit „möglichst billig" Arbeitskräfte vergeben zu können. Und doch: welcher Fortschritt gegen früher, wenn man bedenkt, daß vordem die Arbeitslosen und die dem Hauswirt an der Miete Verschuldeten einfach ins Zuchthaus kamen. Hunger und arbeitslos waren eben Verbrechen!

Es war also immerhin schon ein Fortschritt, wenn vor 100 Jahren mit dieser noch kümmerlichen Einrichtung einer städtischen Arbeitsvermittlung bei den Stadtvätern wenigstens ein Gefühl dafür erwachte, für die Arbeitslosigkeit und Verelendung der Arbeiter und kleinen Handwerkerschaft verantwortlich zu sein. Naiv ist auch, wenn der Erlaß von Arbeits„lustigen" spricht! Man muß nämlich wissen, daß z. B. die Arbeitszeit der Bauhandwerker und Zimmerleute von morgens 5 bis abends 6 Uhr lief. Erst 1871 wurde die Arbeitszeit allgemein von 12 auf 10 Stunden verkürzt.

Ja, die gute alte Zeit! Der kapitalistische Ausbeuter sehnt sich nach ihr zurück, aber die sozialistische Forschung deckt allmählich wieder auf, was die monarchistische Geschichtsfälschung an Elend und Vergewaltigung aus ihrer „guten alten Zeit" feige unterschlagen hat. Wo wären wir heute ohne Sozialdemokratie mit der Arbeiterschaft? Die Sozialdemokratie ist von je das Gewissen des Staates, auch des monarchistischen Staates, gewesen, das lehrt uns die Geschichte der Arbeitsvermittlung von 1828 bis 1928.

Vielleicht schreibt einmal einer dieses im Grunde traurige Kapitel unserer kapitalistischen Kultur? Es steckt mehr „Geschichte" dahinter, als hinter den Phrasen der Zollernhistoriker! Ws.

Die Flamme verbreitet sich!

Ueber den Stand der Feuerbestattung wurde festgestellt, daß sich 1927 in Halle 689 Personen = 21,5 Proz. der Verstorbenen haben einäschern lassen. Während im Jahre 1900 in Deutschland 106 Krematorien mit 659 Einäscherungen bestanden, zählt man im Jahre 1927 bereits 81 Krematorien mit mehr als 45 000 Einäscherungen. Mehrere neue Krematorien sind im Bau begriffen darunter eins in Eisleben.

Drei Zusammenstöße.

Beschädigte Vehikel — Leichtverletzte.

Am Dienstag 13.45 Uhr erfolgte auf der Straßenkreuzung Sophienstraße—Wilhelmstraße ein Zusammenstoß zwischen einem Personenkraftwagen und einem jugendlichen Radfahrer, wobei dieser zu Fall kam. Der Radfahrer trug Hautabschürfungen an der rechten Hand davon und blutete stark aus der Nase. Das Fahrrad wurde leicht beschädigt. Die Schuld trifft den Radfahrer, der infolge zu schnellen Fahrens die Gewalt über sein Fahrrad verlor. — Gegen 14.15 Uhr stieß auf dem Hallorenring ein Straßenbahnwagen mit dem aus der Torenhalle des Polizeigefängnisses herausfahrenden Gefangenentransportwagen zusammen. Beide Fahrzeuge wurden leicht beschädigt. Drei Insassen des Gefangenentraftwagens trugen bei dem Zusammenprall leichte Hautabschürfungen davon. — Zur selben Zeit erfolgte an der Ecke Ludwig-Wucherer-Straße—Wilhelmstraße ein Zusammenstoß zwischen einem Personenkraftwagen und einem Motorradfahrer. Der Motorradfahrer trug leichte Hautabschürfungen im Gesicht davon. Das Motorrad wurde erheblich, der Kraftwagen leicht beschädigt.

Boxkampf der Weiber.

Prügelei mit Weingläsern.

Heute früh 3.15 Uhr entstand in einem Lokal in der Magdeburger Straße zwischen zwei weiblichen Personen nach voraufgegangenem Wortwechsel eine Schlägerei, in deren Verlauf eine Beteiligte durch einen Schlag mit einem Weinglas im Gesicht eine stark blutende Wunde davontrug. Die Verletzte wurde in bewußtlosem Zustande mit einer Kraftdroschke der Universitätsklinik zugeführt.

Das alte Lied. Am 31. Januar gegen 17.30 Uhr versuchte sich in der Nähe der Kröllwitzer Brücke ein Mann in die Saale zu stürzen. Er wurde durch einen Polizeibeamten an seinem Vorhaben gehindert und der Polizeiwache zugeführt. Der Grund zu der Tat soll in Familienstreitigkeiten zu suchen sein.

Gegen den Stalin-Kurs!

Erklärung Otto Kilians

Der „Suhler Volkswille", „Reichsorgan der Opposition (Marxisten-Leninisten) in der Kommunistischen Partei Deutschlands", veröffentlicht heute unter dieser Ueberschrift den Wortlaut der Erklärung, die der preußische Landtagsabgeordnete und hallische Stadtrat Otto Kilian in der letzten Stadtverordnetnsitzung zur Begründung seines Austrittes aus der Kommunistischen Partei ankündigte. Kilian erklärt, er sei zu diesem Schritt gezwungen und schreibt dann wörtlich:

„Es ist mir unmöglich, weiter die Verantwortung mit zu tragen für die gegenwärtige, **einer revolutionären Leninschen Linie entgegensetzte Politik der Komintern, insbesondere die Methoden der Ausschließungen, Beschimpfungen, Verdächtigungen, Bedrohungen, Verbannungen alter Revolutionäre, kurzum den Stalinkurs.**

Es ist mir unmöglich, die Politik der KPD. und insbesondere die der hallischen Bezirksleitung zu rechtfertigen, da sie **ein Hohn auf die Grundgedanken der revolutionären Arbeiterbewegung**, die Aufgaben einer wirklichen Kommunistischen Partei ist und dahin führt, daß

die Partei von den Gegnern nicht mehr ernst genommen wird.

Ich habe mich in der Partei um die Korrektur der falschen Linie der Stalinpolitik bemüht. Das Ergebnis war, daß ich die Gewaltmethoden dieser Politik zu spüren bekam. Man hat mich unter Entfesselung einer Pogromstimmung bis an den Ausschluß getrieben.

Unter dem Bruch der Statuten hat man mich mundtot gemacht, zur Fraktionsarbeit gezwungen.

Ich habe, zu fest mit der Partei und ihren Mitgliedern verbunden, im Oktober das von der Bezirksleitung mir vorgeschlagene Angebot zur Wiederaufnahme der Arbeit angenommen. Ich habe inzwischen bemerkt, daß die Schröter, Lademann ein falsches Spiel mit mir treiben wollten. Ich sollte in der Partei arbeiten, meine Fähigkeiten wollte man ausnutzen, die Parteilinie sollte ich vertreten, auch wenn ich mit ihr nicht einverstanden war.

(Neuer Theater-Kongreß der Arbeiter und Bauern), aber das Recht auf eine Meinung und auf Geltendmachung derselben sollte ich nach wie vor nicht besitzen. Den Zwang begründet man mit „Parteidisziplin", mit „Körperschaftsdisziplin". Man wollte mir also genau die Rolle eines Mamelucken zumuten, wie sie leider in der Partei von so vielen unfähigen Leuten und Postenstrebern gespielt wird. Diese Rolle zu spielen lehne ich ab. Ich verlasse deshalb die Partei.

Ich will durch meinen Schritt die Mitglieder **der Kommunistischen Partei erneut und nachdrücklicher** als bisher auf den **verderblichen Kurs der Komintern**, der Partei und der BL. Halle-Merseburg aufmerksam machen. Ich glaube, den Kampf gegen diesen Kurs besser führen zu können, wenn ich mich von dem Gesinnungsterror der Schröter-Clique befreie, wenn ich als revolutionärer Kommunist, der ich auch nach meinem Schritt bleiben werde, zunächst die Partei verlasse.

Ausgelöst wurde mein Schritt durch einen **unerträglichen Akt des Feldwebelregiments**, das der gegenwärtige Polleiter des Bezirks, Schröter, **gegen alle Genossen anwendet, die sich ihm nicht als stumme Lakaien oder Papageien zur Verfügung stellen.** Dieses Regiment habe ich am 27. Januar in einer Bureaustzung erneut zu spüren bekommen. Dabei erfuhr ich abermals die **ganze Hinterhältigkeit dieses kleinen Stalin.**"

Kilian wirft der Bezirksleitung Halle dann vor, daß sie die Bedingungen des mit ihm abgeschlossenen Friedensvertrages nicht erfüllt und schuld sei, daß das Verfahren wegen seines Ausschlusses aus dem RFB. vier Monate unerledigt liegen blieb. **Die ganze Friedensaktion Schröters war ein demagogisches Manöver**, die vielleicht bei den Lakaien der Bezirksleitung (Baumgärtel), aber nicht bei ihm verfangen könnte. Bei der gegenwärtigen Zusammensetzung von Bezirksleitung und Zentralkomitee der Kommunistischen Partei habe er nicht das mindeste Vertrauen zu einer korrekten Durchführung des Beschwerdeverfahrens. Uebrigens verfolge man ihn nur deshalb mit dem ganzen Haß, weil er sich gegen die hinter dem Rücken der Mitglieder erfolgte Wiederanstellung des wegen Unfähigkeit „verborgten" Brandleristen Baumgärtel bei der BL. gewandt habe.

Otto Kilian schließt seine Erklärung mit der Versicherung, daß seine Gesinnung „auch nach dem Austritt aus der reformistisch verseuchten KPD." die alte bleiben würde, denn er habe — obgleich es schwer sei zu hoffen — „noch immer die Hoffnung, daß **die Arbeiter in der Partei den immer deutlicher sichtbar werdenden verderblichen Stalinkurs erkennen und aus der Komintern und KPD. ausrotten werden".**

*

Kilian will am kommenden Freitag in einer im großen Volkssaalsal in Halle stattfindenden öffentlichen Versammlung zusammen mit dem Führer der Opposition Urbans seinen Austritt auch mündlich begründen. Es ist anzunehmen, daß nicht nur die Stalin-Kommunisten und die Marxisten-Leninisten Zeuge dieses Spiels sein werden.

*

Nur ein Mißverständnis?

Stadtverordneter Kilian teilt uns in einem Schreiben mit, daß unserem Berichterstatter in der Stadtverordnetensitzung bei Aufnahme seiner Erklärung ein Hörfehler unterlaufen sein muß. Er habe nicht davon gesprochen, daß er brotlos gemacht worden sei, vielmehr handle es sich wohl um das Mißverstehen der Worte „mundtot gemacht".

Stimmt! Herr Kilian konnte schon deshalb nicht brotlos gemacht werden, weil er ja schon seit längerer Zeit aus der Redaktion des hallischen Bolschewistenblattes entfernt worden war.

*

Die „noch Linkeren" gegen die KPD.

Mit der reformistisch verseuchten KPD. und den Zentralgewerkschaften sollte auch von der Freien Arbeiter-Union einmal gründlich Abrechnung gehalten werden. Als besonders dazu geeigneten tüchtigen Mann hatte man sich Herrn Rüdiger aus Berlin kommen lassen. Etwa 50 meist jüngere Leutchen hatten sich gestern abend im „Pfälzer Schießgraben" eingefunden, um dort die Berliner Redekanone donnern zu hören. Mit ziemlichem Lungenkraftaufwand griff Rüdiger in einem endlosen Referat die KPD und ihre Stellungnahme zu den Gewerkschaften an. Die KPD. verrate durch ihre Mitarbeit in den Gewerkschaften die Interessen der Arbeiter. Die Oberhand bekäme sie dort doch nicht. Einzig und allein kann nur die Freie Arbeiter-Union retten. Nicht etwa wie die KPD. durch eine Diktatur des Proletariats, sondern durch Massen- und Generalstreiks und Eroberung der Betriebe.

In der anschließenden Diskussion bekämpften sich die einzelnen Splittergrüppchen untereinander in einer Weise, daß man sich mit Grausen von diesem Schauplatze häßlichster Bruderkämpfe wenden mußte.

Die Geschäftsmethoden bei der Stadtbank

Aussagen des Hauptangeklagten im hallischen Skandalprozeß - Seydel, Belthuysen, alle waren sie hingerissen von Bergers Persönlichkeit - Anerkannt tüchtigen Fachmann wies man wegen seines Spitzbartes zurück. - Bubiköpfe wurden nicht geduldet

Der Kreditausschuß hatte nicht viel zu sagen

Zu Beginn der Dienstag-Verhandlung machte der Vorsitzende Dr Krantz die Entdeckung, daß die Angeklagten bis auf Berger, Schrader, Sielaff und Schröder und den Verteidigern der ersten drei, es vorgezogen hatten, samt ihren Rechtsbeiständen der Verhandlung eigenmächtig fernzubleiben. Auf Antrag des Staatsanwaltschaftsrats Dr. Parey beschloß das Gericht, weil nach der StPO. zulässig, ohne sie bis auf weiteres fortzufahren.

Hierauf wird der Prokurist Walter Voigt von der Bankfirma Landsberger, seit der Fusion Dreyfuß (Frankfurt a. M.-Berlin) als Zeuge vernommen. Er hält dafür, Bergers Tätigkeit in diesem Hause, unbeschadet der Unterbrechungen (Krieg und Gastrolle bei der Brandenburgischen Girozentrale), als Ausbildungszeit (!) gelten zu lassen. B. ist eigentlich erst zuletzt mit Berger in Fühlung gekommen, als dieser Kassenassistent der Effektenabteilung war. Der Zeuge weiß darum auch nicht, ob B., bei dem er Fleiß und Ehrgeiz feststellte, sich ernstlich bemüht hat, alles sich anzueignen, was der Bankmensch Geherrschen muß. Wechsel- und Kreditgeschäfte waren in ihren Hauptpunkten Angelegenheiten des Chefkabinetts, für den nachmaligen hallischen Stadtbankdirektor also tabu. Was der Zeuge im übrigen für leitende Angestellte als selbstverständlich bekannt vorausgesetzt, — Interna der Buchführung usw. — * sei vielleicht Berger nicht zu Ohren gekommen.

Der Staatsanwalt ist geneigt, diese Ausführungen für eine Verteidigung des Angeklagten zu halten, die es offenbar nicht sein soll.

Der Sachverständige, Bankdirektor Krebs, fragt den Zeugen, ob seine Firma die, wenn auch allgemein gehaltenen **Angaben des Bergerschen Zeugnisses** dem Finanzdezernenten Halles bei Anfrage bestätigt hätte. Voigt nimmt an, daß das nach Lage der Dinge

nur mit Einschränkungen

geschehen wäre. Auch angesichts des herrschenden Mangels an tüchtigen Bankbeamten betont er auf diesbezüglichen Einwurf des Anklagevertreters.

Dann kommt Berger über die technische Seite des Stadtbank-Unternehmens, seine Stellung gegenüber den Dezernenten Seydel und Belthuysen, dem Personalchef der Stadt, dem Sparkassendirektor und seinen Mitarbeitern bis zum Tageschluß zu Wort. Seine Schilderungen sind ein einziges Klagelied. Seydel hat ihm bei Vorstellung selbständige Position zugesagt. Er war aber erstaunt, daß er erst **durch Magistratsbeschluß, als Folge einer Beschwerde, vom Untergebenen zum Beigeordneten des Sparkassendirektors erhoben werden mußte.** Ein Kapitel für sich bildet übrigens das

Engagement Bergers.

Der Verwaltungsdirektor bugsierte den vorsprechenden Bewerber schnell zu Seydel, dieser schickte ihn zu Belthuysen, der sich kurz (!) für seinen Werdegang interessierte. Dann mußte B. bei einigen Herren des Vorstandes Besuch machen.

Alles war von ihm so hingerissen,

daß man ihm baldigst seine Einstellung zum 1. Oktober 1922 wissen ließ. Was fand er vor? Eine Bankabteilung der Stadtsparkasse, mit dieser „Firma" und einigen Dispositionsgeldern fing er an. Eigen- oder Betriebskapital, die notwendigen Geschäftsräume, Fachkräfte usw. fehlten. Um jeden Quadratmeter Schalter- oder Bureauraum, um die zeitweilige Inanspruchnahme der Sienotypistin mit Maschine mußte mit dem Kollegen von der Sparkasse gerungen, mit List und Tücke (sagt B.) gearbeitet werden.

Von Richtlinien für Geschäftsgebaren und Leitung keine Spur.

Berger fertigte sie erst in Form einer Denkschrift, die er Seydel zuleitete. Der versah sie mit einigen abschweifenden Randglossen: „Wo schaltet sich der Direktor ein?" war die wichtigste. (!) Endlich, nach 1½ Jahren, eignete man sich die Mustersatzungen des Giro-Verbandes an, nachdem der Sparkassenkopf die Auffüllung solcher nach den Sparkassensatzungen des vorigen Jahrhunderts gefordert. Zu guter Letzt wurden die Berger zu starr anmutenden Verbandsrichtlinien durch die der Magdeburger Stadtbank zur Freude BS und Schraders ersetzt. Aber **erst mußte ein Oberregierungsrat des Oberpräsidiums den Mangel rügen, ehe sich Seydel zur Fahrt nach der vorbildlichen Stelle bequemte.**

Berger verspricht, sich bei Behandlung seiner Strafsachen ausführlicher zu äußern, warum er sich öfters nicht an diese und später hier produzierten Statuten hielt.

Ueber seine persönliche finanzielle Lage als Stadtbankleiter macht er seinem Herzen Luft. Ihn ärgerte die „vorübergehende Anstellung" (die Seydel-Belthuysen als Trick vor dem Demobilmachungskommissar hinstellten!) in Gruppe X. Es wurde nach neuerlichem Magistratsbeschluß endgültige Anstellung auf Privatdienstvertrag bei Endgehalt der Gruppe XI daraus. Dazu 20 Prozent als Tantiemeersatz, 15 Prozent als Aufwandsentschädigung (man hatte ihn ja mit der versprochenen Wohnung sitzenlassen!) und unkündbarem Pensionsanspruch mit dem 1. Oktober 1918 als Berechnungszeitbeginn.

Die Zeichnung wurde erst geregelt, als ein Reichsbankgiro- und ein Postscheckkonto es nötig machten. Berger und Schrader, der als Leitungssekretär die Kreditsucher zuerst in die Schere nahm, zeichneten in Wechselsachen allein, im übrigen je zwei Abteilungsleiter gemeinschaftlich.

Auch von Stadtrat Belthuysen wurde B. getreten. Der Mann wachte scharf darüber, daß

kein Bubikopf in der Stadtbank

beschäftigt wurde. Als Berger ihm einen 25 Jahre in gleicher Bank mit Erfolg arbeitenden Bankfachmann zur Anstellung als zweiten Direktor vorschlug, winkte Belthuysen ab: **„Der Mensch sieht ja aus wie ein Ziegenbock!"** (Der Betreffende trug einen Spitzbart.) Die weitere Vernehmung Bergers wurde immer wieder durch Vorlesen von Satzungen und Protokollen usw. unterbrochen, die bewiesen sollen, daß der Angeklagte über seine Befugnisse, Kredite zu gewähren, genau unterrichtet sein mußte. Ueber diese Kreditbewilligungen äußerte sich Berger im allgemeinen: Ich habe anfangs stets um Sitzungen nachgesucht, die die Kreditgesuche prüfen sollten. Das schnelle Anwachsen der Bankgeschäfte machte es aber **unmöglich, von Sitzung zu Sitzung zu warten**, bis die Kreditnachsuchenden kaputt ging. Ich habe Einzelbesuche bei den Mitgliedern des Kreditausschusses gemacht, um ihre Bewilligung zu erlangen. Das war aber praktisch auf die Dauer nicht durchführbar.

Der Kreditausschuß ist so gut wie nie zusammengetreten.

Die Ueberziehungen zu bewilligen, ist mir ohne weiteres zugestanden worden. Berger sieht Ueberziehungen von Konten als eine Frage an, die nur seiner Entscheidung bedurft habe und nicht Sache des Kreditausschusses war, — eine Ansicht, die der des Vorsitzenden zuwiderläuft, der an früheren Protokollen feststellte, daß Berger nur Ueberziehungen bis zu 500 Rentenmark zugestanden worden sind. Berger sagt aus, die Fälle, die der Anklage zugrunde liegen, waren so besonders gestaltet, daß ich mich berechtigt fühlte, bei ihnen meine Befugnisse zu überschreiten. Im Anfang habe ich

Kredite auf Empfehlungen gegeben,

späterhin habe ich genaue Richtlinien aufgestellt, die besagten, daß sorgsame Erkundigungen bei Kreditgewährung einzuziehen sind. Berger behauptet, er habe sich immer genaue Sicherung bei Kreditgewährung verschafft. Er habe Fehler gemacht, da er sich in die Hallenser Verhältnisse und das Kreditwesen erst einfühlen mußte. Heute würde er solche Fehler nicht mehr machen.

Dem Angeklagten Schröder, der um 13 Uhr wegen Uebelkeit plötzlich den Saal verließ, wurde bei Rückkehr mitgeteilt, daß ihm auf Grund des eingegangenen gerichtsärztlichen Gutachtens ein Verteidiger bestellt werde.

Übergang zu höheren Schulen.

Wer Ostern seine Kinder in eine mittlere oder höhere Schule schicken will, muß jetzt das entsprechende Gesuch an die städtische Schulverwaltung einreichen. Näheres ist in der Bekanntmachung des Magistrats im heutigen Anzeigenteil ersichtlich.

Lichtbildervortrag der SAJ. Heute abend 8 Uhr veranstaltet die Sozialistische Arbeiterjugend im Physik-Saal der Klosterschule, Klosterstraße, einen Lichtbildervortrag. Lehrer Haupt wird über: „Insektenleben" sprechen. Zu dieser zweifellos interessanten Veranstaltung sind auch die Parteigenossen sowie alle Freunde der Bewegung eingeladen.

Walhalla-Theater Heute Premiere der großen Schwarz-Revue „Wien gib acht". (S. Anzeige.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192802 01-17/fragment/page=0005

Der Leibjäger fährt zu seinem Hindenburg

Er jagt unterwegs drei Menschen in den Tod – Trotzdem Freispruch

Der schreckliche Unglücksfall in **Ammendorf**, der am 30. September 1927 **drei Menschenleben vernichtete**, beschäftigte gestern das Erweiterte Schöffengericht **Halle**. Der ehemalige **Leibjäger Heinrich Hartmann**, der schon beim Herrn von der Schulenburg (Burgscheidungen) dem Drang zum Kraftfahren nachgab, lebt jetzt in München. Er ist in Frankreich für Salmson (Bilancourt—Paris) in Rennen erfolgreich gewesen. Neben dem 1. und 3. Preis heimste er den „Amilcar", den kleinen roten Sieger, als Geschenk ein. Er fuhr damit am genannten Tage von Naumburg nach Berlin, zu „seinem Hindenburg". Am Ammendorfer Schützenhaus überholte er um 18 Uhr einen Kraftwagen, wollte wieder nach rechts, kam — ob durch das schlüpfrige Pflaster, Unebenheiten neben den Fernbahngleisen oder der deren Spur fast gleichen seines Wagens — ins Schlendern und das Unglück war geschehen.

Wegen des schlechten Straßenpflasters war die Arbeiterfrau Anna **Rößler** aus Ammendorf und ihre 4, 5 und 6 Jahre alten Kinder auf der falschen Seite, den entgegenkommenden Fahrzeugen direkt entgegen, mit einem kleinen Leiterwägelchen gefahren. In diese Menschengruppe raste der Kilometerfresser mitten hinein. Ein furchtbarer Aufschrei erfolgte, ein Durcheinander von Menschenleibern lag da. Frau Rößler brach die Unterschenkel, und eine Zerreißung der hochschwangeren Gebärmutter führte **zum Tode**. Das Mädchen **verstarb** infolge der erlittenen schweren Gehirnerschütterung, der Junge an Quetschungen und Lungenzerreißung; sein Bruder kam, leichter verletzt, davon.

Die Sachverständigen hielten das Ueberholen für falsch und korrekt. Der Staatsanwalt folgte ersterem und beantragte ein Jahr Gefängnis. Das Gericht **sprach Hartmann frei** — — mangels hinreichender Beweise.

Motorradunglück.

Der gefährliche Soziussitz. — Ernste Verletzungen.

Gestern nachmittag kam ein **Motorradfahrer** beim Einbiegen von der Großen Brauhausstraße in die Kannischestraße zu Fall. Seine auf dem **Soziussitz** befindliche **Ehefrau** kam bei dem Sturz vor einen in diesem Augenblick vorbeifahrenden **Straßenbahnwagen** zu liegen und wurde **eine Strecke mitgeschleift**, wodurch sie erhebliche Hautabschürfungen am Kopfe davontrug. Der Motorradfahrer zog sich einen **Knöchelbruch** zu. Beide Verletzte wurden dem Elisabethkrankenhaus zugeführt. Die von einem Passanten herbeigerufene Feuerwehr brauchte nicht in Tätigkeit zu treten.

Februar.

Neues Leben will sich im Pflanzen- und Tierreich regen — der Februar hat begonnen, und wenn der „Hornung" in unseren Breiten auch ein richtiger Wintermonat ist, so rückt doch mit jedem Tag der sehnlichst erwartete Frühling näher. Die Weiden öffnen ihre Blattknospen, Haseln und Erlen stäuben, die Schneeglöckchen blühen, Leberblümchen, Seidelbast und Lungenkraut. Bei mildem Wetter und Sonnenschein zeigen sich Dungkäfer, Erdwanzen und Bienen; man kann sogar nach dem großen und kleinen Fuchs auf die Schmetterlingsjagd gehen. Die ersten gefiederten Boten des Frühlings stellen sich ein: am frühesten — nicht vor dem 24. — der Star, dem Rohrammer, Hausrotschwänzchen, Edelfink, Storch und Wanderfalk folgen. Elstern und Kolkraben, auch Wasseramsel und Kreuzschnabel bauen schon, die Rebhühner finden sich als Paarhühner zusammen, und Amsel, Kohlmeise und Lerchen beginnen zu singen. Die Nebelkrähen ziehen von dannen. Merkbar geht es aufwärts; eine volle Stunde länger als am 21. Dezember steht jetzt die Sonne am Himmel. Aber nicht zu früh gejubelt! Allzuviel warme Sonnentage soll der Monat noch nicht bringen, weil der März dann um so kälter wird. „Wenn im Hornung die Mücken schwärmen, muß man im März den Ofen wärmen! Spielen die Mücken im Februar, frieren Mensch und das Tier das ganze Jahr". Dagegen: „Im Hornung Schnee und Eis macht den Sommer heiß, große Kält' im Februar bringt ein gutes Erntejahr!"

Früher nannte man den Februar Hornung. Die einleuchtendste Erklärung für diese vielumstrittene Bezeichnung hat Jakob Grimm gegeben, der das Wort Hornung als „kleines Horn" deutet zum Unterschied vom Januar, der „großes Horn" genannt wird, eine Bezeichnung, die man aus dem altnordischen „hiarn", d. h. hartgefrorener Schnee, herleitet. Andererseits bedeutet das Wort „hornung" im Altnordischen: beraubt oder verkürzt sein, wonach man wiederum auf die Verkürzung des Februar um zwei bis drei Tage den anderen Monaten gegenüber schließen könnte.

Unter den Lostagen des Februar steht der zweite Februar, Maria Lichtmeß, an erster Stelle, an den sich zahlreiche Volksbräuche knüpfen. Früher war es ein wichtiger Termin- und Zinstag, und von dem, der nicht pünktlich zahlte, hieß es dann, er sei ein „Lichtmeß". Das Lichtmeßwetter soll noch recht winterlich sein, denn wenn es zu Lichtmeß nur so viel schneit, daß man es auf einem schwarzen Ochsen sehen kann, sagt die alte Wetterregel, wird es bald Sommer; ist es dagegen hell und klar, so dauert der Winter noch lang. — Der St. Valentinstag (14.) soll ein Unglückstag für das Vieh sein, wogegen Petri Stuhlfeier ein günstiger Tag für allerhand verliebte Orakelspiele sein soll. Vom Matthäustag heißt es, daß er das Eis bricht; gibt es aber kein Eis, so „macht er eines", d. h. er bringt Frost mit.

Dr. Bessels Verwandlung.

Ein interessanter Film in der Schauburg.

Was ist die Person des Menschen? Ein Stück Papier mit bunten Stempeln, mit Unterschriften, ein kleines Stück Blech mit einer Nummer und einem Namen! Diese Gedanken können einem ankommen bei „Dr. Bessels Verwandlung". Der Fabrikantensohn Dr. Bessel kehrt vom Urlaub aus Rumänien heim. Die Frau liebt unterdessen einen spanischen Maler. Sie will sich ihrem Manne offenbaren. Seine Versetzung nach der Westfront macht es ihr unmöglich, sie bringt es nicht übers Herz. Doch er erfährt es durch die eifersüchtige Geliebte des Malers und zieht mit dem Schmerz im Herzen ins Feld. Dort wird er verwundet. Liegt neben einem toten Franzosen. Dem Henri Trouille. Seine Uniform und Erkennungsmarke nimmt er an sich. Dr. Bessel ist „vermißt" — Henri Trouille lebt. Kommt nach Paris. Trifft einen alten Geschäftsfreund seines Vaters, einen Griechen. Der hilft ihm, läßt ihn Filialleiter in Marseille werden. Die Mutter Trouille recherchiert. Der falsche Trouille stellt sich als Freund des Toten vor. Gewinnt dabei die Braut des Toten. Und heiratet sie. Doch sie stirbt an der Grippe. In der Sterbestunde entdeckt Mutter Trouille den falschen Henri. Sie ruft die Militärpolizei. Doch als sie kommt, gewinnt das Muttergefühl die Oberhand über den Haß gegen den Feind. Sie schickt die Polizei wieder fort. Und Henri alias Dr. Bessel kehrt wieder heim und findet sich zur Frau zurück, die der vermeintliche Tod des Gatten schon vorher wieder zu ihm zurückgebracht hat. — Die Regie Oswalds ist meisterhaft. Er läßt den Dr. Bessel alle Register der Qual des Menschen mit den falschen Papieren durchmachen, läßt ihn Liebesleid auskosten bis zur Neige und fügt der bis zuletzt spannenden Handlung in vorsichtigen, aber sicher wirkenden Dosen eine feine, dezente pazifistische Tendenz bei, die bei einem deutschen Film dieses Genres um so sympathischer wirkt, weil die Schwierigkeiten der deutschen Filmproduktion dieser Art nicht unbekannt sind. Erstklassige deutsche Rollenbesetzung (Hans Stüwe, Agnes Esterhazy, Gertrud Eysoldt, Kurt Gerron, Siegfried Arno, Picha, Agna Petersen — letztere sehr reizvoll — u. a.) trägt gleichfalls bei, daß der Roman, dessen Erscheinen in der „Berliner Illustrierten Zeitung" seinerzeit kurz nach dem Kriege gewisses Aufsehen erregte, auch auf der Leinwand zum Erfolg wird. ht.

Neues Eilzugpaar Halle—Kassel. Für den Sommerfahrplan 1928 ist ein Eilzugpaar Kassel—Halle geplant, das wie folgt verkehren soll: Ab Kassel 6.45, an Halle 10.35 Uhr. Der Gegenzug fährt ab Halle 20.20 und ist in Kassel 0.19 Uhr.

Saalkreis

Öffentliche Filmvorführungen.

An den folgenden Tagen werden in nachstehend benannten Orten wieder öffentliche Filmvorführungen stattfinden. Zur Vorführung kommen die beliebten volkstümlichen Filme „Mit uns das Volk" und „Die Kieler Rote Woche".

Rietleben: Donnerstag, den 2. Februar, im Gasthof „Zur Sonne".

Zscherben: Freitag, den 3. Februar, im Lokal Boltze.

Der Beginn der Vorführungen ist überall um 8 Uhr abends. Eintrittsgeld wird nicht erhoben. Genossen, agitiert lebhaft für den Besuch!

Um die Gutsbezirke.

Petersberg. Den Hauptpunkt der ersten diesjährigen Gemeindevertretersitzung bildete die Eingemeindung des staatlichen Forstgutsbezirks Petersberg, der nach dem Vorschlage des Landrats der Landgemeinde Petersberg zugeteilt werden soll. Nach längerer Aussprache, in deren Verlauf der Gemeindevorsteher mitteilte, daß er sich über Einzelheiten der Eingemeindung durch Einsichtnahme in die Pläne des Katasteramts informiert habe, wurde der Vorschlag gegen eine Stimme gutgeheißen. Jedenfalls voller Freude über diese Gebietserweiterung erhöhte man die Entschädigung des Gemeindevorstehers um 30 Mark.

Wettin. Die Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung in der Hauptsache mit der Eingemeindung der Gutsbezirke Wettin und Mücheln. Der Gutsbezirk Wettin liegt, fast in seiner Gesamtheit, mitten in Wettin. Dazu gehören eine Gastwirtschaft, Burg Wettin, drei von Siedlern bewirtschaftete Anwesen, und das Vorwerk Schachtbert. Der Verkehr von und zu dem Gutsbezirk geschieht auf den Straßen der Stadt Wettin. Mithin kommen auch alle kommunalen Einrichtungen, wie Wasserleitung und Licht, dem Gutsbezirke zum Nutzen. Ein großer Teil von den Arbeitern wohnt in der Stadt in den dem Gute gehörenden Häusern, die Kinder gehen in Wettin in die Schulen des seit Jahren bestehenden Gesamtschulverbandes. Weiter besteht zur gemeinsamen Instandhaltung von Wegen ein Zweckverband und schließlich gehört der Gutsbezirk zum Standesamtsbezirk Wettin. Nach der letzten Zählung am 10. 10. 27 hatte der Gutsbezirk 59 Einwohner, 24 Familien mit 82 Köpfen wohnen im Stadtbezirk. Das Steuermehreinkommen beträgt 6388 Mk. Der Gutsbezirk ist von jeher ein Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Wettin gewesen. An Areal hat die Stadt einen Zuwachs von 105 ha zu erwarten. Der Gutsbezirk Mücheln liegt ungefähr 3 km von der Stadt entfernt, hängt aber wirtschaftlich stark von Wettin ab. Um die Eingemeindung von Mücheln bemüht sich auch noch die Landgemeinde Döblitz, doch muß sie bei näherer Prüfung ausscheiden. Von 6 Schulkindern besuchen 4 die Stadtschule, trotzdem sie Fremdenschulgeld entrichten müssen; ungefähr die Hälfte der in Mücheln Arbeitenden wohnen in Wettin, zum Teil in Häusern, die dem Gutsbesitz gehören. Nach der letzten Personenstandsaufnahme beträgt die Einwohnerzahl 55, 9 Familien mit 27 Köpfen wohnen in Wettin. Das Steuereinkommen beträgt 3595 Mk. Der Flächenzuwachs der Stadt würde 135 ha betragen. Der Eingemeindungsantrag fand einstimmige Billigung.

Brachstedt. Aus der Parteibewegung. Am Sonntag fand unsere Generalversammlung statt, welche gut besucht war. Den Kassen- und Geschäftsbericht erstattete Genosse Hanke. Er führte aus, daß im Jahre 1927 für unseren Ortsverein gute Werbearbeit geleistet worden ist. Die Mitgliederzahl hat sich auf über 40 gesteigert. Die Kassengeschäfte befinden sich in Ordnung. Es wurde die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß, nachdem nunmehr der Genosse Kilian zum Hauptkassierer gewählt worden ist, auch das Kassieren regelmäßig durchgeführt werden soll. Der gesamte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Nachdem verschiedene gute Anregungen zur inneren Festigung des Vereins gegeben worden waren, wurde Stellung genommen zur Gründung einer Arbeiterwohlfahrt, zur Jugendfrage und zu den in diesem Jahre stattfindenden Kommunalwahlen.

Könnern. Erwerbslose, Taschen zu! Die letzte sozialdemokratische Parteiversammlung mußte sich auch mit einem Antrag eines erwerbslosen Genossen beschäftigen, der sich gegen die Zahlung der 10 Pfg. wöchentlich in die sogenannte Erwerbslosenkasse aussprach. Nach einer kurzen Aussprache, an der sich besonders die erwerbslosen Genossen beteiligten, beschloß die Versammlung **einstimmig**, den erwerbslosen Genossen zu untersagen, Geld in eine Kasse zu zahlen, wo der Verbleib des Geldes nicht feststeht oder so verwandt wird, daß die Herren Kommunisten irgendwelche Reisen dafür unternehmen. Wir warnen auch alle übrigen Erwerbslosen, ihr Geld für nutzlose Zwecke auszugeben.

Merseburg-Querfurt

Merseburg (Stadt)

Der Umbau der Waterloo-Brücke, der nun doch dem Ende zuneigt, hat es mit sich gebracht, daß die Domstufen während der Betonarbeiten an der Nordseite gesperrt sind.

Das Kino als Tummelplatz der JAH. (KPD.)

Unter dem Deckmantel des Kinobesitzers C. Borst ließ die JAH. am Montag in Schkeuditz den Film „Infanterist Scholz" abrollen. Infolge großer Reklame in den Zeitungen und Herausgabe von Extrablättern war das Kino überfüllt.

Ein wunderbarer Film, dessen tiefer Eindruck bei den Zuschauern aber durch unflätiges Schimpfen auf die SPD. wieder verwischt wurde. Ein Redner der JAH., der sicher bei Kriegsausbruch noch die Schulbank gedrückt hat, machte seinem Herzen in langer Ausführung mitten im Spiel Luft. Die Sozialdemokratie und ihre Führer sowie die Gewerkschaftsbonzen seien daran schuld, daß der Streik der Bergarbeiter und Zigarrenarbeiter mit einer „Niederlage" endete. Auch der jetzige Streik der Metallarbeiter Mitteldeutschlands solle durch die SPD. beendet werden. Solchen hahnebüchenen Blödsinn verzapfte ein Jüngling, der sicher von gewerkschaftlicher Organisation keine blasse Ahnung hat, vor einer gewerkschaftlich geschulten Arbeiterschaft, die doch weiß, daß die Schwäche der gewerkschaftlichen Organisation nur auf das Konto der KPD. zu setzen ist.

Wir gratulieren Herrn Borst als Verbündeten zu diesem großen Erfolg. Die JAH. (sprich: KPD.) hat nach Leninschem Rezept mit List, Lug und Trug gearbeitet. Mit offener Firma getraut sie sich nicht an die Oeffentlichkeit. In ihrer Not findet sie jemand, hinter dem sie sich versteckt, um ihre Schimpfepistel gegen die SPD. loszulassen. Und das nennt sich unparteiliche Organisation.

Arbeiter, seid vor diesen Feiglingen auf der Hut! Sie haben gezeigt, was sie sind: Verbündete des Kapitals, Schädlinge an der Arbeiterschaft.

Schkeuditz. Von der Außenbahn Leipzig—Schkeuditz. Durch Vereinbarung mit der Großen Leipziger Straßenbahn werden die Außenbahnlinien den städtischen Linien gleichgestellt. Die Schkeuditzer Linie ist ab 1. Februar Linie 29. Von diesem Termin an fallen die Beschränkungen auf solche Fahrgäste, die nur stadtauswärts fahren, weg. Dadurch ist es möglich, von der Außenbahn in Stadtlinien und von Stadtlinien in die Außenbahn umzusteigen. — Desgleichen sind auch die Fahrpreise und die Teilstrecken neu geregelt worden.

Leuna. Vom Schulwesen. Da die erst vor einigen Jahren neuerbaute Schule heute nicht mehr genügt, ist ein Schulneubau vorgesehen. Die nächste Zweckverbandssitzung wird sich u. a. mit der Auswahl des Bauplatzes für die neue Schule im Schulbezirk 1 beschäftigen. Durch den Neubau soll auch das Schulwesen mit dem Wachstum des Zweckverbandes in Einklang gebracht werden.

Mücheln. Zorbau lehnt die Eingemeindung ab. In der letzten Gemeindevertretersitzung stand als wichtigster Punkt die durch die Auflösung der Gutsbezirke in den Vordergrund getretene Eingemeindungsfrage nach Mücheln auf der Tagesordnung. Mit 10 Stimmen bei einer Enthaltung wurde eine Eingemeindung durch die Stadt Mücheln abgelehnt.

Freyburg. Das Spielen mit Schußwaffen. Der im Siedlungshaus Nr. 1 in der Freitagnacht aus Unvorsichtigkeit angeschossene Kutscher Franz Erbstößer aus Schleberoda, bedienstet beim Gutsbesitzer Fröhlich daselbst, ist seiner schweren Verletzung im Krankenhaus zu Naumburg erlegen.

Roßleben. Wiederaufleben der Parteitätigkeit. In einer am vergangenen Sonntag hier tagenden erweiterten Mitgliederversammlung sprach der Genosse Bilke (Weischütz) über die politische Lage und die Auflösung der Gutsbezirke. Die sich an den Vortrag anschließende, recht rege Debatte zeigte, daß man auch hier in dem wieder neu erstandenen Ortsverein unserer Partei gewillt ist, wieder mit aller Kraft für die Partei zu wirken durch intensive Parteiarbeit. Die sehr interessierende Frage der Auflösung der Gutsbezirke erheischte ebenfalls eine sehr lebhafte Aussprache. Als Erfolg des Abends konnten drei neue Mitglieder sowie sieben neue Abonnenten für unsere Presse gebucht werden. Die Wahl eines Delegierten zur Unterbezirkskonferenz in Merseburg am 13. Februar soll in der nächsten Mitgliederversammlung vollzogen werden.

Kreis Sangerhausen

Sangerhausen. Freunde der Fememörder. Wenn Duesterberg die Begnadigung der Fememörder verlangt, müssen auch die Sangerhäuser „Vaterländischen" die Amnestie fordern. In einem Aufruf werden die Handlungen der Schulz, Klapproth usw. als eine nationale Tat gefeiert, für die man die Herren Mörder noch belohnen soll. Unterzeichnet ist der Aufruf u. a. von dem Stadtverordnetenvorsteher Mittelschullehrer Fröschke und, was uns am meisten wundert, vom Jungdeutschen Orden. Während der Gerichtsverhandlung gegen die Fememörder rückte der Orden von diesen Landsknechten ab, ja, des öfteren waren Aussagen von Jungdo-Leuten von ausschlaggebender Bedeutung für den Ausgang der Verhandlung, und heute, wo man der Ansicht ist, daß die einzelnen Schandtaten dieser entmenschten Soldateska nicht mehr im Volksbewußtsein lebendig sind, breitet man die schützenden Fittiche über sie. Durch den Aufruf hat die Oeffentlichkeit wenigstens erfahren, wes Geistes Kind verschiedene „ehrenwerte" Bürger der Stadt Sangerhausen sind.

Kelbra. Gesangskonzert. Am Sonntagabend veranstaltete der hiesige Gemischtchörige Gesangverein „Frohsinn" (Mitglied des Arbeitersängerbundes) in der „Sängerhalle" ein öffentliches Konzert, das einen guten Besuch aufwies. Das Programm enthielt eine Anzahl gutgewählter Lieder, Doppelquartett, sowie mehrere lustige Einakter. Wir stellen fest, daß der Verein im letzten Jahre unter der Leitung seines Dirigenten Herrn Fritz Stolberg gute Fortschritte gemacht hat. Ein gut ausgeglichenes Stimmenmaterial, gute Textaussprache, Tonreinheit, war festzustellen. „Mein Heimatland" und das proletarische Empfinden erweckende „Erwachen der Geister" waren Perlen aus dem deutschen Liederkranze. Bei dem Doppelquartett „Sandmännchen" ist allerdings mehr Vorsicht geboten, angesichts der Schwierigkeiten, die ein derartiges Quartett in der Besetzung mit geeigneten Stimmen bietet. Das Publikum spendete den Gesangsvorträgen, sowie den Theaterspielern stürmischen, wohlverdienten Beifall.

Blankenheim. Nachdem unser Ort einige Jahre ohne sozialdemokratische Parteiorganisation gewesen ist, haben sich im November einige Genossen zu einem Ortsverein zusammengeschlossen. Ein kleiner Anfang erst, aber es geht schon mit raschen Schritten vorwärts. Viele stehen heute noch abseits, sie für die Partei zu gewinnen, ist unser Ziel. Am Donnerstag, dem 2. Februar, abends 8 Uhr, findet im Lokale Kreutzberg eine erweiterte Mitgliederversammlung statt, zu der wir alle Volksblattleser und Sympathisierende einladen. Auf der Tagesordnung stehen zwei Referate: 1. „Die geschichtliche Entwicklung des Sozialismus" und 2. „Warum brauchen wir einen Ortsverein der SPD. in Blankenheim?".

Mansfelder Kreise

Gewerkschaftskursus Eisleben.

Heute abend 8 Uhr Fortsetzung des Vortrages des Stadtrats Genossen Winkler über das Arbeitslosenversicherungsgesetz. Zahlreicher Besuch erwünscht.

Die Hettstedter Marine.

Der Walbecker Teich als „Uebungsmeer".

Es gibt komische Käuze in der Welt und scheinbar ganz besonders im Hettstedter Marineverein. Also, besagter Verein läßt sich von Kiel ein Uebungsboot schicken und wendet sich an den Herrn Assessor Bartels in Walbeck, um von ihm die Erlaubnis zu bekommen, auf seinem Teich ein „Uebungsboot" vom Stapel zu lassen. Doch leider hatte Herr Bartels kein Verständnis für die Nöte des Hettstedter Marinevereins und es erfolgte Ablehnung dieses Begehrens. (Vielleicht wollte Herr Bartels den Verein vor der Lächerlichkeit bewahren.) Doch wir bedauern die Ablehnung aufs tiefste, denn die Hettstedter Marine auf dem Walbecker Weltmeer „üben" zu sehen, wäre ein Schauspiel für Götter gewesen. Eine Umsegelung des Walbecker Weltmeeres in Gemeinschaft mit Gänsen, Enten und den Teichzuchtkarpfen wäre ein grandioses Schauspiel gewesen, das mindestens Zehntausende von Besuchern herangelockt hätte und Felix Luckner neidvoll hätte erblassen lassen. Welch „wonnige" Gefahren hätte die Mannschaft im Kampfe mit vorsintflutlichen Riesen-Meerungeheuern bestehen können! Doch mit des Geschickes Mächten ... — Wir sagen: Herr, laß sie sich selbst erkennen!

Das „Recht" in den Gutsbezirken.

Die Notwendigkeit der in Aussicht stehenden Auflösung der Gutsbezirke möge auch folgender Vorfall beweisen:

Eine Kriegerwitwe, deren Mann im Juni 1918 fiel, wandte sich nach Erhalt der Todesurkunde an den Gutsvorsteher zwecks Erlangung der Waisenrente aus der Invalidenversicherung für ihre damals 8jährige Tochter. Da von den abgegebenen Aufrechnungsbescheinigungen einige fortlaufende Nummern fehlten, gab der Gutsvorsteher der Frau die Unterlagen zurück mit der Erklärung, da einige Unterlagen fehlen, könne sie keinen Antrag stellen. Also ohne daß der Gutsvorsteher weitere Schritte beim Versicherungsamt unternahm, wurde die Frau abgewiesen. Durch die Dummheit oder Bequemlichkeit dieses Mannes wurde die Frau (das Mädchen befindet sich in der Berufsausbildung) für 10 Jahre um die Waisenrente geprellt. Unsere Partei, die erst kürzlich von dieser Geschichte Kenntnis erhielt, hat sich der Sache angenommen und hofft, der Witwe, die schon seit längeren Jahren krank ist, noch nachträglich zu ihrem gesetzlichen Recht zu verhelfen.

Dieses ist geschehen auf einem Gut im Mansfelder Gebirgskreis. Was mag sich nicht alles im ostelbischen Junkerparadies zugetragen haben, wieviel Not und Sorgen, wieviel Flüche mögen diese Herrschaften auf ihr Gewissen geladen haben. Ein Glück für Hunderttausende von Volksgenossen, daß diese Macht endgültig gebrochen ist, dank der Sozialdemokratie.

Bahnprojekt im Gebirgskreise.

Eine Einetal-Kleinbahn.

Die sozialdemokratische Kreistagsfraktion hat in den vergangenen Kreistagssitzungen wiederholt ihre Stimme wider die Verkehrsarmut des Kreises erhoben. Zur Sprache gebrachte Wünsche, wie Schaffung einer Bahnlinie Hettstedt—Aschersleben (über Walbeck usw.) sowie Anlegung einer Bahnlinie Aschersleben—Stangerode blieben Wünsche. Der Bau der letzgenannten Linie scheint nunmehr ernste Gestalt angenommen zu haben, indem (auch unter Teilnahme des Landrats des Gebirgskreises) im Ascherslebener Rathaus am 27. Januar eine Konferenz wegen dieser Angelegenheit stattgefunden hat. Wie wir hören, hat die Provinz die Profile und Trace der Bahn bereits auf ihre Kosten ausgearbeitet. Die Gemeinden können selbstverständlich Abänderungswünsche vorbringen.

Mansfeld. Die erste Stadtverordnetenversammlung in diesem Jahre wählte zunächst das bisherige Bureau und die bisherigen Kommissionsmitglieder wieder. Die Kosten des Baues eines Bureauhauses für die Staatliche Kreiskasse belaufen sich auf etwa 40 000 Mk. Hiervon werden 18 000 Mk. durch staatliche Zuschüsse gedeckt. Der Rest ist durch Aufnahme einer Hypothek aufzubringen. Die Stadtverordneten traten einstimmig dem Magistratsbeschluß betr. Aufnahme einer Hypothek in Höhe von 25 000 Mk. bei, jedoch sollen nur 22 000 Mk. in Frage kommen; über den Rest soll in einer späteren Sitzung nochmals beschlossen werden. Die Siedler sind an den Magistrat zwecks Anlegung eines befestigten Fußweges in der Siedlungsstraße herangetreten. Die Stadtverordneten stellten die Angelegenheit bis zum nächsten Etat zurück. Die Aufteilung des Gutsbezirks Leimbach, festgestellt durch den Landrat, wurde zur Kenntnis gebracht und einstimmig gutgeheißen.

Klostermansfeld. Gemeindevertretersitzung. Am Sonnabend fand wieder eine Sitzung der Gemeindevertreter statt. Auf der Tagesordnung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219280201-17/fragment/page=0006

fanden nur drei Punkte. Einstimmig wurde beschlossen, daß die Eingemeindung des Gutsbezirks „Staatliche Domäne" nach Klostermansfeld vorgenommen wird. Ferner wurde beschlossen, einen Antrag zu stellen, daß auch der Gutsbezirk Amt Leimbach und Schloß Mansfeld nach Klostermansfeld eingemeindet wird. Dem Gemeindevorstand wurde Vollmacht erteilt, den von der Krausenstraße bis zur Chausseestraße der Mansfeld-AG. gehörigen Privatweg aufzulassen. Ein Antrag der Siedlergruppe, der besagt, daß die Gemeinde einige Baustellen für die Siedler kaufen soll, wurde mit der Begründung abgelehnt, daß genügend Bauland auf dem neuen Siedlungsplan in der Hindenburgstraße zur Verfügung steht. Desgleichen wurde ein Antrag auf Uebernahme der Bürgschaft für ein Darlehen abgelehnt.

Kreis Delitzsch

Delitzsch (Stadt)

Zur Bürgermeisterwahl in Delitzsch.

Verleumden ist die zweite Natur der Kommunisten.

Delitzsch, 31. Januar 1928.

Wenn wir unseren Kommunisten auf den Kopf zusagen, daß sie mit den Bürgerlichen im Bunde stehen, dann tun sie immer sehr entrüstet und wollen dies sogar als eine Beleidigung in ihrer irrevolutionären Gesinnung auffassen. Daß es aber so ist, beweist uns der Bericht des „Klassenkampf" über die letzte Stadtverordnetensitzung in Delitzsch. Bekanntlich stand u. a. auch die beantragte Wiederwahl des Ersten Bürgermeisters auf der Tagesordnung. Die Wahl war, wie alle derartigen Wahlen, geheim. Trotzdem weiß der kommunistische Berichterstatter sehr genau, wie die einzelnen Stadtverordneten gestimmt haben. Er schreibt: „Die drei Mann starke SPD.-Fraktion ließ sich kaufen, und so wurde, obwohl drei Bürgerliche gegen die Wiederwahl stimmten, der Erste Bürgermeister mit den Stimmen der SPD. auf zwölf Jahre wiedergewählt."

Ohne unsere Stellung zu der Wahl zu verraten, fragen wir, woher wissen die Kommunisten so genau, daß ausgerechnet drei Bürgerliche gegen die Wiederwahl gestimmt haben. Das setzt doch voraus, daß man in sehr guter Verbindung mit ihnen steht, denn wie schon oben gesagt, war die Wahl geheim. Weiter fragen wir den kommunistischen Berichterstatter, den wir öffentlich als Lügne. bezeichnen, wer hat es gesehen, daß die SPD.-Fraktion nach der Sitzung auf dem Sprunge stand und im Hausflur dem Ersten Bürgermeister zur Wiederwahl persönlich ihre Glückwünsche ausdrückte? Wir fragen weiter. Wer von den sozialdemokratischen Stadtverordneten war es, der dem wiedergewählten Bürgermeister im Hausflur die Glückwünsche der Fraktion überbrachte?

Solange der kommunistische Schmierfink nicht sagen kann, wer die Beglückwünschung gesehen und wer sie ausgesprochen hat, so lange bleibt er bei uns ein elender Lügner.

Wenn der große Schauspieler des Parlaments nach der Wahl eine Erklärung abgab und darin behauptete, daß seine Mannen alle gegen die Wiederwahl gestimmt hätten, so machen wir nach den uns gemachten Mitteilungen ein sehr großes Fragezeichen dahinter. Durch den Streit in den Reihen der Kommunisten erfährt man auch manchmal etwas, woraus man sich selbst seine Schlüsse ziehen kann. Und deshalb kommen wir zu der Ueberzeugung, daß der große Otto wohl sein Zepter noch über seine Untergebenen schwingen kann, wenn die Möglichkeit der öffentlichen Kontrolle besteht, daß er aber nicht weiß, wie man im stillen Kämmerlein seines Herzens über ihn denkt. Deshalb kann er Erklärungen abgeben soviel er mag, ernst genommen werden sie sicher von keinem Stadtverordneten.

Ueberdies hat sich der Kommunist Geithe seine Erklärung sehr leicht gemacht. Er sagt, weil der Bürgermeister den damaligen Stadtverordneten Baumgärtel habe verhaften lassen, weil er eine Hindenburgstraße geschaffen und weil er im übrigen sehr reaktionär ist, deshalb könne die kommunistische Fraktion ihn nicht wiederwählen. Wir haben keine Ursache, den Bürgermeister zu verteidigen, aber wenn an Stelle der Hindenburgstraße eine Oberstraße gekommen wäre, dann wäre der Bürgermeister nach Meinung der Kommunisten genau so reaktionär. Und was die Frage mit Baumgärtel betrifft, so ist es gut, wenn man weiß, was der „Volkswille" in Gubl, das Organ der linken Kommunisten, sagt. Es heißt dort, daß Otto Kilian gegen die hinter dem Rücken der Parteimitgliedschaft erfolgte Anstellung des Brandlerianers Baumgärtel in der VP. protestiert. Und daraus darf man schließen, daß Kilian auch wegen Baumgärtel die rechten Kommunisten verlassen hat. Wenn die Sache innerhalb der Kommunistischen Partei so aussieht, dann brauchen wir uns um Baumgärtel nicht aufzuregen.

Arbeiter, merkt Ihr, wie diese Art der Berichte nur dazu angetan sein soll, Euch von den Vorgängen in der Kommunistischen Partei abzulenken, um bei gegebener Zeit wieder im trüben fischen zu können? Gebt ihnen die gebührende Antwort!

Vom Auto überrannt. In der Eilenburger Straße wurde der Maurer Apelt aus Behrendorf, der sich einem Auto entgegengestellt hatte, um es zum Halten zu veranlassen, von diesem überrannt. Er erlitt eine Gehirnerschütterung.

Eilenburg

Er zieht die Erziehungsanstalt vor. Auf der hiesigen Polizeiwache meldete sich der frühere Fürsorgezögling Hermann Zahn, der bei einem Klempnermeister in Schmiedeberg in der Lehre war, und bat, ihn wieder nach der Anstalt Eckartsberga zu bringen. Er hatte Differenzen mit seinem Lehrmeister und ist ihm deshalb davongelaufen. Der Lehrling wurde wieder der Anstalt zugeführt. Wie mag die Lehrstelle bei dem Klempnermeister in Schmiedeberg beschaffen sein, wenn der Lehrling sich wieder nach einer Anstalt zurücksehnt, wo die persönliche Freiheit doch bis zu einem gewissen Grade ausgeschaltet ist?

Abstempelung von Motorrädern. Alle Besitzer von Motorrädern seien auf eine Verordnung des Landrates aufmerksam gemacht, nach der vom 15. bis 18. Februar alle Motorräder mit ihren Kennzeichen am Rathaus vorzuführen sind. Die neuen Kennzeichen werden nur abgestempelt gegen Vorführung der Motorräder.

Finanz- und Steuerfragen der Gemeinden

Referat des Landrats a. D. Raute

auf der Gemeindevertreterkonferenz in Eilenburg.

Es ist ein dringendes Bedürfnis, daß die Gemeindevertreter des öfteren zusammengerufen werden, weil ihre Aufgaben größer geworden, weil die Stellung der Gemeinden zum Staat eine andere ist als vor dem Kriege. Gerade der gegenseitige Austausch der Erfahrungen, die Aufklärung über die vielen Neuerungen in der Gesetzgebung muß sich dann fruchtbar bei ihrer Arbeit zum Wohle der Gemeinden und Minderbemittelten auswirken.

Die Aufgaben der Gemeinden sind so vielgestaltig und umfassend, daß es nicht möglich ist, das Thema eines einzigen Vortrages damit zu erschöpfen. Und so habe ich ein einziges Gebiet, die Finanz- und Steuerfragen, für heute herausgegriffen.

Für die kommenden Neuwahlen sind diese Fragen von ganz ungeheurer Bedeutung.

In der Vorkriegszeit bildeten die Einkommensteuern das Rückgrat der Finanzen von Gemeinden und Ländern. Dazu kamen dann die Ueberschüsse aus den verbundenen Unternehmungen. Wenn auch bei den Gemeinden vorwiegend die Städte nur eigene Unternehmungen hatten, so konnten doch auch vereinzelt Landgemeinden solche Ueberschüsse in Anspruch nehmen. In Preußen betrugen beispielsweise die Einnahmen aus den Staatsbahnen 1909: 510 Millionen, 1910: 579 Millionen und 1911: 561 Millionen Mark. Diese beträchtlichen Einnahmen sind in Wegfall gekommen. Wir haben heute nur noch die Reichseisenbahn.

Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse bei den Gemeinden. Gemeindliche Zuschläge zu den Einkommensteuern werden seit der Erzbergerschen Finanzreform nicht mehr erhoben. Das Reich nahm die Einkommen- und Besitzsteuern vollständig in Anspruch. So bleiben den Ländern und Gemeinden als einzige Einnahmequelle die sogenannten Realsteuern, das sind Grund- und Vermögenssteuer, Gewerbesteuer. Die Gemeinden und Länder erhalten heute aus dem Einkommen der Reichssteuern (das sind Einkommen- und Besitzsteuern) gewisse anteilige Zuschüsse, und die Zuschüsse bilden heute die Grundlage ihrer Finanzen.

Wie werden nun diese Anteile verteilt?

Nach dem Finanzausgleichsgesetz verbleiben dem Reich aus den genannten Steuern 25 Prozent. Die übrigen 75 Prozent fallen an Länder und Gemeinden zurück. Und zwar erhält das Land, in unserem Falle Preußen, 55 Prozent, die Gemeinden bekommen 38 Prozent, und auf die Landkreise, Provinzialverbände und die Landesschulkasse entfallen je 2½ Prozent der gesamten Ueberweisungen. Die Ueberweisungen an die Gemeinden werden nach dem vollen Betrag des Gemeindesteuereinkommens von 1911 berechnet. Hatte z. B. eine Gemeinde 1911 pro Kopf der Bevölkerung 10 Mk. Gemeindeeinkommensteuer erhoben, so erhält sie heute denselben Betrag pro Kopf überwiesen. Ist nun aber das Gemeindesteuereinkommensoll 1911 um 20 Prozent, 1914 um 40 Prozent höher gewesen, so kann auf Antrag der Gemeinde dieser Betrag zugrunde gelegt werden. Dasselbe trifft zu, wenn die Ueberweisungen nicht volle 100 Prozent des Gemeindesteuersolls erreichen; dann kann der Anteil der Gemeinde erhöht werden. Die Berechnung des jeweiligen Anteils ist allerdings etwas schwierig. Doch wollen wir uns merken: wenn eine Gemeinde 1911, 1913 oder 1914 ein recht hohes Gemeindeeinkommensteuersoll hatte, dann auch die Ueberweisungen für die Gemeinde sehr beträchtlich sind. So erhielt z. B. Frankfurt a. M. 1927 pro Kopf 34 Mk., dagegen das industriereiche Bochum nur 15,80 Mk. überwiesen. Solche Unterschiede sind natürlich erst recht bei den Landgemeinden zu finden. Die Ueberweisungen müssen sich aber auch bei der Berechnung und Erhebung der Realsteuern auswirken. Es ist ein schwerer Schlag für die Gemeinden, daß man bei den Ueberweisungen das Einkommensteuersoll der Vorkriegszeit zugrunde legt. Nicht nur, weil die Kaufkraft der Mark heute geringer als in der Vorkriegszeit, sondern auch, weil die Ausgaben heute ungeheuer erweitert sind. Wir brauchen nur an Wohlfahrts- und Schulausgaben zu denken. Dann läßt aber auch das Reichsfinanzausgleichsgesetz ein gewisses Kuriosum zu. Nach § 35 können Länder, deren Einkommensteuersoll um 20 Prozent pro Kopf hinter dem Durchschnitt des Reichseinkommensteuersolls zurückbleibt, Zuwendungen vom Reich erhalten. (Bayern, Oldenburg, die beiden Mecklenburg, Lippe-Detmold, Schaumburg und Waldeck.) Das bedeutet, **die bessergestellten Länder, meistens mit starker Industrie, müssen diese rein agrarischen Länder, in denen der Großgrundbesitz dominiert, sanieren.** Die Ueberweisungen können also den Wünschen der Gemeinden nicht genügen.

Neben den genannten Ueberweisungen folgen dann noch solche aus der Umsatzsteuer. Sie betragen vom gesamten Aufkommen dieser Steuer 30 Prozent. Die Umsatzsteuer ist in letzter Zeit etwas gesenkt, angeblich um eine Senkung der Preise zu veranlassen, nur hat man davon bisher nie etwas gespürt. Lediglich die Ueberweisungen sind noch etwas niedriger ausgefallen. Von den 30 Prozent des Gesamtanteils erhalten die Länder 45 Prozent, die Gemeinden 49,5 Prozent, die Kreise 5,5 Prozent. Die Verteilung der Anteile erfolgt nach einem sogenannten Lastenverteilungsschlüssel, bei dem maßgebend ist die Größe und Struktur der Gemeinde. Also: je größer die Gemeinde, um so größer die Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung, um so größer der Anteil an den Ueberweisungen aus der Umsatzsteuer. Bis zu den ersten 2000 Einwohnern soll der Anteil pro Kopf 1 Mk., bei über 50 000 Einwohnern steigend bis zu 2¼ Mk. betragen. Die Struktur der Gemeinde ergibt sich aus dem Verhältnis der Minderbemittelten zu den Besitzenden, aus dem Mehr oder Weniger an Kindern usw. Weitere Ueberweisungen erhalten die Gemeinden nicht.

Um nun ihre Ausgaben zu decken, sind sie gezwungen, die Realsteuern tüchtig anzuziehen. Da ist als erste zu nennen die Gewerbesteuer, die ausschließlich eine Gemeindesteuer ist. Doch ist ihre Anwendung staatlich geregelt, bis auf die Gemeinden, die bis 1922 selbständig schon Gewerbesteuern erhoben. Allerdings — obwohl sie diese Steuer selbständig erheben dürfen — müssen sie sich doch im Rahmen der staatlichen Vorschriften halten. Der steuerfreie Satz bei der Gewerbeertragsteuer beträgt 1500 Mk. Hierzu gehört auch die Gewerbekapitalsteuer. Sie betrug 1926, wenn die Kapitalsumme 12 000 Mk. nicht überstieg, ein Drittel pro Mille. Da für 1927 nichts anderes angeordnet war, gilt diese Regelung vorläufig heute noch. Die Steuer steigt auf ein Halb pro Mille, wenn die 12 000 Mk. überschritten sind. Ein Gewerbekapital bis 4800 Mk. bleibt von dieser Steuer frei. An Stelle der Gewerbekapitalsteuer kann auch eine Lohnsteuer treten. In diesem Falle muß die Steuer auf die Gesamtsumme der Löhne an Angestellte und Arbeiter gezahlt werden. Sicher ist, daß die Erträgnisse dieser Steuer beträchtlich höher sind als die Gewerbekapitalsteuer.

Als zweite wichtige Realsteuer kommt die Grund- und Gebäudesteuer, jetzt Grundvermögenssteuer, in Frage. Die Veranlagung dieser Steuer erfolgt durch einen besonderen Steuerausschuß. Jeder Katasteramtsbezirk hat einen solchen Ausschuß. Die Steuersätze betragen zire 20 Pf. pro Tausend bei bewohnten Grundbesitz, 25 Pf. pro Tausend für landwirtschaftlichen Grundbesitz. Beträgt dieser weniger als 200 000 Mk., so kann die Steuer bis 10 Pf. pro Tausend gestaffelt werden. Die Grundvermögenssteuer wird setzt vom Staate eingezogen. Die Gemeinden haben nur das Recht, Zuschläge zu erheben. Wenn die Zuschläge 100 Prozent übersteigen, bedürfen sie der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde.

Die Beschränkung der Steuermittel der Gemeinden wirkt sich auch bei der Aufbringung der Schullasten aus. Hier dürften sich gemeinsame Schulverbände, besonders für ländliche Gemeinden, empfehlen. Die Verteilung der Lasten richtet sich nach der Anzahl der Kinder, welche die Schulen besuchen. Die Berechnung der Schullasten überhaupt richtet sich nach dem Betrag, der der Kreissteuererhebung zugrunde liegt. Der Kreis stellt das Ueberweisungssoll des Reiches fest, errechnet dann das gesamte Grundvermögenssteuersoll im Kreise, dazu das Gewerbesteuersoll und legt so die Kreissteuern fest, die prozentual je nach Bedarf auf die einzelnen Gemeinden verteilt werden. Dem diesjährigen Etat des Kreises Delitzsch liegt das Ueberweisungssoll aus Reichsmitteln von 1926 zugrunde. Es ergibt dies folgende Aufstellung: Reichssteuerüberweisung 508 214 Mk., Gewerbesteuersoll 98 050 Mk., Grundvermögenssteuersoll 644 240 Mk., insgesamt 1 250 504 Mk.

Diese Berechnung wird nun auch der Berechnung der Schullasten zugrunde gelegt. Z. B.: Eine Gemeinde hat 2000 Mk. aus der Reichsüberweisung zu bekommen, dazu kommen 1600 Mk. Grundvermögenssteuer und 300 Mk. Gewerbesteuer. 2000 Mk. und 100 Prozent Zuschlag zur Grundvermögenssteuer sind 800 Mk., und 300 Mk. Gewerbesteuer ergibt 3100 Mk., welche der Aufbringung der Schullasten zugrunde gelegt werden.

Nun einiges über die Hauszinssteuer. Mit dieser Steuer sollte der ungeheuren Wohnungsnot entgegengetreten werden. Die Hauszinssteuer fließt jetzt restlos in die staatlichen Kreiskassen. Sie beträgt den zwölffachen Betrag der Grundvermögenssteuer. Wenn auf einem Hause 10 Mk. Grundvermögenssteuer liegen, so beträgt also die Hauszinssteuer für dieses Haus 120 Mk. Die Hälfte des gesamten Aufkommens an der Hauszinssteuer wird dem Wohnungsbau zugeführt, die andere Hälfte wird verwandt zur Deckung der Reichsausgaben. Zur Förderung des Wohnungsbaues erhält der Staat vom Reiche neun Sechzigstel aus der Hauszinssteuer, die Stadt- und Landkreise bekommen einundzwanzig Sechzigstel. Zum Finanzausgleich bekommen aus der zweiten Hälfte dieser Steuer der Staat zwanzig Sechzigstel, die Stadt- und Landkreise zehn Sechzigstel. Der Anteil der Gemeinden an der Hauszinssteuer kommt ja wohl meistens dem Wohnungsbau zugute, nur läßt sich mit den geringen Beträgen nicht viel anfangen.

Nun kommen zu den genannten Steuern oder Ueberweisungen die Ueberschüsse aus gewerblichen Unternehmungen hinzu, so daß die Gemeinden mit diesen Mitteln auskommen müssen. Sonstige Steuern, wie Luftbarkeitssteuern, Hundesteuern und dergleichen bringen höchstens so viel, um ein Loch im gemeindlichen Etat auszufüllen. In der Vorkriegszeit waren die Gemeinden in der Lage, Anleihen aus den Sparkassen zu entnehmen; die Verzinsung und Amortisation war aus den vorhandenen Ueberschüssen der Sparkassen sehr leicht. Viele Gemeinden benutzten die Ueberschüsse der Sparkassen zur Senkung der Steuern. Das hat heute den Nachteil, daß diese Ueberschüsse beim Reichsanteil nicht angerechnet werden. Heute sind Anleihen aus den Sparkassen fast nicht mehr möglich, sie müssen in den allerseltsten Fällen vom Ausland genommen werden. Dadurch aber werden die Gemeinden ungeheuer belastet. Die Realsteuern können aber nicht bis ins Ungemessene angespannt werden; denn man kann nicht fragen, ob sie tragbar sind, sondern man muß prüfen, ob sie abgewälzt werden können. Und dies ist bis zu einem gewissen Grade immer der Fall.

Die Ueberweisungen werden gewiß in diesem Jahre etwas größer sein, weil die Reichseinnahmen an Steuern größer geworden sind. Trotzdem

droht den Gemeinden eine Verschlechterung ihrer Steuerlage.

Denn das Reichsgesetz zur Vereinfachung der Steuergesetzgebung, so notwendig es ist, bringt manchmal Verschlechterungen. Die entsprechenden Gesetzentwürfe haben bereits den Reichsrat beschäftigt, der schon manches verbessert hat, und sollen nun im Reichstag beraten werden. Diese Entwürfe sehen unter anderem vor, daß die Grundvermögens- und die Gewerbesteuer Hauptsteuern sind, die vom Reiche festgelegt werden. Sie müssen 20 Prozent niedriger sein als die Aufkommen von 1924. Die Gemeinden dürfen nun Zuschläge erheben. Bei Ueberschreitungen von 100 bis 120 Prozent ist die Genehmigung der Landesregierung oder der von dieser beauftragten Stelle einzuholen. Von über 140 Prozent an kann nur die Landesregierung die Genehmigung erteilen. Dazu kommt, daß die Berufsvertretungen als Gutachter zu hören sind. Neben der niedrigen Festsetzung der Hauptsteuern, also die vorherige gutachtliche Aeußerung der Interessenten (Berufsvertretung) und dazu die Genehmigungspflicht der Landesregierung, das sind die wesentlichen Verschlechterungen, die den Gemeinden drohen.

Die Zukunftsaussichten der Gemeinden sind also äußerst trübe. Sie müssen ihre Ausgaben drosseln. Man wird dies natürlich versuchen dort zu tun, wo es am leichtesten ist, nämlich bei den Wohlfahrts- und Kulturausgaben. Damit wird man aber vor allen Dingen die Minderbemittelten treffen. Bei den kommenden Gemeindewahlen müssen die bisherigen Gemeindevertreter die Träger der Wahlbewegung sein. Bei ihren Versprechungen müssen sie sehr vorsichtig sein. Trotzdem müssen wir

überall versuchen, Linksmehrheiten zu erringen.

Sind die Gemeindefinanzen auch trübe, Aufgabe der Linksmehrheiten wird es sein, die Schädigungen für die arbeitende Bevölkerung abzuwehren und durch eine vernünftige Kommunalpolitik der Arbeiterschaft und damit der Allgemeinheit zu dienen. (Lebhafter Beifall.)

An der folgenden Aussprache beteiligte sich eine stattliche Anzahl, vor allem auch ländlicher, Gemeindevertreter. Manche Schmerzen wurden vorgetragen, manche Auskunft gewünscht. In seinem Schlußwort ging der Genosse Raute auf alle Diskussionsredner ein. Er betonte, daß die gutachtliche Anhörung der Berufsvertretungen den Wert der bisherigen Steuerausschüsse ganz wesentlich verschiebt. Und die in den Gesetzentwürfen vorgesehenen Genehmigungsrechte der Länderregierungen bedeuten einen Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinden. Für manche Mängel kann er Abhilfe in seiner Eigenschaft als Kreisausschußmitglied versprechen. **Die Frage der Hand- und Spandienste für einen Gemeindebau, überhaupt für alle öffentlichen Bauten, muß durch ein Ortsstatut festgelegt werden. Kirchensteuern dürfen nicht aus Gemeindemitteln bezahlt werden.** Wo es dennoch geschieht, ist Einspruch bei der Aufsichtsbehörde, also beim Landrat, zu erheben. Selbständig können die Kirchen natürlich von ihren Mitgliedern Steuern erheben. Die Offenlegung der Steuerlisten ist eine alte sozialdemokratische Forderung, nur haben wir sie bisher nicht durchzudrücken vermocht. Gerade die Tatsache beweist, welche ungeheure Bedeutung die politische Erweckung der Massen hat. Denn **wenn in den Parlamenten starke Linksmehrheiten sitzen, so wäre schon manches anders geworden.** Daß dies nicht so ist, daran tragen die großen indifferenten Wählermassen die Schuld. Auch hier Bahnbrecher zu sein, wäre eine der wichtigsten Aufgaben der Gemeindevertreter.

Kreis Liebenwerda

Das Sonderabkommen des Lauchhammerwerkes.

Gegen Ende 1923 schloß sich das Lauchhammerwerk dem Niederlausitzer Verband der Metall-Industriellen an, angeblich wegen Verbundenheit mit der Niederlausitzer Industrie, in Wirklichkeit aber, um die Arbeiterschaft unterdieschlechteren Bestimmungen des Niederlausitzer Tarifs zu bringen. Die Arbeiterschaft durchschaute diesen Plan, und so kam Anfang 1924 zwischen der Verwaltungsstelle Bockwitz des DMVB. und dem Niederlausitzer Verband der Metallindustriellen ein Sonderabkommen für das Lauchhammerwerk zustande, das neben dem im Manteltarif vorgesehenen noch bedeutende andere Vergünstigungen den Arbeitern zusicherte. Im Jahre 1926 wurde es einmal neben dem Manteltarif vom Arbeitgeberverband gekündigt. Durch einen Schiedsspruch des Arbeitsministeriums wurde aber das alte Verhältnis wiederhergestellt. Im Jahre 1927 wurde der Manteltarif erneut gekündigt. Beim Reichsarbeitsministerium hatte der Arbeitgeberverband auch eine Forderung auf Fortfall des Sonderabkommens gestellt. Mit dem Metallarbeiterverband wurde über diese Frage nicht verhandelt. Im Schiedsspruch befand sich dann ein Passus, wonach der Abschluß eines Sonderabkommens den Parteien überlassen bleiben sollte. Von Arbeitnehmerseite wurde darauf kein Wert gelegt, da das alte Sonderabkommen nicht gekündigt worden war. Man erstaunte aber, als vom Lauchhammerwerk auf einmal das Angebot gemacht wurde, daß das alte **Sonderabkommen bestehen bleiben sollte,** wenn sich die Belegschaft auf eine **58stündige statt der tariflich festgesetzten 54stündigen Arbeitszeit** einverstanden erkläre. Dieser Tarifbruch wurde entschieden zurückgewiesen. Der DMVB. stellte sich aber auch auf den Standpunkt, daß das alte Sonderabkommen noch in Kraft sei. Das Lauchhammerwerk erklärte aber, daß dieses automatisch mit dem Manteltarif abgelaufen sei. Darauf erhob die Verwaltungsstelle Bockwitz in Gemeinschaft mit der Bezirksleitung des DMVB. Feststellungsklage beim zuständigen Arbeitsgericht. Dieses stellte sich auf den Standpunkt, daß das Sonderabkommen ohne den Manteltarif nicht lebensfähig sei und lehnte die Klage ab.

Der DMVB. ließ die Angelegenheit nicht ruhen und legte beim Landesarbeitsgericht Halle Berufung ein. An Stelle des plötzlich verhinderten Rechtsanwalts Dr. Fränkel vertrat Bezirkssekretär Genosse Lange den DMVB. Für den Arbeitgeberverband waren Rechtsanwalt Dr. Schonie und der Syndikus des Arbeitgeberverbandes Dr. Stolze (Cottbus) erschienen. Genosse Lange schilderte die Geschichte des Sonderabkommens, wie dieses erstmalig vom Arbeitgeberverband nach dreijährigem Bestehen gekündigt und durch Schiedsspruch wieder in Kraft gesetzt wurde. **Ein automatischer Ablauf mit dem Manteltarif komme nicht in Frage.** Dieser Auffassungsmäße auch der Arbeitgeberverband gewesen sein, sonst hätte er nicht die besondere Forderung auf Aufhebung des Sonderabkommens im Vorjahre gestellt. Dr. Schonie bestritt dieses, **gab aber zu, daß das Sonderabkommen ein selbständiger Vertrag sei.** Demnach konnte dieses auch nicht automatisch ablaufen, sondern mußte gekündigt werden. Das wird der größten Wahrscheinlichkeit dieses Jahr getan werden, erklärte doch der Arbeitgebersyndikus Dr. Stolze, daß **es das Bestreben des Arbeitgeberverbandes sei, diese besonderen Vergünstigungen nach und nach verschwinden zu lassen.** Das Landesarbeitsgericht kam zu der Entscheidung, daß das **Sonderabkommen zu Recht bestehe** und änderte das Urteil der Vorinstanz dementsprechend ab.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192802 01-17/fragment/page=0007

Verbrechen an Lenins Erbe.

Die Opposition macht Opposition, aber diesmal nicht in den Gewerkschaften, sondern gegen die Stalinisten in der KPD. und gegen Stalin selber. Immer stärker wird diese Opposition und ihre Stimme wird gehört durch den „Volkswillen" in Suhl, der jetzt das Sprachrohr der gesamten Linkskommunisten im Reiche ist. Dort lesen wir auch über eine Funktionärsitzung der Ortsgruppe Senftenberg der KPD., in der mit übergroßer Mehrheit eine Entschließung angenommen wurde, die „gegen die von Stalin ausgesprochene Verbannung der russischen oppositionellen Genossen Protest erhebt. Diese Tat sei „ein Verbrechen an Lenins Erbe".

Falkenberg. Ein merkwürdiger Herr. Auf dem hiesigen Bahnhof wurde ein merkwürdiger Liebhaber entlarvt. Seit längerer Zeit verschwanden aus einer Werkstätte größere Mengen Eisenteile, ohne daß man ergründen konnte, wohin und auf welchem Wege. Jetzt beobachtete die Bahnpolizei einen Werkführer, einen Mann, dem man volles Vertrauen geschenkt hatte, wie er größere Eisenteile wegschaffte. Die Polizei griff zu und fand in einem Versteck — nicht weniger als 42 Zentner Eisen und anderes Material vor, das der Werkführer mit der Zeit „gesammelt" hatte, um im Frühjahr mit einem Hausbau zu beginnen. Jetzt ist die Herrlichkeit aus, der Eisensammler ist zunächst beurlaubt und wird vor den Richter kommen.

Berliner Produktenpreise.

	31. 1.	30. 1.
Weizen, märkisch	228,00—231,00	230,00—233,0
Roggen, märkisch	231,00—234,00	233,00—236,0
Gerste, Futter-	—	—
Sommer-	220,00—270,00	220,00—270,0
Winter-	—	—
Hafer, märkisch	201,00—213,00	202,00—213,0
Mais loco Bln.	212,00—214,00	212,00—214,0
Weizenmehl	29,25—33,50	29,50—33,75
Roggenmehl	30,25—33,50	30,50—33,50
Weizenkleie	15,20	15,20
Roggenkleie f. Bl.	15,20	15,20
Raps	345,00—350,00	345,00—350,0
Viktoria-Erbsen	48,00—55,00	48,00—55,00
Kleine Speise-Erbsen	—	—
Futter-Erbsen	21,00—22,00	21,00—22,0
Peluschken	—	—
Acker-Bohnen	20,00—21,00	20,00—21,00
Wicken	21,00—24,00	21,00—24,00
Lupinen, gelbe	15,50—15,60	15,50—16,10
Rapskuchen	19,90—20,10	19,90—20,10
Leinkuchen	22,00—22,20	22,00—22,20
Trockenschnitzel	12,70—12,90	12,60—12,80
Soya-Schrot	21,40—21,80	21,40—21,80
Kartoffelflocken	24,20—24,60	24,10—24,60

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte. Weizen: März 259,50—257, Mai 267,60—266, Juli 272,75—272,50, Roggen: März 258—257,50—258,25, Mai 264,75, Juli 255,25, Hafer: März 226—225,75, Mai 236—225,75 u. B., Juli —,—.

Leipziger Produktenpreise.

	31. 1.	vorher
Weizen, inländischer, 70 kg	—	—
Weizen, inländischer, 68 kg	—	—
Weizen, inländ. 74½ kg flau	232,00—240,00	232,00—240,0
Roggen, hiesiger, 70 kg. still	242,00—250,00	242,00—250,0
Sandroggen, 71 kg. still	246,00—254,00	246,00—254,0
Sommergerste, inl., ruh. feinste über Notiz	235,00—280,00	235,00—280,00
Wintergerste, ruh.	235,00—256,00	235,00—256,00
feinste über Notiz	—	—
Hafer, inländ. ruh.	210,00—226,00	210,00—226,00
Mais amerik., rd., ruh.	222,00—226,00	222,00—226,00
Mais cinquantin, ruh.	228,00—234,00	228,00—234,00
Raps ruh.	310,00—355,00	310,00—355,00
Erbsen (inl. Vikt.), still	380,00—480,00	380,00—480,00

Die Preise verstehen sich für 1000 kg netto für Ware, prompt Parität frachtfrei Leipzig in Reichsmark.
Alle Notierungen bez. u. Br.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: F. O. H. Schulz; für Lokales und Kommunalpolitik: G. Kasparek; für Gewerkschaftliches und Provinz Alfred Wielepp; für Sport, Rundfunk und Jugend: Felix Habicht, für den Anzeigenteil: Wilh. Herzig, sämtlich in Halle. — Druck und Verlag: Hallesche Druckerei-Gesellschaft m. b. H., Halle, Große Märkerstr. 6/7

Kreismeisterschaftsspiel in Halle

Sportverein Halle-Kröllwitz I — Sportfreunde Dessau I.

Wer wird Sieger?

Auf dem Stadion in Halle stehen sich am Sonntag, dem 5. Februar, die Bezirksmeister des 3. und 6. Bezirks gegenüber. Beide Vereine haben je ein Spiel gegen den Meister des 8. Bezirks, Freie Turner Greppin, getätigt. Dessau schlug in Greppin die Freien Turner mit 5:2, Kröllwitz erzielte in Bitterfeld ein 8:2. Es steht also fest, daß wir es in Halle mit zwei gleich spielstarken Mannschaften zu tun haben. Es kommt noch hinzu, daß Dessau am vergangenen Sonntag den Meister des 1. Bezirk, Sportfreunde Thale (der in der ersten Gruppe spielt), mit 8:1 (5:0) besiegen konnte.

Dessau hat in diesem Spiel ihre Waffe, den guten Sturm, geschärft. Es ist bestimmt, daß Dessau mit voller Mannschaft antreten wird.

Sportverein Kröllwitz hat die Bezirksmeisterschaft ziemlich sicher errungen. Auch sie hat (wie Dessau) einen schnellen durchschlagskräftigen Sturm. Beide Hintermannschaften, vor allem die Läuferreihen, werden vor harte Aufgaben gestellt.

Wer wird Sieger? Es ist das letzte Spiel in der zweiten Gruppe. Der Sieger dieses Spieles wird am 19. Februar gegen den 1. Gruppenmeister das Entscheidungsspiel um die Kreismeisterschaft austragen müssen. Und hier liegt der große Reiz des Spieles in Halle. Es ist gleichbedeutend wie das Entscheidungsspiel. Beide Vereine werden alle Register ihrer Technik und Taktik spielen lassen. Der Verein, der die beste Läuferreihe stellt, sollte das Spiel entscheiden können.

Auf Grund der aufgeführten Tatsachen sollte niemand versäumen, sich das Spiel anzusehen. Er wird Zeuge eines ausgeprägten Fußballspieles im Rahmen der Arbeitersportbewegung werden. Die Vereine bürgen für tadellosen Sport, ohne Härte, ohne unschöne Begleiterscheinungen.

Auf nach dem Stadion!

Sportplatz Stadion Halle

Sonntag, den 5. Februar 1928, 14 Uhr:

Kreismeisterschaftsspiel

Sportfreunde I - Sportverein I

Dessau **Kröllwitz**

Nachdem:

Cracau Jugend - Sportlust Jugend

Am Sonntag finden folgende

Arbeiterfußballspiele im 6. Bezirk

statt: ½10 Uhr Fortuna 1. Jgd. — Fichte 1. Jgd. (Trotha). ½11 Uhr Fortuna I — Fichte I (Teutonia). 9 Uhr Trotha 1. Jgd. — Teutonia 1. Jgd. (Fichte). 10 Uhr: Trotha II gegen Mötzlich I (Lettin). 10 Uhr Lettin II — Kröllwitz II (Fortuna). 10 Uhr Minerva Schüler — Wörmlitz Schüler (Minerva). ¾11 Uhr Minerva Jgd. — Wörmlitz Jgd. (Wörmlitz). 9 Uhr Fichte III — Fortuna III (Vittoria). ½11 Uhr Fichte IIa — Fortuna II (ASC.).

Sämtliche hallischen Vereine haben zum Kreisspiel am 5. Februar zwei Sportgenossen als Ordner zu stellen. Melden 13 Uhr bei Eurich im Stadion.

Sonntag, den 5. Februar, ist ab 12 Uhr für den gesamten Bezirk wegen des Kreisspiels

Spielverbot.

Folgende haben als Linienrichter zu erscheinen: Hübler (ASC.), Hillebrecht (Minerva), Woita (Wörmlitz), Thielemann (Fichte). Die Genannten haben Sweater mitzubringen. Das Jugendspiel Sportlust Jgd. — Krakau Jgd. leitet Jänicke (Minerva). Linienrichter stellt Sportlust zwei Mann.

Schiedsrichtervereinigung.

Freitag, den 3. Februar, 20 Uhr, **außerordentliche Schiedsrichter-Obleutesitzung** (wegen Schiedsrichterkursus an der Bundesschule) im Gewerkschaftshaus, Harz 42/44, Zimmer 1a. Anschließend **Schiedsrichter-Prüfung.** Für jede Mannschaft hat jeder Verein zwei Schiedsrichter zu stellen. Bleistift ist mitzubringen.

J. A.: W. Brandt, Obmann.

„Fichte" (Halle) in Köthen.

Am vergangenen Sonntag weilten die erste und zweite Handball-Elf von „Fichte" (Halle) in Köthen. Sie trugen daselbst die Rückspiele gegen die gleichen Mannschaften der **Freien Turnerschaft** aus. Halle konnte, trotz des schlüpfrigen Bodens, nach schönen, überzeugenden Spielen zwei verdiente Siege mit nach Hause nehmen. Es spielten:

Fichte I — Köthen I 5:1 (1:1).
Fichte II — Köthen II 5:0 (1:0).

Jugendleiterkonferenz.

Mitteldeutsche Spielvereinigung 6. Bezirk.

Die Jugendleiter der Arbeiterfußballbewegung des 6. Bezirks versammelten sich am 27. Januar in Halle. Mit 12 gegen 3 Stimmen wurde beschlossen, dem Bezirkstag eine Neueinteilung der Jugendlichen in zwei Gruppen: 14 bis 16 Jahre und 16 bis 18 Jahre vorzuschlagen. Der Bezirksvorsitzende Hartleb beantragte, einen Jugendleiterkursus abzuhalten. Auch dieser Antrag wurde befürwortend dem Bezirkstag überwiesen. Der Jugendausschuß wurde bei der Neuwahl wie folgt zusammengesetzt: Jugendleiter: Max Sennewald (Teutonia), Schriftführer: Willi Franke (ASC.), Beisitzer: Walter Jänicke (Minerva), und als Jugendliche: Stahlmann (ASC.), Hummel (Teutonia), Mahler (Sportlust). Der Jugendobmann entwickelte ein ausführliches Programm, das von der Versammlung zum großen Teil gutgeheißen wurde. Auch der Bezirksvorsitzende machte ergänzende Vorschläge. Das Programm soll der Jugendausschuß im einzelnen ausführen. Schließlich wurde noch die Jugendherbergsfrage erörtert. Hierüber sollen nähere Erkundigungen eingezogen werden.

Sportklub 09 Halle

Generalversammlung.

In der kürzlich stattgefundenen Generalversammlung wurde berichtet, daß der Verein im letzten Jahre bedeutend an Mitgliedern zugenommen hat. Nachdem die üblichen Berichte erstattet waren, wurde dem Vorstand von den Mitgliedern der Dank für die erfolgreiche Arbeit ausgesprochen. Die Wahlen erfolgten einstimmig und ergaben: 1. Vorsitzender: Gustav Jakob (Wiederwahl), 2. Vorsitzender: Richard Ethner, 1. Kassierer: Franz Hutelmann, 1. Schriftführer: Walter Fesak, Technische Leiter: Kurt Jakob, Hermann Knöchel.

Der Verein, der jedem Arbeiter die Möglichkeit zu intensivster sportlicher Betätigung bietet, hält seine Uebungsstunden regelmäßig Montags und Donnerstags von 7 bis ½10 Uhr abends in der Turnhalle der Johannesschule, Liebenauer Straße ab. Das Vereinslokal ist das Restaurant „Zur Reichskrone", Unterplan. Alle Zuschriften sind an den 1. Vorsitzenden Gustav Jakob, Geiststraße 5, H. 2 Treppen zu richten.

Turnen.

2. Kreis, 6. Bezirk, Spielleute. Zu der am 5. Februar, vormittags 9 Uhr stattfindenden Bezirkslehrstunde sind die Gruppenführer verpflichtet, zu erscheinen. J. A. Paul Hennicke.

2. Kreis, 6. Bezirk. Kinderturnen. Es wird nochmals auf die am 5. Februar in Halle („Volkspark"), 9 Uhr vormittags stattfindende Lehrstunde aufmerksam gemacht. Das Erscheinen der Gruppenturnwarte ist notwendig, da Bezirksfestmaterial für Gruppenkinderturnwarte ausgegeben wird. Willy Gruber, Bezirks-Kinderturnwart.

Czirson — Spears.

Der deutsche Leichtgewichtsmeister Paul Czirson, dessen Herausforderung an den spanischen Europameister Louis Rayo durch die IBU. bereits erkannt ist, wird am 10. Februar im Berliner Sportpalast gegen den bisher in Deutschland noch ungeschlagenen Engländer Young Spears kämpfen.

Erstes Stuttgarter Sechstagerennen.

Am kommenden Donnerstag wird das erste Stuttgarter Sechstagerennen um 10 Uhr abends seinen Anfang nehmen. Die Teilnehmerliste der Stuttgarter Sechstage weist folgende 12 Mannschaften auf. Van Kempen (Holland)-Frankenstein (Köln), Dewolf (Belgien)-Klaß (Schweinfurt), Charlier-Duray (Belgien), Dinale-Bossi (Italien), Marcot-Blanc Garin (Frankreich), Rieger-Junge (Breslau), Fritz Bauer-Hahn (Berlin), Behrendt-Manthey (Berlin), Blattmann (Schweiz)-Remold (Schweinfurth), Matton (Belgien)-Bragard (Bochum), Kedzierski-Schwemmler (Berlin) und Schuler (Stuttgart)-Martin Steger (Augsburg).

Arbeiter-Athleten-Bund Deutschlands

(5. Kreis, 1. Bezirk)

Sonntag, den 5. Februar, vorm. 10 Uhr im Volkspark"
Große Boxkämpfe, Ringkämpfe u. Gewichtheben um die Bezirksmeisterschaft.
Es ringen: Atlas Jugend gegen Sportlust 09 Jg.
Es boxen: Atlas gegen Adler.
Gewichtheben: Adler gegen Sportklub 09.

BMBV.-Mitglieder, nachmachen!

Wendet Euch gegen die reaktionäre Politik.

Auf dem vor einigen Tagen abgehaltenen Bundestag des Verbandes Brandenburgischer Ballspielvereine wurde folgender Beschluß gefaßt: **„Der Deutsche Sport dient der Volksgemeinschaft und umfaßt alle Schichten und Richtungen des Volkes. Unter dieser Feststellung protestiert der Verbandstag gegen die Absicht des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen gelegentlich der kommenden Reichstagswahlen mit einzelnen Parteien Vereinbarungen zu treffen. Ein solches Verhalten des Deutschen Reichsausschusses muß in der Oeffentlichkeit den Eindruck erwecken, daß eine Unterstützung gewisser Parteien beabsichtigt sei."**

Es ist bemerkenswert, daß jetzt selbst im bürgerlichen Sportlager gegen die Absichten des Reichsausschusses protestiert wird. Hoffentlich rühren sich auch die linksstehenden Mitglieder der mitteldeutschen Vereine des Deutschen Reichsausschusses, namentlich in Halle.

Es wird immer besser!

Peltzer erhält sieben Startangebote.

Wie aus Neuyork gemeldet wird, hat der Stettiner Meisterläufer Dr. Otto Peltzer bis jetzt insgesamt sieben Startangebote erhalten. Der deutsche Weltrekordläufer verspürt große Neigung, allen diesen Einladungen nachzukommen. Es erscheint jedoch ziemlich (!) ausgeschlossen, daß die Deutsche Sportbehörde für Leichtathletik außer den genehmigten drei noch weitere Starts Peltzers zuläßt.

Na, na, sie wird schon lassen! —

Mitteilungen der Redaktion. „Einige Partei- und Sportgenossen" in Schafstädt. Wir nehmen ganz gern die Berichte auf, aber Ihr müßt Euren Namen nennen. Anonym verkehren wir nicht.

Vereinsmitteilungen.

Touristenverein „Die Naturfreunde" Halle e. V. Unsere Geschäftsstelle befindet sich ab 1. Februar in dem Hofgebäude des Gewerkschaftshauses. Die Geschäftszeit ist, wie bisher, Montags und Donnerstags von 5 bis 7 Uhr. — Sonntag, den 5. Februar, Fahrt nach Leipzig zum Besuch der Ausstellung „Das junge Deutschland". Abfahrt 6.41 Uhr mit Sonntagsfahrkarte bis Leipzig. Anschließend Besuch der Stadt und des Rosentals.

Rundfunk-Programme.

Leipzig (Welle 365,8).

Donnerstag: 16.30 bis 18 Uhr: Nachmittagskonzert. 18.05 bis 18.20 Uhr: Aufwertungsrundfunk. 18.20 bis 18.30 Uhr: Sozialversicherungsrundfunk. (Invaliden-, Kranken-, Angestellten-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung.) 18.30 bis 18.55 Uhr: Uebertragung von Königswusterhausen. 19 Uhr: „Moderne Volksbildungsbestrebungen". Reg.-Rat Dr. Fritz Kayhahn: „Universitätsstudium ohne höheren Schulbesuch". 19.30 bis 20 Uhr: Dr. Rolf Engert: „Das Rätsel des Zigeuners". 20 Uhr: Wetterdienst, Schneeberichte. 20.15 Uhr: Zigeunermusik der ungarischen Zigeunerkapelle des Primas Géza Gyallay. 22.15 Uhr: Funkpranger. 22.20 Uhr: Presse- und Sportdienst. 22.30 Uhr: Funkstille.

Königswusterhausen (Welle 1250).

Donnerstag: 14 bis 14.30 Uhr: Adele Lüderitz-Ramelow: „Wie veranstalte ich einen Fünf-Uhr-Tee unter Freunden?" 14.30 bis 15 Uhr: Kinderstunde. 15 bis 15.30 Uhr: Zentrale der Hausfrauenvereine. „Die Verbesserung der Altwohnung vom hauswirtschaftlichen Standpunkt". 15.35 bis 15.40 Uhr: Wetter- und Börsendienst. 15.40 bis 15.55 Uhr: Kochanweisungen und Speisenfolge. 16 bis 16.30 Uhr: Erziehungsberatung. (Dr. Klopfer.) 16.30 bis 17 Uhr: Geh.-Rat Prof. Dr. Sievers: „Sammeln von Graphik (IV)". 17 bis 18 Uhr: Uebertragung von Berlin: Balladen. 18 bis 18.30 Uhr: Dr. A. Haushofer: „Nordamerikas pazifisches Gesicht". 18.30 bis 18.55 Uhr: Spanisch für Fortgeschrittene. 18.55 bis 19.20 Uhr: Präsident Hepp: „Aufgabe und Zweck des Reichskuratoriums für Technik in der Landwirtschaft". 19.20 bis 19.45 Uhr: Else Marquardsen-Kamphövener: „Das moderne Frauenideal in der orientalischen Dichtung". 20.30 Uhr: Marek Weber. 22.30 Uhr: Funk-Tanzstunde. Darauf Tanzmusik.

Geschäftsverkehr.

Im Zeichen des Steinbocks! Unter diesem Motto erscheint in den nächsten Wochen in unserer Zeitung eine originelle Inseratenserie der bekannten chemischen Fabrik „Büdowerk, Schwenningen (Neckar)". Der Steinbock galt schon früher als besonders wertvolles Tier, heute ist er als Schutzmarke für gute Schuhcreme bekannt. Büdo, diese Edelpaste sollte in jedem Haushalt verwendet werden. Ein Versuch überzeugt. Die Losung für alle heißt deshalb: „Nimm Büdo".

Fundsachen-Verkauf

Am **Freitag** und **Sonnabend**, dem **3.** und **4. Februar 1928**, von **9** Uhr an, findet in unserem Fundbüro, hier, Güterschuppen — Eingang Raffineriestraße — öffentliche Versteigerung von Fundgegenständen, u. a. zwischen 10 und 11 Uhr: **7 Fahrräder**, um 12.30 Uhr: **1 Photoapparat** und **1 Zeiß-Fernglas** gegen sofortige Barzahlung statt.

Reichsbahndirektion.

Amtliche Bekanntmachungen.

Eisleben.

Bekanntmachung betr. die Wahl des Vorstandes der Allgemeinen Ortskrankenkasse für die Stadt Eisleben.

Für die Wahl um Vorstand der Kasse sind von seiten der Arbeitgeber und Versicherten nur je eine Vorschlagsliste eingereicht worden. Die darin Vorgeschlagenen gelten somit gemäß § 10 der Wahlordnung als gewählt.

Die für Sonntag, den 5. Februar 1928 angesetzte Wahl findet mithin nicht statt.

Die Namen der Gewählten sind in der Geschäftsstelle, Markt 13, während der üblichen Kassenstunden einzusehen.

Die Gültigkeit der Wahl kann innerhalb zwei Wochen beim Versicherungsamt der Stadt Eisleben angefochten werden. 610

Eisleben, den 30. Januar 1928.

gez. Wagner, Wahlleiter.

Helfta.

Der Plan über die Verteilung des Jagdpachtes für das Jahr 1927/28 liegt im Gemeindeamt zur öffentlichen Einsicht aus. 583

Etwaige Einwendungen sind bei mir binnen 14 Tagen anzubringen.

Helfta, den 26. Januar 1928.

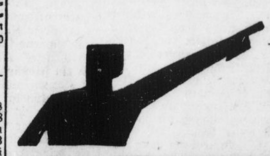
Der Jagdvorsteher.

Bei Gicht, Rheuma, | Jschias, Grippe, | Nerven- u. Kopfschmerz, Erkältungskrankheiten

haben sich Togal-Tabletten hervorragend bewährt. Ein Versuch überzeugt! Togal scheidet die Harnsäure aus! Fragen Sie Jhren Arzt!

PREIS M. 1.40

Jn allen Apotheken



Tut Eure Pflicht!

Werbt neue Abonnenten!
Kauft nur bei Inserenten!

Teppiche - Läufer ohne Anzahlung in 10 Monatsraten liefert Teppichhaus Agay & Glück, Frankfurt a. M. 1161 Schreib. Sie sofort

Papier Zeitungen Lumpen, Knochen kauft 5878 **A. Bode** Gr. Klausstraße 22

Reellste und billigste Bezugsquelle in neuen Gänsefedern 132 wie von der Gans gerupft mit vollen Daunen dopp. gereinigt Pfd. 3,00, sehr zarte 3,50 Mk., A. Federn (Halbdaune) 5 Mk., sehr zarte 6 Mk., Edel ¾ Daunen 6,50, Ia 7,50 Mk., gereinigte gerissene Federn mit Daun. 4 Mk. und 5 Mk., hochprima 5,75 Mk., Ia 6,25 Mk., allerfeinste 7,25 Mk. u. 8,25 Mk., Ia Volldaunen 8,75 Mk. u. 10 Mk. Für reelle staubfreie Ware Garantie. Versand gegen Nachnahme ab 5 Pfd. portofrei u. nehme was nicht gefällt auf meine Kost. zurück. **Rudolf Gielisch, Neutrebbin 116, Oderbruch**

Ich behandle

die Klienten richtig. Ich bin der Schuhdoktor. Meine Medizin heilt und wirkt sofort. Falsch behandelte Schuhe werden brüchig und verderben bald, wenn nicht die richtige Arznei eingreift. Für die Schuhe ist die beste Medizin die Edelwachspaste Büdo. Diese reine Terpentinölware ist Balsam für das Leder und macht es weich wie Samt. Zudem hat die Büdodose einen praktischen Öffner: Eine kleine Drehung — und die Dose ist offen! Deshalb merke Dir:

Nimm Büdo

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219280201-17/fragment/page=0008

Klein- und Mittelbauern im Agrarprogramm.

Von Zacharias Düwell.

Wir veröffentlichen diesen Artikel mit Rücksicht auf den dreisten Betrug der zurzeit in Berlin anläßlich der Grünen Woche versammelten Großagrarier, die sich am Montag nicht gescheut haben, wieder die alte Legende von der Feindschaft der Sozialdemokratie gegen die deutschen Bauern aufzuwärmen. D. Red.

Im Jahre 1891 gab sich die geeinigte Sozialdemokratie in Erfurt ein Parteiprogramm, das fast drei Jahrzehnte die Richtschnur ihres Handelns gewesen ist. In diesem „Erfurter Programm" wurde in bezug auf die Bodenfrage folgendes gesagt: „Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln . . . Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel . . . in gesellschaftliches Eigentum kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen . . . zu einer Quelle . . . harmonischer Vervollkommnung werde." Hierzu gaben Karl Kautsky und Bruno Schoenlank in ihrer Erläuterungsschrift zum Erfurter Parteiprogramm folgende Erklärung:

„Was demjenigen, der die Anschauungen der Sozialdemokratie noch nicht kennt, in ihrem Programm zunächst auffallen dürfte, ist der Umstand, daß dasselbe nicht nur keine unbedingte Verwerfung, sondern sogar eine bedingte Anerkennung des Privateigentums enthält. . . . Im Kleinbetrieb ist jeder Arbeiter für sich allein oder höchstens im Verein mit seiner Familie, mit den Mitgliedern seines Haushalts, tätig, etwas Ganzes zu erzeugen. Er nimmt es als sein persönliches Eigentum in Anspruch. Aber es wird sein Eigentum nur, wenn auch die Produktionsmittel sein Eigentum sind, z. B. der Grund und Boden, der Pflug, das Arbeitsvieh, das Saatgetreide usw. des Bauern. . . . Das Privateigentum an den Produktionsmitteln ist daher die notwendige Vorbedingung für die bestmögliche Entfaltung des Kleinbetriebs, dieser kann seine klassische (vollkommene) Form nur erlangen auf der Grundlage des Privateigentums."

Das war eine eindeutige Festlegung für das Privateigentum am Boden bei den Kleinbauern. Trotzdem ist es den Großagrariern immer wieder gelungen, den Klein- und Mittelbauern einzureden, daß die Sozialdemokratie ihnen ihr Land fortnehmen wolle, denn der Appetit komme beim Essen und bei den Großen fange man an, bei den Kleinen höre man auf. Es ist von größter Wichtigkeit, daß das in Kiel beschlossene sozialdemokratische Agrarprogramm mit diesem Schwindel endgültig aufräumt, indem es offen und ohne jeden Rückhalt erklärt, daß „die sozialistische Gesellschaft weit entfernt davon, den Bauern von seiner Scholle verdrängen zu wollen, ihm sein Eigentum und seine Arbeitsstätte sichert". Und so ist es ganz selbstverständlich, daß sich diese Sorge um die Klein- und Mittelbauern gewissermaßen wie ein roter Faden durch das sozialdemokratische Agrarprogramm zieht. Ganz gleich, ob die Enteignung von Großgrundbesitz zum Steuerwert verlangt wird, um darauf neue Siedlerstellen für Söhne der Landarbeiter und Bauern zu schaffen, ob die Vermehrung der Bildungsmöglichkeiten auf dem Lande gefordert wird, um auch dem Bauern die Anwendung und Ausnutzung aller technischen und wissenschaftlichen Errungenschaften und damit die höchstmögliche Steigerung seiner Erträge zu sichern. In derselben Linie liegen die Bestrebungen zur Regelung des Absatzes der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die darauf abzielen, den Bauern durch Erhöhung der Kaufkraft der städtischen Massen den Binnenmarkt für ihre hochwertigen Produkte zu erschließen, und desgleichen die Vorschläge zur Schaffung eines Reichsgetreidemonopoles, welches die schädlichen Zölle auf Futtermittel beseitigen und die für den Landwirt in gleichem Maße wie für den Verbraucher nötige Stetigkeit der Preise gewährleisten würde. Denn der landwirtschaftliche Betrieb ist ein Betrieb, der auf lange Sicht eingestellt werden muß, der nicht in der Lage ist, sich dem wilden Auf und Ab der Preise an den von kapitalistischen Börsenspekulanten beherrschten Märkten ohne schwere Schäden anzupassen. Ganz besonders im Interesse der gesamten Bauernschaft liegen ferner die Forderungen des Agrarprogrammes, die einen direkten Verkehr der Genossenschaften der Erzeuger zu den Genossenschaften der Verbraucher in den Städten und Industriezentren anbahnen wollen, weil dadurch erst die Ausschaltung des unnütz verteuernden Zwischenhandels möglich wird, der jetzt es verhindert, daß der produzierende Landwirt einen angemessenen Preis für seine Erzeugnisse, der konsumierende Städter seine Lebensmittel zu erschwinglichen Beträgen erhält.

Ganz besonders wichtig sind für die Klein- und Mittelbauern, die durchschnittlich noch etwa zu 16 Prozent auf Pachtland wirtschaften, die sozialdemokratischen Forderungen nach Schaffung eines Dauerpachtschutzes, nach Sicherung vor Uebervorteilung bei den Pachtkreisen, nach Einführung einer gerechten einheitlichen Bodenertragssteuer, die mit den Vorrechten der buchführenden Großbetriebe aufräumen würde. Bei solch vorbildlichem Eintreten für die Interessen der bäuerlichen Wirtschaften darf es nicht wundernehmen, daß das sozialdemokratische Agrarprogramm bei seiner Forderung nach Bereitstellung von Heimstätten- und Gartenland für landlose Gemeindeangehörige klipp und klar verlangt, daß „die bisherigen bäuerlichen Wirtschaften dabei in ihrem Bestande zu schützen sind". Und so erscheint es als eine Selbstverständlichkeit, daß das sozialdemokratische Agrarprogramm in einem besonderen Abschnitt VI auch scharf umrissene Vorschläge für den Aufbau einer bäuerlichen Sozialpolitik macht, die sicher allen Klein- und Mittelbauern zu Herzen gehen werden. Dort heißt es u. a.: „Durch Familien-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge ist der Verelendung einer landwirtschaftlichen Familie im Falle der Erkrankung eines Familienmitgliedes vorzubeugen. Für die kleinen Landwirte ist eine Krankenversicherung zu schaffen, die Zahnbehandlung, Wochenhilfe und Sterbegeld mit umfaßt. Um die Ueberlastung der bäuerlichen Betriebe mit Besitzwechsel-Hypotheken und mit Ausgedingelasten zu verhindern, ist eine obligatorische Lebens-, Invaliditäts- und Altersversicherung zu schaffen, die auf die besonderen Bedürfnisse der kleinbäuerlichen Kreise Rücksicht nimmt. Die Ueberlastung des Bodens mit Notstandshypotheken ist durch genossenschaftliche oder staatliche Feuer-, Hagel- und Viehversicherung zu verhüten. Zur Beratung der ländlichen Bevölkerung in allen Rechtsangelegenheiten sind für alle Landbezirke öffentliche, unentgeltliche Rechtsberatungsstellen zu schaffen."

Man wird nicht behaupten können, daß irgendeine bürgerliche Partei energischer und weitherziger für die bäuerliche Bevölkerung eintritt. Erkennen das die Klein- und Mittelbauern richtig, so können sie durch ihre Stimmabgabe bei den Wahlen im Jahre 1928 mit dazu helfen, daß die Sozialdemokratie einen Sieg erringt, der ihr die Durchführung der hier skizzierten Forderungen ermöglicht!

Die gelbe Sparbank

Die Werkvereine behaupten stets in der Oeffentlichkeit, daß auch sie wirtschaftliche Organisationen seien. Ohne Hilfe des Unternehmers, ja sogar gegen den Unternehmer die Arbeitsinteressen vertreten. Daß diese Behauptungen nach außen hohle Phrasen sind, zeigen die Vorgänge auf den Bubiag-Werken im Bockwitzer Ländchen. Während des mitteldeutschen Braunkohlenarbeiterstreiks hat auch ein großer Teil Werkvereinsmitglieder rebelliert und mitgestreikt. Um den auseinandergeschlagenen Laden wieder zusammenzuleimen, ist die Werksdirektion Mückenberg, Herr Direktor Geiger, auf den genialen Plan verfallen, die Schäfchen mittels eines Sparbuches und eines Sparzwangs wieder zusammenzutreiben. Wir lassen nachstehend die Abschrift des Schreibens folgen, das man den Leuten übermittelte, die sich dazu haben verleiten lassen, Streikbruch zu verüben.

Auf Antrag des Vorstandes der Werksgemeinschaft sowie des Herrn Betriebsratsvorsitzenden Werner haben wir uns entschlossen, denjenigen unserer Mitarbeiter, welche während des ganzen Streiks gearbeitet haben, außer den schon gemachten Zuwendungen noch einen besonderen Betrag zukommen zu lassen. Die auf Sie entfallende Summe in Höhe von

fünf Reichsmark

haben wir in der Sparkasse des Werkvereins auf Ihren Namen eingezahlt, um Ihnen Gelegenheit und Anreiz zu geben, diese außerordentlich gute Einrichtung kennenzulernen.

Durch die Annahme dieses Sparbuches verpflichten Sie sich, bei der Sparkasse des Werkvereins wöchentlich einen Betrag von mindestens 0,50 RM. zu sparen. Das gesparte Guthaben bleibt mindestens 1 Jahr gesperrt, kann also frühestens am 31. Dezember 1928 abgehoben werden. Wir hoffen aber bestimmt, daß Sie durch die außerordentlich gute Verzinsung, welche die Sparkasse des Werkvereins zahlt (in den letzten beiden Jahren betrug die Verzinsung 10 Prozent), sich für das Weitersparen auch nach dem 31. Dezember 1928 entschließen. Sie schaffen sich durch diese Einrichtung, ohne den abgezogenen Betrag besonders zu empfinden, einen Grundstock, der Ihnen in den Zeiten der Not Hilfe gewähren kann.

Sollten Sie sich zu den wöchentlichen Sparbeträgen nicht entschließen können, so entfällt auch unsererseits die beabsichtigte Zuwendung. Sie wollen uns daher auf beigefügtem Formular von Ihrer Entschließung Kenntnis geben.

Braunkohlen- und Brikett-Industrie-AG. (Bubiag),

Werksdirektion Mückenberg.
(gez.) Dr. Geiger.

Zunächst springt die enge Verbindung des Werkvereins mit der Direktion der Bubiag in die Augen. Die Gelben bestreiten bekanntlich, eine abhängige Organisation zu sein. Hier ist es klipp und klar bewiesen. Dann fällt aber auch die Schäbigkeit auf, mit der die gelben Streikbrecher behandelt werden. Ganze 5 Mk. bekommen sie noch als Sonderbelohnung dafür, daß sie ihren auch für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage eben dieser Rausreißer kämpfenden Kameraden in den Rücken gefallen sind. Diese 5 Mk. werden aber nicht in bar ausgezahlt, sondern bei der gelben Werkvereinskasse festgelegt, und der beglückte „Empfänger" muß sich außerdem verpflichten, von seinem knappen Lohn noch wöchentlich eine halbe Mark in diese Sparkasse einzuzahlen, muß sich also binden, und zwar mindestens auf ein Jahr, denn sonst verliert er den Anspruch auf das Danaergeschenk.

Man weiß nicht, was man mehr bewundern soll, die Unterwürfigkeit des gelben Betriebsratsvorsitzenden Werner oder die Geschäftstüchtigkeit des Herrn Geiger. Letzterer weiß aus seinem Belohnungseifer noch ein Geschäft zu machen, denn das eingezahlte Geld kommt doch dem Unternehmen zugute, und der Betriebsratsvorsitzende gibt dazu seinen Segen. Beide sind einander würdig, und es fragt sich nur, ob die nächste Betriebsratswahl diesen schönen Zustand der Seelenverwandtschaft noch länger bestehen läßt.

Gewerkschafts-Kurse 1928.

In Halle beginnen in der nächsten Woche wieder die Gewerkschaftskurse an der Universität. Es wird ein Anfängerkursus und ein Kursus für Fortgeschrittene eingerichtet. An letzterem sollen die Hörer teilnehmen, die im vergangenen Jahre die Vorträge an der Universität besucht haben. Diese benutzen dieselben Ausweiskarten wie im vorigen Jahre. Der erste Vortrag aus dem Fortschrittskursus beginnt bereits am Dienstag, dem 7. Februar (nicht Montag, den 6. Februar, wie in den Einladungen mitgeteilt), und zwar beginnt Herr Professor Dr. Bilfinger mit seiner Vortragsreihe über „Deutsches Staatsrecht", in denen er die äußere und innere Staatsform des Reiches und Preußens erörtert. Anschließend an diese Vortragsreihe folgt im März für fortgeschrittene Hörer ein Kursus des Herrn Prof. Dr. Jahn über den „Konzentrationsprozeß in der deutschen Industrie".

Der Anfängerkursus beginnt am Montag, dem 13. Februar. Das Nähere ist aus dem untenstehenden Vorlesungsplan ersichtlich.

Gewerkschaftsmitglieder, insbesondere Funktionäre und Betriebsratsmitglieder, die an diesen Vorlesungen teilnehmen wollen, müssen dies umgehend ihrer Gewerkschaft melden und ihre Adresse dort abgeben. Es muß mitgeteilt werden, welche Vortragsreihe man zu belegen wünscht. Kosten entstehen für die Hörer selbst nicht. Nach der Anmeldung erhalten die Hörer eine Ausweiskarte, die sie bei jedem Besuch der Universität vorzuzeigen haben.

Nachstehend das Vorlesungsverzeichnis.

I. Anfänger-Kurse (Wiederholung von 1927)

(1. Kursus: Februar — März 1928.)

Reihe A: Wirtschaftswissenschaften.

1. Die kapitalistische Unternehmung. Dozent: Prof. Dr. Aubin (Halle). 16 Stunden an acht Abenden. Montags 19 bis 21 Uhr (7 bis 9) in der Universität, Hauptgebäude.

Beginn: Montag, den 13. Februar 1928.

Reihe B: Sozialpolitik.

1. Die Ideen der deutschen Sozialpolitik. (Entwicklung der Sozialpolitik.) Dozent: Prof. Dr. Grünfeld (Halle). 16 Stunden an acht Abenden. Freitags 19 bis 21 Uhr (7 bis 9) in der Universität, Hauptgebäude.

Beginn: Freitag, den 17. Februar 1928.

2. Das Schuldrecht als Grundlage des Arbeitsrechts. Dozent: Prof. Dr. Rud. Schmidt (Halle). 14 Stunden an 7 Abenden. Mittwochs 19 bis 21 Uhr (7 bis 9) in der Universität, Hauptgebäude.

Beginn: Mittwoch, den 15. Februar 1928.

II. Fortgeschrittenen-Kurse (Fortgang von 1927)

(1. Kursus: Februar — März 1928.)

Reihe A: Wirtschaftswissenschaften.

1. Der Konzentrationsprozeß in der deutschen Industrie. Dozent: Prof. Dr. Jahn (Halle). 16 Stunden an acht Abenden. Dienstags und Donnerstags 19 bis 21 Uhr (7 bis 9) in der Universität, Hauptgebäude.

Beginn: Dienstag, den 6. März 1928.

Reihe C: Staatswissenschaften.

1. Deutsches Staatsrecht I. Aeußere und innere Staatsform des Reiches und Preußens. (Einheitsstaat, Bundesstaat, oberste Organe, Regierungssystem.) Dozent: Prof. Dr. Bilfinger (Halle). 16 Stunden an acht Abenden. Dienstags und Donnerstags 19 bis 21 Uhr (7 bis 9) in der Universität, Hauptgebäude.

Beginn: Dienstag, den 7. Februar 1928.

Betriebsrätekonferenz des DMV.

Die Vertreterkonferenz der Betriebsräte des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, die alljährlich abgehalten wird, fand in diesen Tagen wiederum in Stuttgart statt. Auch diesmal nahmen die verschiedenen Verbände des Asa-Bundes, der Verband der Maschinisten und Heizer und der Kupferschmiede-Verband an der Konferenz teil, um ihre Zusammenarbeit mit dem DMV. möglichst innig zu gestalten. Insgesamt waren 130 Vertreter erschienen.

Die Beratung begann mit den Organisationsfragen, über die der Verbandsvorsitzende Brandes sprach. Er berichtete, daß die Zahl der Teilnehmer an den Kursen der Wirtschaftsschule des DMV. von 1926 bis 1927 von 430 auf 606 gestiegen ist und es in der Metallindustrie immer noch 1830 Betriebe ohne gesetzliche Vertretungen gibt. Seine Ausführungen über die Werkzeitungen, das Schlichtungswesen und die Arbeitsgerichte wurden in der Aussprache noch von verschiedenen Seiten beleuchtet; dabei wurde auf die Unterstreberei der Kommunisten bei den letzten Lohnkämpfen und auf die Verleumdung der Betriebsräte in der kommunistischen Presse hingewiesen. In einer von der Konferenz angenommenen Entschließung werden

diese Machenschaften der Kommunisten scharf verurteilt.

Die Konferenz erwartet vom Verbandsvorstand, daß er mit allen Mitteln gegen die Urheber der Verleumdungen vorgeht.

Die beiden Hauptberatungsgegenstände der Konferenz waren die Frage der Lohnpolitik und das Problem der öffentlichen Lasten der deutschen Volkswirtschaft. Ueber

„Lohnpolitik und Konjunktur"

sprach Professor Lederer (Heidelberg). Er behandelte vor allem die Wirkung der Lohnsteigerung auf die Volkswirtschaft. Die Wirtschaftskrise, betonte Lederer, ist kein Naturgesetz. In der Landwirtschaft und in der Industrie gestattet die Technik heute eine stete Zunahme der Erzeugung und der zunehmende Ertrag kann auch abgesetzt werden, wenn der Arbeitslohn ebenfalls gesteigert wird. Verdoppelt sich das Erzeugnis pro Kopf des Arbeiters, dann muß sich auch der Reallohn verdoppeln. Das Ziel der gewerkschaftlichen Lohnpolitik muß sein an Stelle des Auf und Nieder der Produktion eine stete allmähliche Steigerung zu setzen. Uebermäßige Gewinne sind für die Volkswirtschaft ein Nachteil; das zeigte die Inflation, in der der Gewinn der Unternehmer in die Sachwerte flüchtete. Die hemmungslose Anhäufung der Betriebsmittel war heller Wahnsinn. Man hatte sinnlos statt Verbrauchsgüter Produktionsmittel hergestellt, d h. wirtschaftliche Werte vergeudet Eine kräftige Lohnbewegung verhindert derartige Vergeudung. Sie zwingt das Unternehmertum, die Betriebsüberschüsse vorsichtig und möglichst zweckmäßig anzulegen.

Ueber die

öffentlichen Lasten der deutschen Volkswirtschaft

sprach Dr. Herz (Berlin). Er betonte, die Ausgaben für die Sozialversicherung dürften nicht zu den öffentlichen Lasten gerechnet werden, da sie durch Beiträge der Beteiligten bestritten werden. Diese Ausgaben seien ein Teil des Arbeitslohnes und dienten zur Erhaltung der Arbeitskraft. Ein Vergleich mit anderen Ländern müsse infolge der Verschiedenheit der Gesetzgebung die Gesamtausgaben aus dem Lohnkonto umfassen Die deutschen Löhne einschließlich der Sozialbeiträge blieben im Durchschnitt erheblich gegenüber den Löhnen der anderen Hauptindustrieländer zurück. Nach der amtlichen Feststellung habe der Gesamtaufwand für die Sozialpolitik einschließlich des Reichszuschusses im Jahre 1927 höchstens 6 Prozent des Volkseinkommens betragen. In Deutschland sei trotz der Reparationslast die Belastung mit öffentlichen Ausgaben pro Kopf nicht höher als in den Konkurrenzländern; sie sei niedriger als in Amerika und England. Daher sei es völlig unberechtigt, die Gesamtbelastung zum Anlaß für einen Druck auf Lohn- und Lebenshaltung zu nehmen. Im übrigen sei weder bei der Soziallast noch bei der Steuerlast die absolute Höhe, sondern nur die zweckmäßige Verwendung entscheidend

Die beiden Vorträge entfachten **eine** lebhafte Aussprache Die Grundgedanken der Referenten wurden von der Konferenz einstimmig gutgeheißen. In seinem Schlußwort ersuchte der Vorsitzende Brandes die Vertreter der Betriebsräte, mit aller Kraft dafür zu sorgen, daß die Konferenz zu einem kräftigen Auftakt für die großen wirtschaftlichen und politischen Kämpfe des Jahres werde.

Krise im Saarbergbau.

Saarbrücken, 31. Januar. (WTB.)

Auf die Ankündigung der Bergwerksdirektion hin, zur Entlassung mehrerer tausend Bergleute schreiten zu wollen, haben heute der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, das Landeskartell der christlichen Gewerkschaften und der Gewerkschaftsring folgendes Telegramm an den Reichskanzler gesandt: „Die angekündigte Entlassung von 5000 im Bergbau Beschäftigten hat große Bestürzung unter der Arbeiterschaft hervorgerufen. Wir erwarten von der Reichsregierung, daß sie ihren Einfluß geltend macht, damit eine erhöhte Kohlenabnahme nach dem Reich stattfindet.

Die Zeitzer Metallarbeiter „reformistisch"

In der Generalversammlung der Verwaltungsstelle Zeitz des DMV. wurde die Amsterdamer Liste mit 331 gegen 91 Stimmen der „Opposition" gewählt. Vorher hatte sich die letztere mit ihren lächerlichen Oppositionsreden elend blamiert; der ganze Erfolg war schallende Heiterkeit der Versammlung, den die kommunistischen Diskussionsredner ernteten. Eine von Halle geschickte Entschließung fand dann nicht einmal die Zustimmung der Moskauanhänger. Diese neue Niederlage ist wohlverdient.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192802 01-17/fragment/page=0009

Blatt der Frau.

Eine Frau erbaut das neue Shakespeare-Theater.

Bei dem englischen Wettbewerb für den Wiederaufbau des abgebrannten Shakespeare-Theaters in Shakespeares Geburtsstadt Stratford on Aben erhielt den Preis unter 75 Bewerbern ein junges Mädchen von 29 Jahren, Miß Elizabeth Scott, die aus einer bekannten Architektenfamilie stammt. Bisher hatte sie hauptsächlich auf dem Gebiete der Innendekoration gearbeitet. Sie hat 1924 ihr Baumeisterexamen gemacht und dann für eine Bauunternehmerfirma Landhäuser und Farmen gebaut. Ihr Entwurf für das Theater, der von den Preisrichtern einstimmig angenommen wurde, ist von ganz modernem Empfinden getragen. In seiner konstruktiven Einfachheit erinnert er an manche Entwürfe, die aus dem Kreise des Dessauer Bauhauses unter Walter Gropius hervorgegangen sind. Ganz romantisch wirkt dabei ein runder Eckturm, in dem die Garderoberäume untergebracht werden sollen. Eine Schwierigkeit bot das Gelände, auf dem der Bau ausgeführt werden soll, da es tief liegt und Ueberschwemmungen zugänglich ist. Deshalb muß der Bau erhöht ausgeführt werden. Nach dem Plane von Fräulein Scott ist das ganze Grundstück von einer Mauer umgeben, und vor dem Theater liegt ein Garten. Der Zuschauerraum hat Fächerform, so daß man von jedem Platze aus die ganze Bühne überblicken kann. Miß Scott hat einige praktische Erfahrungen im Theaterwesen, weil sie wie sie selbst erzählt, viel auf Liebhabertheatern mitgespielt hat. Diese Erfahrung dürfte ihr bei ihrem Entwurfe zugute gekommen sein. Jedenfalls hat hier eine Frau einen ungewöhnlichen Erfolg errungen, auf den die Frauen stolz sein können.

Die Arbeitsausdauer der Frau. Ein englisches Forschungsinstitut für Fabrikarbeit hat das Kräfteverhältnis von Frauen und Männern bei der Arbeit untersucht. Nach dem Ergebnis dieser Untersuchung bringt im allgemeinen die Frau anfangs nicht mehr als halb so viel Kraft auf wie der Mann, aber sie hat eine größere Ausdauer und steigert ihre Kraft häufig auf das Doppelte. Die Männer hingegen, besonders die jungen Arbeiter, machen zuerst eine bedeutende Kraftanstrengung, lassen dann aber nach.

„Amerika, du hast es besser ...“ In Neuyork soll demnächst, mit der angesehenen Schauspielerin Fay Compton in der Hauptrolle, ein Schauspiel zur Uraufführung gelangen, in dem die Königin Viktoria von England auftritt. In England war die Aufführung des Stückes verboten worden. Das Verbot stieß ein Seitenstück dar zum Verbot des Auftretens Wilhelms II. in dem Drama „Rasputin“ auf der Berliner Piscator-Bühne. Aber England ist immerhin noch Monarchie, während Deutschland nach dem Wortlaut seiner Verfassung eine Republik sein soll.

Wenn man seinen Prinzipal heiratet

Von Andre Birabeau

Er besaß eine große Druckerei. Sie war in der Buchbinderei beschäftigt. Ihre Arbeit bestand darin, mit einem Lineal zwei Striche auf ein Stück buntes Papier zu ziehen. Eines Tages besichtigte er die Werkstatt. Er war ein großer, breiter Mann mit großen Händen und Füßen — und mit einer trockenen Stimme. Seinem Auge entging auch nicht das kleinste Stäubchen — und seine Bemerkungen trafen stets den Nagel auf den Kopf, man konnte ihm nicht widersprechen. An jenem Tage machte er, wie gewöhnlich, einige Bemerkungen, um schließlich vor ihr stehenzubleiben.

„Fräulein Marset, ich bitte Sie, sich in wenigen Minuten auf meinem Kontor einzufinden!“

Sie wurde rot. Sie wurde bleich.

Was ist los? flüsterte sie vor sich hin. Bekümmert grübelte sie darüber nach, was sie wohl getan haben könne, fand aber nichts. Vor dem Kontor blieb sie einen Augenblick stehen, atemlos, angsterfüllt.

Er bot ihr keinen Stuhl an. Er blickte sie an und sagte zu ihr, ganz unvermittelt:

„Fräulein Marset, ich habe Sie hierher gerufen, um Ihnen einen Vorschlag zu machen: Sie können „Ja“ oder „Nein“ sagen. Also: wollen Sie meine Frau werden?“ Weiter hörte sie nichts. Es brauste ihr in den Ohren. Es würgte in ihrem Halse. Dazwischen vernahm sie einige losgerissene Wörter, unzusammenhängend; — lange schon geschätzt — Eigenschaften — ehrlich — Sympathie — Kamerad —“

Eine ungeduldige, befehlshaberische Stimme weckte sie.

„Na — was antworten Sie?“

„Ja, Herr!“ stammelte sie.

„Es freut mich, daß wir einig wurden!“ — Auf diese Art kam die Heirat zustande.

Verheiratet! Mit ihm! War sie glücklich oder verzweifelt? Sie versuchte, zufrieden zu sein. Sie versuchte, dankbar zu sein, aber sie zitterte vor Furcht. Sie wurde in dieser Ehe installiert wie in einem Hotelzimmer, nichts gehörte ihr, nirgends war es gemütlich, alles war wie ein intermistischer Zustand. Sie wagte es nicht, ihren Kopf gegen Herrn Trissons Schultern zu lehnen . . .

Wenn sie von ihm sprach, sagte sie nicht „mein Mann“, sondern „Herr Trisson“ und zu ihm nur ganz selten „mein Freund“. Er war und blieb der Prinzipal. Ihre Heirat war weiter nichts als ein Avancement, eine Lohnerhöhung.

Natürlich bewunderte sie ihn, sie hatte immer vor ihm gezittert. Sie war stolz, daß er gerade sie erwählt hatte. Aber dann und wann erinnerte sie sich des Mannes ihrer Mutter, der sein Brot in die Suppe tunkte, sie dachte an den Mann ihrer Schwester, der immer getröstet werden mußte, sie dachte an Luciennes Mann, der außerordentlich höflich war. Sie aber sah immer und ewig nur Gehorsam, Furcht, Entsagung. Sie hatte eine Unmenge von Schmuckfächen und eine stattliche Anzahl Bedienstete. Aber was bedeutete das — nichts! Sie besuchte Bälle und dinierte bei bedeutenden Leuten. Aber was bedeutete das alles für sie, nichts. — Sie reiste auch viel.

Eines Tages sagte er zu ihr: Sorge für unsere Koffer, heute nachmittag fahren wir nach Algier.

Sie gehorchte. Eine Seereise zu machen, war immerhin etwas neues, denn sie hatte noch nie ein Schiff betreten. Er auch nicht.

Sie verlor sich lange in den Anblick von Himmel und Meer. Es stürmte. Als sie in die Kajüte hinuntersteig, lag er sehr bleich und mit geschlossenen Augen in seiner Koje.

„Germaine! Bleibe hier! Du mußt mich nicht verlassen!“

Er bettelte mit der weichsten Stimme. Es war das erstemal, daß sie diese Stimme hörte. Wie mußte er sich elend fühlen! Ein armer, jämmerlicher, greinender Kerl!“

„Germaine, mein süßes Mädchen, Du mußt mich nicht verlassen, ich bin so krank — ach — wie bin ich krank!“

Es war allerdings nur Seekrankheit.

Sie trat näher an ihn heran. Sie lächelte. Sie bewunderte ihn durchaus nicht mehr. Sie war auch nicht mehr bange vor ihm. Sie lächelte nur. Sie wußte zwar nicht, ob sie jetzt erst angefangen hatte, ihn zu lieben oder — ob er ihr jetzt ganz gleichgültig geworden war.

Aber — eins fühlte sie ganz bestimmt — sie war innerlich frei geworden — er hatte nicht mehr die Autorität eines Prinzipals über sie — sie war sie geworden . . .

(Aut. Uebersetzung aus dem Französischen.)

Die Prostitution in England.

Das „Home Office“ (Heimatsamt) beschäftigte sich in einigen öffentlichen Sitzungen mit der Frage der sogenannten „Straßenbelästigungen“, die eine unserem Begriffe des öffentlichen Aergernisses entsprechen. Es handelt sich dabei um die auf der Straße erfolgende Aufforderung zum sexuellen Verkehr. Nach dem geltenden Rechte kann ein englischer Polizist zunächst die Prostituierte verwarnen und sie bei Wiederholung ihrer Aufforderung arretieren. Eventuell tritt dann eine Bestrafung ein. Dieses Vorgehen ist jedoch nur statthaft, wenn es sich um „common prostitutes“ (gemeine Prostituierte) handelt. In den Sitzungen wurde verlangt, das Wort „gemein“ zu streichen, weil es ein unberechtigtes Charakterurteil über die Prostituierte enthälte. Auffallenderweise vertrat gerade eine Frau die Auffassung, daß diese herabwürdigende Bezeichnung selten zu Unrecht gebraucht würde. Im übrigen wurden Stimmen laut, die sich für eine je nach der Zahl der Wiederholungen bei solchen Straßenaufforderungen zu bemessende Straferhöhung aussprachen. Das ist wieder einmal ein geradezu groteskes Beispiel für die Verlogenheit der Klassengesellschaft. Die Prostituierten werden grundsätzlich als gesellschaftliche Einrichtung anerkannt. Sie dürfen auch ihr Gewerbe ausüben, nur nicht als „gemeine Prostituierte“, von deren Treiben man auf der Straße etwas merkt. Alles muß vielmehr in der Verborgenheit geschehen. Die Aufforderung zum sexuellen Verkehr wird bestraft, aber der Mann, der dieser Aufforderung nachkommt, bleibt straffrei. Am Schlusse einer Sitzung forderte ein Verwaltungsbeamter der Polizei eine Sondergesetzgebung für solche Aufforderungen.

„Abtreibung oder Verhütung der Schwangerschaft“ ist der Titel eines „Offenen Briefes an die Frauen“, den Maria Winter im Malik-Verlag in Berlin hat erscheinen lassen. Die Verfasserin spricht sich darin sehr scharf gegen die Aerzte aus, die zwar einer Frau raten, sie dürfe nicht wieder Mutter werden, ihr jedoch nicht sagen, wie sie dieses Resultat am wirksamsten mit möglichst geringer Schädigung herbeiführen kann. Die Schrift erhält dadurch praktischen Wert, daß sie alle möglichen Mittel der Empfängnisverhütung nennt und ihre Anwendung mit Abbildungen erläutert. Maria Winter schließt ihre Ausführungen mit einem Appell an Männer und Frauen, das Massenelend durch Einschränkung der Kinderzeugung zu überwinden. Das billige Heftchen, das 31 Seiten umfaßt, ist leichtverständlich geschrieben.

Frauen im englischen Parlament. Dem englischen Unterhause gehören gegenwärtig drei weibliche Abgeordnete der Arbeiterpartei und vier der konservativen Partei an. Das Uebergewicht der rechtsstehenden Frauen ist erst kürzlich bei den letzten Neuwahlen durch die Wahl der als sehr warmherzig gerühmten Lady Ovcagh erfolgt, die im Wahlbezirk von Southend an die Stelle ihres Gatten trat.

Die Geheimnisse des Mädchenhandels

Roman-Skizzen von Albert Londres

(Einzig berechtigte Uebertragung aus dem Französischen von Alfy Rabermacher.)

12 (Nachdruck verboten.)

X.

Das Fürstentum der Befreiten.

Wo kommen Sie her, meine Damen?

Aus Coulommiers, Valencia, Saint-Etienne, aus der Bretagne und sonst woher über Paris, Marseille? Das wissen wir. Ihr kommt aus allen Provinzen. Außerdem interessiert euch eure Geburtsurkunde nicht.

Was habt ihr in der französischen Gesellschaft vertreten, ehe ihr Frankreich auf dem Rio de la Plata vertreten habt?

Kurz nach meinem Eintritt in das „Milieu“, als ich noch in Paris und Marseille herumstrich, wurde mir ein Brief zugestellt:

„Mein Herr“, hieß es, „ich weiß was Sie jez vorhaben. Man spricht schon vill davon im milieu. Sie werden vill zu hören bekommen. Man wil versuchen Sie irre zu machen. Ich bin ein Mann aus dem Milieu, und in dieser Eigenschaft habe ich Sie zu unterrichten. Es gibt auf unserer Welt nur zwei Arten Frauen: die Unglücklichen und die Lasterhaften. usw. . . .“

Mein Briefschreiber hatte während seiner Studienzeit sicher keinen Preis für Rechtschreiben erhalten, aber er hätte einen für Psychologie verdient.

Ich bewerbe mich um den Preis für Mathematik: achtzig Prozent Unglückliche, zwanzig Prozent Lasterhafte. Das sind meine Zahlen!

Was versteht man unter Unglücklichen?

Wenn ein junges Mädchen von sechzehn Jahren jeden Abend von ihrer betrunkenen Mutter hören muß: Geh aus, bring zwanzig Franken mit; wenn du die zwanzig Franken nicht mitbringst, zeige ich dich der Polizei als Minderjährige mit unsittlichem Lebenswandel an, dann wirst du bis zu deiner Großjährigkeit in eine Besserungsanstalt eingesperrt. Dieses junge Mädchen ist unglücklich.

Wenn ein junges Mädchen allein steht und vier[illegible] Franken verdient, ein Streik ausbricht, sie seit [illegible] Tagen kein Geld zum Essen hat und der Wirt zum zweitenmal, — er weiß, was er zu fordern [illegible] die vierzehntägige Miete abverlangt: dieses [illegible] glücklich.

[illegible] Mädchen einen kranken Vater [illegible], kleine Brüder, die hungrig sind, ein Rezept zum Apotheker bringen muß, aber kein Geld hat, die Medikamente zu bezahlen, dieses junge Mädchen ist unglücklich, selbst wenn es von seiner Arbeit kommt.

Ich weiß wohl, daß fromme Persönlichkeiten, deren Ehrenhaftigkeit hoch über mein Lob erhaben ist, die niemals hungrig gewesen sind, schon seit langer Zeit eine Lösung für diese Probleme gefunden haben. Sie sind in echt christlicher Weise davon überzeugt daß die Seine nicht nur da ist, um kleine Katzen darin zu ersaufen, sondern auch für kleine Frauen, die unglücklich sind.

Sie denken so und sprechen auch so.

Wenn ein junges Mädchen dumm ist und dem Verführer folgt, wie Seebunde vor Freude hüpfend dem Kastagnettenspieler folgen, der sie zum Abschlachten führt, so ist dieses junge Mädchen unglücklich.

Wenn ein junges Mädchen, das auf sich selbst angewiesen ist, ein Kind hat, allein dafür aufkommen muß, es aber doch lieber behalten will, als ihm den Hals umzudrehen, es also behält und später nachdenkt: dieses junge Mädchen ist unglücklich.

Was nennen Sie lasterhaft? Ein junges Mädchen, das den Beruf ausübt, aus Liebe zum Beruf? Die Liebe für die Liebe führt vielleicht in die Hölle, wenn man der katholischen Religion glauben soll, aber sie führt nicht auf die Straße.

Wir können Ihnen aus dieser Schicht keine Heldinnen vorstellen. Wir sind noch voll von den Büchern des Herrn Bourget. Die Straße ist niemals das Vorzimmer zu Abenteuer und Wollust gewesen. Sie war und ist noch immer einzig und allein der Weg ins Restaurant.

Wenn es eine Wollust gibt, so ist es nur ein Ueberschwang an Laune, eine Huldigung an die Geschicklichkeit, und, fügen wir hinzu, eine kleine Rache der Frau an der Gewerbsmäßigen. Ein Kellermeister mag den Wein nur auf der Zungenspitze kosten, es kommt einmal die Stunde, in der er auf eigene Rechnung trinkt.

Eine Lasterhafte ist ein junges Mädchen, das im Milieu geboren ist, das Beispiel seiner Mutter oder der älteren Schwester vor Augen hat und sieht, daß eine Frau, wenn sie erwachsen ist, ihren Lebensunterhalt auf andere Weise verdienen kann. Dann steigt es Stufe für Stufe die Leiter hinab. Mit zwölf Jahren streift das Mädchen schon heimlich herum. Eines Tages überschreitet es die letzte und setzt den Fuß auf die Straße, es ist richtig angelangt.

So sind unsere Gallines.

Hübsch? Gefällig. Auf jeden Fall gibt es keine Häßlichen. Ein Kaftan kann ohne Charme sein, die Galline muß Charme haben. Charme oft ohne Grazie, niemals ohne Frische. Beispiel und Not sind die ersten Schuldigen. Zwei andere folgen auf dem Fuß, zwei andere, die noch bitterer scheinen, zwei andere, die für glückliche Frauen nur eine Freude bedeuten: Jugend heißt die erste, Spiegel die zweite.

Aber wir sind in Buenos Aires. Wie kommen die Franchuchas dorthin?

Nicht allein.

Man bringt sie hin.

Und das nennt man den Mädchenhandel. Wie geht das zu?

Die Frauen, die ich Ihnen gezeigt habe, sind verkäuflich. Aus den Gründen, die ich Ihnen nannte. So ist es.

Sie beginnen meistens damit, sich selbst zu verkaufen. Schlechte Geschäftsfrauen! Sie verkaufen alles zum gleichen Preis, die beste und schlechteste Qualität, und der Preis ist ganz gering. Wieviel Schätze werden zum Bronzegewicht gekauft! Wieviel Trüffeln den Schweinen vorgeworfen! Das ist die Zeit, in der die kleine Anfängerin in dem Kleidchen, das sie vor einem Monat trug, als sie noch Arbeiterin und Ladenfräulein war, mit Tränen in den Augen fragt: „Warum nennen die Männer das ‚sich amüsieren‘? Du amüsierst dich also? fragen mich all diese Idioten. Sich amüsieren: tun was einem gefällt.“

„Es schnürt einem das Herz zusammen“, sagte mir ein Kaftan‘, „wenn man sieht, wie so viel schöne Ware für eine Handvoll Brot weggeht“.

Zum Glück gibt es das ‚Milieu‘.

Das Milieu ist eine Gesellschaft von Männern, die die Frauen ausbeuten; genau wie andere Wälder, Patente, Gruben, Mineralquellen ausbeuten.

Es ist eine Korporation. Was sage ich, es ist ein Staat! Wie Monaco innerhalb der französischen Republik, San Marino im Königreich Italien, Andorra in den Pyrenäen!

Diese neuen Menschen haben unsere Sitten und Gebräuche umgeworfen, unsere Gesetze, und haben ein unabhängiges Fürstentum errichtet: das Fürstentum der Befreiten.

Sie haben mit jeder öffentlichen Macht gebrochen, nur nicht mit der Polizei. Die Polizei erkennen sie als fremde Macht an, deshalb haben sie auch dort ihren Gesandten, der beauftragt ist, für die Aufrechterhaltung guter nachbarlicher Beziehungen zu sorgen.

Sie haben auch eine Liga für Menschenrechte gegründet, aber der Rechte auf die Frau.

Sie haben nicht bloß die Bigamie wieder eingeführt, sie haben sie auch leiblich verbessert.

Mohammed hat gesagt: „Nimm soviele Frauen, wie du ernähren kannst.“

Die Bürges aus dem Fürstentum der Befreiten haben den Koran modernisiert. Sie proklamieren „Du sollst nur die zur Frau nehmen, die imstande ist, dich zu ernähren.“

Alle Gewerbe mit Ausnahme eines einzigen sind ihnen untersagt. Ihre Religion verbietet sie als Todsünden. Mit einer Ausnahme: aus einer brachliegenden Frau Werte zu schaffen.

Und?

Richtig organisiert und im Besitze eines Kapitals, das zur Eröffnung eines Geschäftes erforderlich ist, machen sie sich an die Gallines heran.

Sie tun, was Lucien Carlet auf der Terrasse des Café-Napolitain tat. Sie stöbern in der Tanzlokalen herum. Sie gehen in die Bars, die von den Frauen besucht werden. Sie laufen sie mit einem Kaffee.

Sie suchen sie unter den Brücken. — „Ich“, sagte Jeannot, „ich habe die Erste in einer Straßenbahn gefunden. Sie war so armselig und dreckig, daß ich sie vor mir hergehen ließ. Sie ist eine gute kleine Frau geworden.“

Sie arbeiten am liebsten unter den Unglücklichen. Das wirkliche Mädchen von der Straße ist zu „lasterhaft“, sie läßt sich nicht „einwickeln“. Das beste Wild ist die zur Hälfte Gewerbsmäßige, die Harmlose, die nicht weiß, wo sie schlafen soll. Da gibt es Männer, die für die kleinen Mädchen auf den Markt gehen. Ganz gemütlich! Ein Paar Seidenstrümpfe, einen Hut, zwei Rendezvous. Sie zappelt im Netz. Und dann gibt es die „Jäger“: ein Mann ist „abmontiert“ (er hat keine Frau mehr), er sucht ein „Dessous“ (eine zweite Frau), der Erfolg dieses Suchenden ist nicht überwältigend, er nimmt seine Zuflucht zu einem „Jäger“, der frischer, flotter ist und gute Zähne hat, der schießt ihm die Wachtel.

Es gibt Platzanweiser. Diese betreiben ein offizielles Gewerbe. Ihre Aufgabe ist es, die heilige Flamme unter den Augen des Gesetzes in den „Häusern“ Frankreichs zu schüren. Sie dürfen sich nicht um den Export kümmern. Sie sind immer in den betreffenden Bars und über alle Angelegenheiten unterrichtet, über alle Mängel und alle neuen Röte des Viertels. In der anständigen Preislage von dreitausend Franks kann man von ihnen manchmal ein gutes Objekt kaufen.

Da haben wir es, werden Sie sagen. Sie verschleppen nicht nur Eingeweihte, sie betrügen die Frauen! Ja, aber warten Sie. Ich will Ihnen eine erlebte Geschichte erzählen. Es ist schon schwer, den Weg in diesem Buenos-Aires zu finden. Drängen Sie mich nicht, sonst verliere ich die Spur. Haben Sie Nachsicht mit den Reportern.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192802 01-17/fragment/page=0010